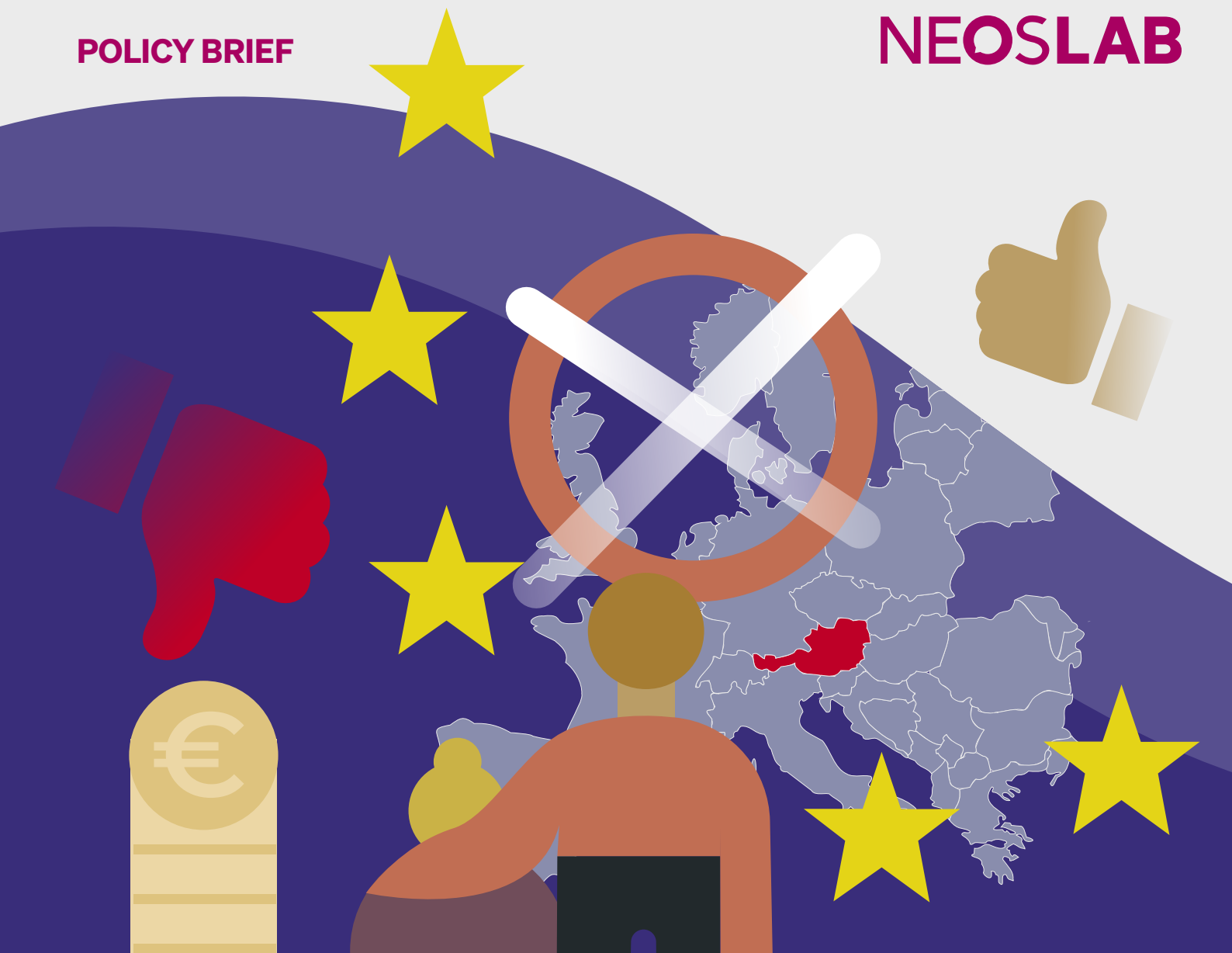




WELCHES EUROPA? WAS DIE PARTEIEN IN DER EU WOLLEN

EDITORIAL

Lieber Leser, liebe Leserin,

Die EU-Parlamentswahlen 2024 sind eine entscheidende Gelegenheit, die Weichen für die Zukunft Europas zu stellen. Rund 400 Millionen Europäerinnen und Europäer sind dazu aufgerufen, über die Richtung ihres Kontinents zu entscheiden. Es geht darum, ob wir die europäischen Werte stärken und die Integration vertiefen, um damit eine starke Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft zu geben, oder 27 kleine, nationale Antworten auf die großen Fragen.

Diese EU-Wahl ist mehr als ein „normaler“ Urnengang. Es geht dieses Mal mehr denn je um eine Richtungsentscheidung, und die ausführliche Analyse von Silvia Nadjivan auf Basis evidenzbasierter Daten zeigt auch, dass die Arbeit der verschiedenen Parteien am gemeinsamen Europa unterschiedlicher kaum sein könnte.

Wer also eine positive Zukunft für Europa sichern will, sollte heuer von seinem Wahlrecht unbedingt Gebrauch machen. Dass jeder Beitrag zählt, ist in einer Demokratie ein wichtiges Feature. Reformen am gemeinsamen Projekt könnten aber dazu beitragen, dass die EU-Demokratie 2029 bereits bürgernäher ist und das EU-Parlament gestärkt wird. 2029 könnte der Binnenmarkt weiter entwickelt sein und Europa nicht nur Vorreiter im Klimaschutz werden, sondern auch Innovationstreiber in den Bereichen Digitalisierung und Energie. Dafür sollten die Weichen auf mehr gemeinsame EU-Zukunft gestellt werden.

Lukas Sustala

Leiter Thinktank NEOS Lab

ZENTRALE AUSSAGEN

- Bei den EU-Parlamentswahlen von 6. bis 9. Juni 2024 sind in den 27 Mitgliedsländern über 400 Millionen Bürger:innen aufgerufen, zu den Urnen zu gehen.
- In diesem Jahr jähren sich auch der erfolgreiche Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen Österreichs und die positive Volksabstimmung zum 30. Mal.
- Die ÖVP setzt verstärkt auf antieuropäische Rhetorik, brüskiert ihre eigene Parteienfamilie, die EVP, und ist damit nicht mehr die Europapartei, die sie einmal war.
- Ohne den Austritt, also Öxit, explizit zu nennen, propagiert die FPÖ ein „Europa der Vaterländer“ und damit ein Ende vieler bisheriger europäischer Errungenschaften und Vorteile für die Menschen in Österreich.
- Die Fraktion Identität und Demokratie, zu der u.a. die FPÖ und die AfD gehören, könnte die liberale Renew-Group stimmenmäßig überholen, ist allerdings so zerstritten, dass eine Vereinigung des rechten Blocks, gemeinsam mit den Rechtskonservativen (EKR), unwahrscheinlich ist.
- Die SPÖ, die in der gemeinsamen Regierung mit der ÖVP Österreich 1994 zur EU-Mitgliedschaft geführt hat, fordert soziale Gerechtigkeit und einen Green Deal (d.h. umfassende Klimapolitik) mit einem roten Herz. Klare Umsetzungsformen lassen sich darin weniger erkennen.

- Die Grünen wie auch ihre Fraktion EFA könnten bei den Wahlen deutliche Verluste einfahren, nachdem die „grüne Welle“ der letzten Europawahlen 2019 gebrochen scheint. Klimapolitik ist mittlerweile kein Alleinstellungsmerkmal der europäischen und österreichischen Grünen mehr.
- Im österreichischen und europäischen Vergleich erscheinen NEOS mit der Forderung nach den „Vereinigten Staaten von Europa“ als die proeuropäischste Partei. Ihr EU-Wahlprogramm stimmt dabei mit dem Renew-Manifesto ihrer liberalen Parteienfamilie überein.
- Beim Vergleich der marktwirtschaftlichen Orientierung befürworten NEOS weniger staatliche Eingriffe und mehr Wettbewerb im Binnenmarkt, während SPÖ und Grüne auf stärkere staatliche Regulierungen und höhere Steuern setzen.
- Die vormals wirtschaftsliberale ÖVP hat in der Coronavirus-Pandemie mit ihrer Förderpolitik einen Kurswechsel vollzogen, während die FPÖ wirtschaftspolitisch nicht klar eingeordnet werden kann.
- Für die Grünen ist Klimaschutz ein zentrales Merkmal, bei anderen Parteienfamilien ist die Einstellung dazu viel diverser. Der European Green Deal wurde dennoch vor allem vom Zentrum der Parteien und weniger von den eher links orientierten Grünen beschlossen.

- Welche der sieben Fraktionen und fraktionslosen Parteien im EU-Parlament die Mehrheit haben und eine Koalition bilden werden, hat weitreichende Folgen für die EU-Integration vs. Desintegration, den europäischen Binnenmarkt und die Umsetzung des Green Deals.



EINLEITUNG

Das Jahr 2024 gilt als Superwahljahr, schließlich sind heuer in 76 Ländern mehr als 4 Milliarden Menschen wahlberechtigt. Allein in der Europäischen Union sind von 6. bis 9. Juni 2024 über 400 Millionen Bürger:innen aufgerufen, zu den Urnen zu gehen. Abgesehen davon hat 2024 besonders für Österreich eine zusätzliche wesentliche Bedeutung: Denn heuer jährt sich der erfolgreiche Abschluss der österreichischen EU-Beitrittsverhandlungen zum 30. Mal – wie auch in Schweden, das ebenfalls 1995 der EU beigetreten ist.

Als Österreich 1994 die EU-Beitrittsverhandlungen erfolgreich absolviert hatte, war die EU-Euphorie groß. Alois Mock, damals Außenminister, drückte der SPÖ-Staatssekretärin Brigitte Ederer im Überschwang ein „Busserl“ auf die Wange (Ederer 2017), das Bild davon ging durch alle Zeitungen. Die „Europapartei ÖVP“ freute sich darüber, dass die EU-Beitrittsverhandlungen „neben dem Staatsvertrag die erfolgreichsten Verhandlungen der 2. Republik“ waren (ÖVP 2019). Schließlich stimmten über 66 Prozent der österreichischen Wahlberechtigten für den EU-Beitritt (BKA 2019). Doch die EU-Positionen, gerade auch jene der ÖVP, haben sich teils deutlich gewandelt.

In diesem Policy Brief gehen wir der Frage nach, wie sich die österreichischen Parteien bezogen auf ihre Positionen zu 1) EU-Integration, 2) freier Marktwirtschaft bzw. Deregulierung von Märkten und 3) einer gemeinsamen EU-Umweltpolitik verorten lassen. Im ersten Schritt vergleichen wir die Standpunkte der fünf Parlamentsparteien ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne und NEOS, die teils völlig widersprüchliche Forderungen vertreten, von den „Vereinigten Staaten von Europa“ der NEOS bis zum „Europa der Vaterländer“ der FPÖ.

Im zweiten Schritt ordnen wir die österreichischen Parteien in ihrer jeweiligen europäischen Parteienfamilie ein, um im europäischen Vergleich die entweder ausgeprägte liberale oder umgekehrt restriktive Haltung aufzuspüren.

UNTERSUCHUNGSDESIGN

Für unsere Analyse beziehen wir uns auf einen umfassenden, quantitativen Datenpool der Chapel Hill Expert Survey (CHES). Anhand von standardisierten, detailreichen Fragebögen evaluierten internationale Expert:innen die politischen Parteien im Untersuchungszeitraum von 1999 bis 2019. Hatten noch im Jahr 1999 116 Expert:innen die Positionen von 143 politischen Parteien in 14 EU-Ländern nach einheitlichen Kriterien aufgeschlüsselt evaluiert, so bewerteten im Jahr 2019 bereits 421 Expert:innen 277 politische Parteien in vorerst 28 EU-Ländern (inkl. UK).

Mithilfe dieser standardisierten Methode können ideologische Schwenks – wie beispielsweise im Fall der ÖVP – im Verlauf von über zwanzig Jahren aufgedeckt werden. Auf diese Weise erweisen sich für den folgenden Überblick und Vergleich die online verfügbaren CHES-Daten als leicht zugänglich und interpretierbar. Denn die genannten Themenbereiche – EU-Position, Marktwirtschaft und Umweltpolitik – werden bei CHES als eigene Kategorien abgefragt. Bei unserer Analyse werden diese Kategorien mit einer zentralen Querschnittskategorie (auf der x-Achse) in Beziehung gesetzt, nämlich GAL-TAN. Diese Kategorie erfasst das ideologische Spektrum von GAL – grün, alternativ, liberal – auf der einen Seite, und TAN – traditionalistisch, autoritär, nationalistisch – auf der anderen Seite. In diesem Sinn korreliert in der liberalen Parteienfamilie ein durchschnittlich niedriger GAL-Wert mit einer hohen Zustimmung zur EU-Integration. Umgekehrt geht ein hoher TAN-Wert der rechtspopulistischen Parteienfamilie, der ID-Fraktion, mit einer auffällig niedrigen Zustimmung zur EU-Integration einher.

Weit weniger signifikant erscheint das Verhältnis zwischen proeuropäischer Position und autoritärer sowie traditionalistischer Haltung innerhalb der EVP-Familie. Hier widerspricht ein mittlerer bis relativ hoher GAL-TAN-Wert nicht der dezidiert proeuropäischen Haltung. Die sozialdemokratische Parteienfamilie zeichnet sich im Vergleich durch einen deutlich niedrigeren GAL-TAN-Wert und eine vergleichsweise hohe EU-Zustimmung aus.

DIE GROSSEN TRENDS BEI EU-POSITIONEN ZWISCHEN 1999 UND 2019

Wiederum anders verhält es sich bei der grünen Parteienfamilie. Denn unter dem scheinbar kleinsten gemeinsamen Nenner Umweltpolitik sind die größten Spannweiten zu verzeichnen. Ein Grund dafür könnten in dieser europäischen Parteienfamilie die großen ideologischen Unterschiede der Mitgliedsparteien aus den neuen und alten EU-Ländern sein, die vorwiegend vom gemeinsamen Ziel Umweltschutz zusammengehalten werden. Zugleich bedeutet ein Einsatz für Umweltpolitik nicht automatisch, gesellschaftlich liberal und pro-europäisch zu sein.

Für eine noch ausführlichere Longitudinal-Studie wäre eine interdisziplinäre Parteienforschung geeignet, wobei Organisations- und Kommunikationsformen von Parteien wie auch deren Strukturen komparativ untersucht werden könnten. Weiters könnte das Forschungsinteresse auf Wähler:innengruppen und deren Motive im Hinblick auf Wähler:innenstromanalysen gelegt werden. Bei dem folgenden Policy Brief konzentrieren wir uns angesichts der bevorstehenden EU-Parlamentswahlen auf die Ergebnisse der Chapel Hill Survey, zumal wir im Kontext gesamtgesellschaftlicher Trends auch die – auf den ersten Blick nicht gleich erkennbaren – Verschiebungen von Parteipositionen im über zwanzig-jährigen Untersuchungszeitraum nachzeichnen wollen.

Wie sich die fünf österreichischen Parlamentsparteien zwischen 1999 und 2019 bei ihrer jeweiligen EU-Zustimmung bzw. EU-Ablehnung verändert haben, ist die zentrale Frage des folgenden Abschnitts. In diesen 20 Jahren hat sich viel verändert. Insgesamt können diese Jahre bis zur größten EU-Erweiterungswelle 2004 als Zeit einer breiten Europaeuphorie begriffen werden.

Bis zur zweiten EU-Erweiterungswelle 2007 und laufenden EU-Reformen in Richtung eines gemeinsamen Europas besaß die EU intern und nach außen große Strahlkraft (Möntmann 2019). Einen ersten Kratzer erfuhr das positive Image allerdings 2005 – mit dem Scheitern der geplanten Verfassung für Europa. Nachdem ein entsprechender Vertrag 2005 von 25 EU-Mitgliedern unterzeichnet worden war, lehnten die Bevölkerungen in Frankreich und den Niederlanden bei einer Volksabstimmung diese Verfassung ab (Maurer et. al. 2006).

Turbulent wurde es in den Jahren ab 2007, als der Kollaps der US-Investmentbank Lehman Brothers eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise verursachte, in die auch EU-Mitgliedsländer gezogen wurden. Griechenland und Spanien wurden zahlungsunfähig, sodass über beide Länder ein EU-Rettungsschirm gespannt wurde, verbunden mit einer strikten Fiskalpolitik. Diese sogenannte Eurokrise machte imagemäßig aus der europäischen Währungsunion eine Haftungsunion und eine strikte Sparpolitik in beiden Ländern notwendig. Die damit einhergehenden finanziellen Einschränkungen förderten umgekehrt nicht den Europagedanken. Im

Gegenteil, die weit verbreitete soziale Unzufriedenheit gab zutiefst europaskeptischen, linkspopulistischen Parteien Auftrieb (Engler, Klein 2017; Smyrnaio, Karatzogianni 2020). Besonders in Griechenland und Spanien, aber auch in anderen Ländern wie Deutschland und Frankreich (Decker 2023; Waschinski 2022).

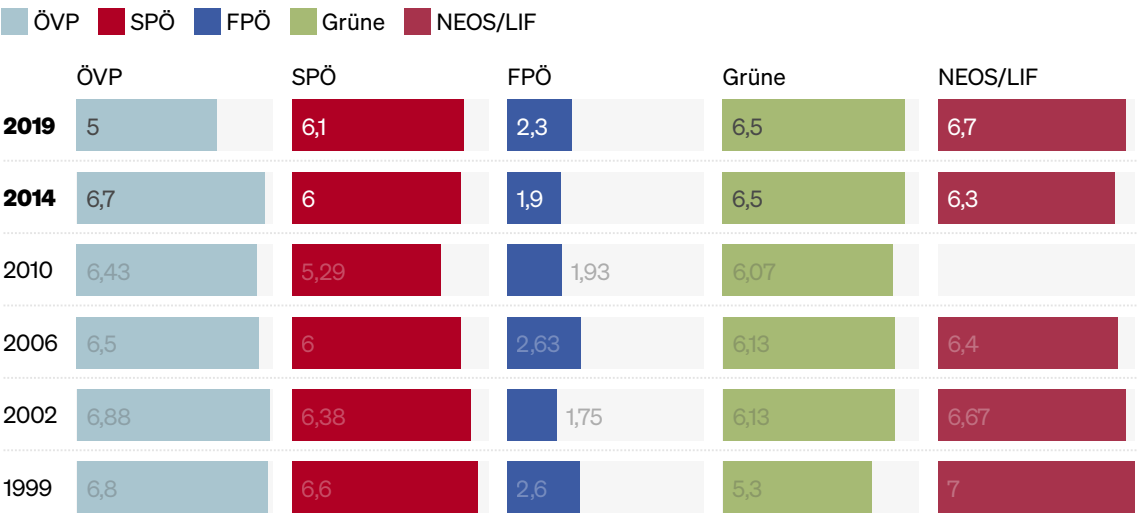
Die nächste große Herausforderung wurde wiederum von rechtspopulistischen Parteien für eigene politische Interessen instrumentalisiert. Diese wussten die seit 2014 anwachsenden Flucht- und Migrationsbewegungen nach Europa für sich zu nutzen (Nadjivan et al. 2023). So ging der rechtspopulistische Anstieg mit der damals ebenfalls weit verbreiteten sogenannten EU-Erweiterungsmüdigkeit („European Enlargement Fatigue“) einher (Bonomi 2020). Diese hatte nach dem letzten EU-Beitritt 2013 die Union erfasst und Europas Strahlkraft nach außen deutlich zu schwächen begonnen.

Parallel zu einem rasant steigenden Erfolg links- und vor allem rechtspopulistischer Parteien, was einem gemeinsamen Europa zweifellos zuwiderläuft, hat sich inzwischen die geopolitische Situation drastisch verändert. Die folgenden Jahre sind mit dem Erstarken autokratischer Strömungen in Europa geopolitisch von wachsendem Einfluss Dritter wie Russland und China auf Europa gekennzeichnet. Aber auch die Türkei und Saudi-Arabien nehmen Einfluss auf die EU-Kandidaten und EU-Nachbarschaft. Seit der US-Präsidentschaft von Donald Trump ist klar, dass sich der Fokus des wichtigsten NATO-Mitglieds weg von Europa in Richtung Indopazifik verlagert hat. Abgesehen von innenpolitischen Ent-

wicklungen, Interessen und Plänen sind es genau diese Herausforderungen auf europäischer und globaler Ebene, die die EU-Positionen der fünf österreichischen Parlamentsparteien bestimmen. Im Folgenden werden diese nach ihrer EU-Zustimmung, d.h. Zustimmung zur europäischen Integration, gereiht.

Wie Österreichs Parteien in der Europapolitik positioniert sind

Index von 1 bis 7 Punkten zeigt die Parteiposition zur EU-Integration.



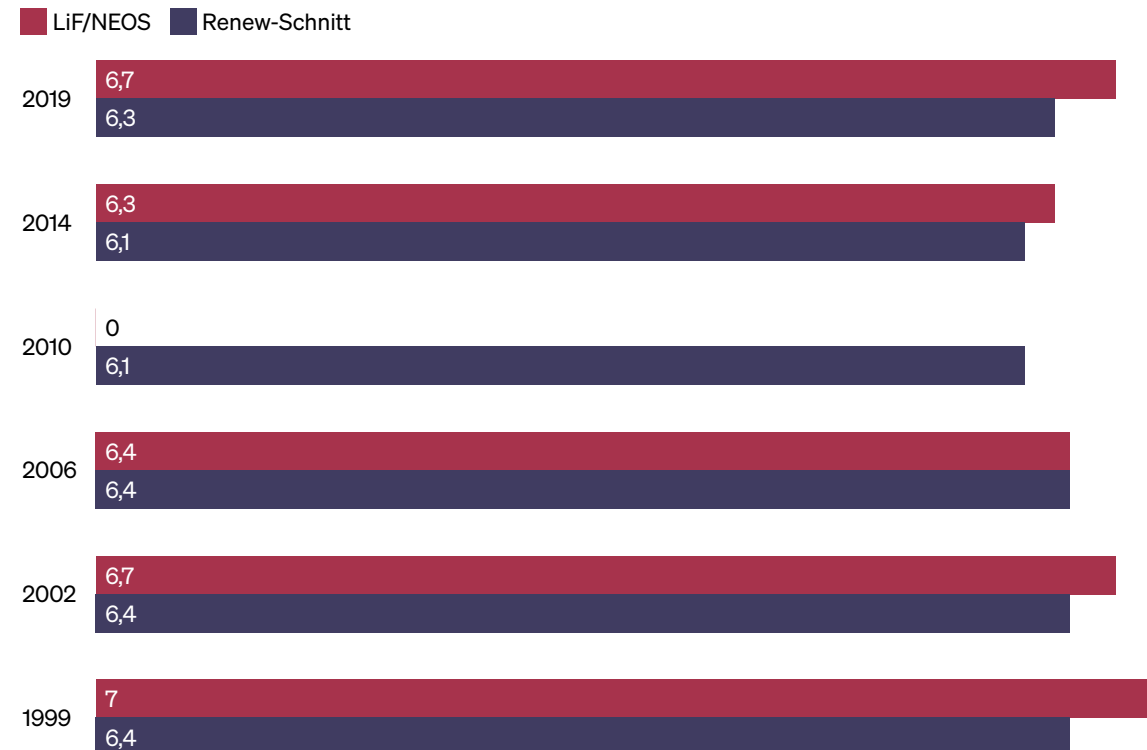
1 = entschieden gegen die EU-Integration, 7 = eindeutig für die EU-Integration

Grafik: NEOS Lab • Quelle: CHES.



Pro-europäische Haltung von LiF/NEOS im Vergleich zum Durchschnitt ihrer Parteifamilie Renew

Index von 1-7 Punkten zeigt die Position zur EU-Integration



1 = entschieden gegen EU-Integration, 7 = eindeutig für EU-Integration

NEOS – VERFECHTER EINES GEMEINSAMEN EUROPAS

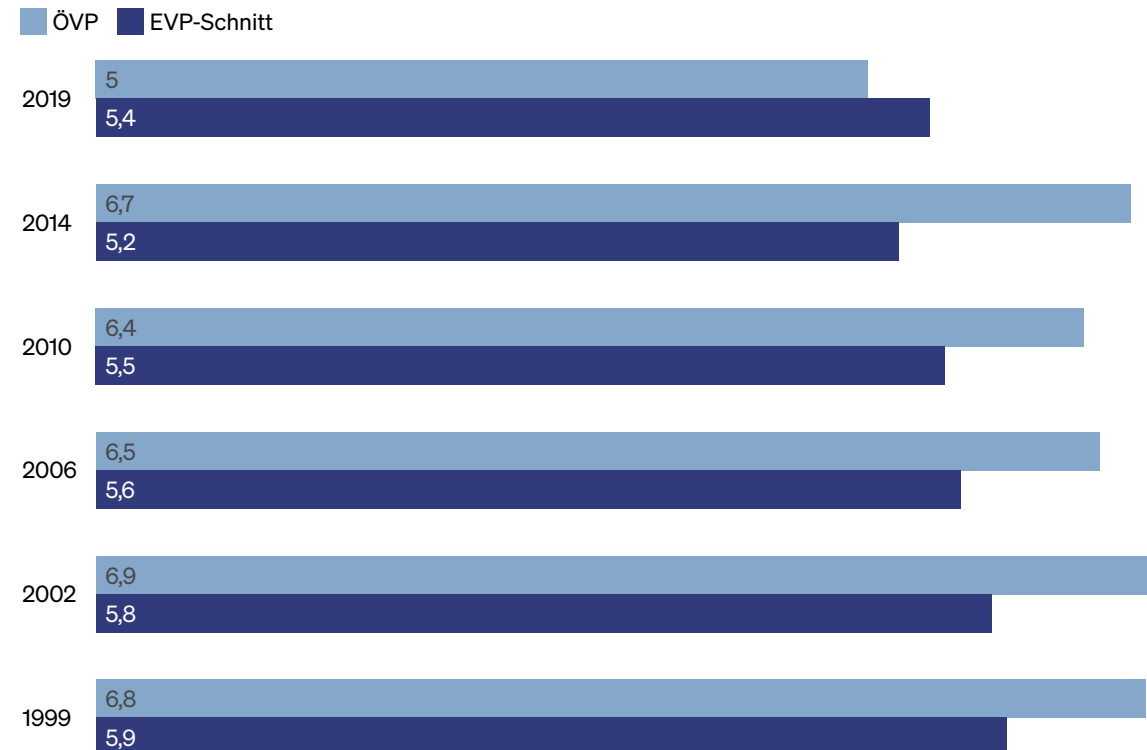
Ganz im Sinne ihrer liberalen Tradition treten NEOS bzw. zuvor das Liberale Forum (LiF) für ein gemeinsames, starkes Europa ein.

Durchgehend stabil ist daher die LiF- bzw. spätere NEOS-Zustimmung zur EU-Integration. Dabei ist der Wert zur Zeit der breiten Europaphorie mit 7 am höchsten, gefolgt von 6,7 im Jahr 2019, als NEOS etwa deutliche Integrationsschritte in der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gefordert haben. Das wird angesichts der aktuellen geopolitischen Krisen und Herausforderungen nun auch wesentlich stärker öffentlich debattiert. Im Zuge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine seit 2022, steigender Spannungen im Indopazifik und des Kriegs zwischen Israel und der Hamas, verbunden mit unzähligen Opfern auf der israelischen und palästinensischen Seite, sollte sich diese Vision traurigerweise bewahrheiten. Das Jahr 2014 mit dem niedrigsten Wert von 6,3 stand u.a. unter dem Eindruck der beginnenden großen Flucht- und Migrationsströme infolge des Syrien-Kriegs und weiterer Konflikte im Nahen Osten. Trotz oder gerade wegen vieler geopolitischer und geoökonomischer Herausforderungen sowie Turbulenzen gehören NEOS zu jenen Parteien in Österreich, die ihren proeuropäischen Kurs verlässlich beibehalten, zumal NEOS und zuvor das LiF im Vergleich zu den anderen österreichischen Parteien mit 0,7 auch die geringste Schwankungsbreite aufweisen, d.h. ihrem unerschütterlichen Europa-Kurs treu bleiben.

NEOS
Freiheit
Fortschritt
Gerechtigkeit

Proeuropäische Haltung der ÖVP im Vergleich zum Durchschnitt ihrer Parteienfamilie EVP

Index von 1 bis 7 Punkten zeigt die Position zur EU-Integration



1 = entschieden gegen EU-Integration, 7 = eindeutig für EU-Integration

ÖVP – VON DER EU-EUPHORIE ZUR EUROPASKEPSIS

Mit einem Durchschnittswert von 6,4 erweist sich die ÖVP auf den ersten Blick als proeuropäische Regierungspartei.

Bei näherer Betrachtung fällt allerdings bei ihr die höchste Schwankungsbreite auf, nämlich 1,9. Damit ist die ÖVP zwar konstant in ihrer Regierungsbeteiligung – inklusive Bundeskanzleramt (2000–2007 und ab 2017 bis heute) –, jedoch signifikant inkonsistent in ihrer EU-Position. Die größte Zustimmung zur europäischen Integration ist bei der ÖVP genau in der Zeit der großen EU-Euphorie 1999 bis 2002 anzutreffen. Das, obwohl die EU-Spitze über Österreich aufgrund der Regierungsbeteiligung der FPÖ kurzzeitig politische Sanktionen verhängte und auf die Vergabe von Ministerämtern in Österreich Einfluss nahm (Kurier 2020; Winkler-Hermaden 2010). So konnte der rechtspopulistische FPÖ-Chef und Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider kein Ministeramt bekleiden, was dem weniger charismatischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel umgekehrt nicht schadete – sowohl bei der Erstellung sowie Implementierung des ÖVP-FPÖ-Regierungsprogramms als auch in Sachen Medienpräsenz.

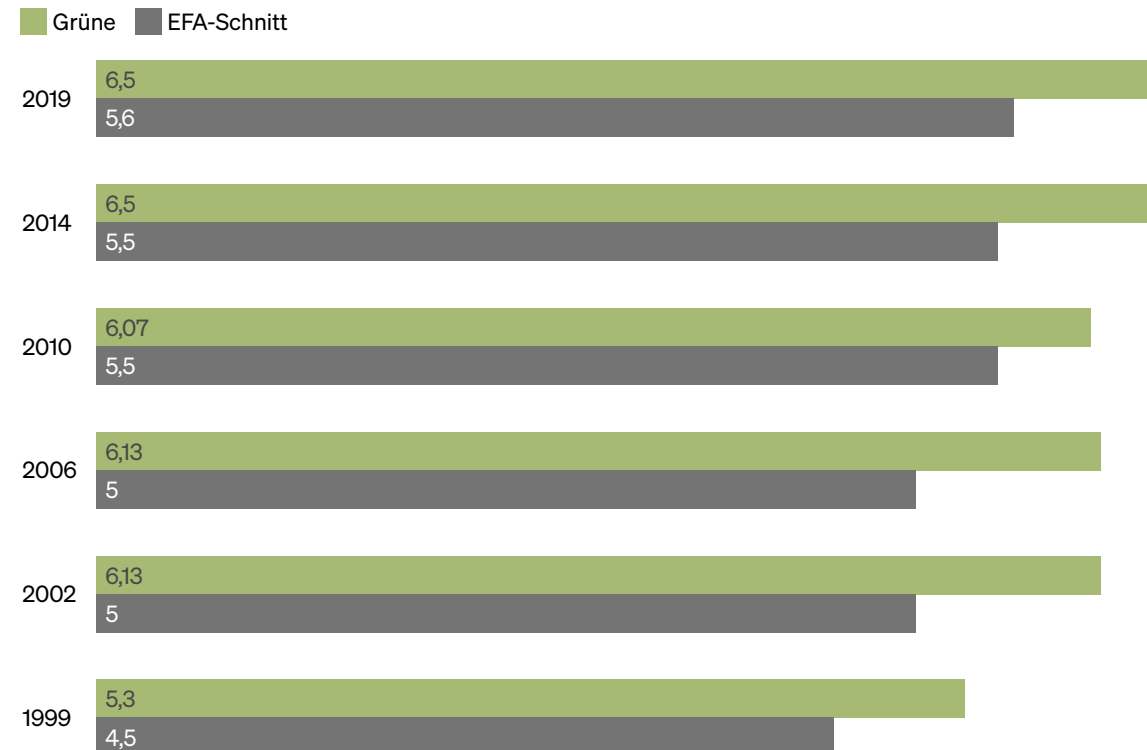
Schließlich bildete die jahrelang proeuropäischste Partei ÖVP mit der EU-skeptischsten Partei FPÖ die Regierung. Mit jeweils 26,91 Prozent waren beide Parteien stimmenmäßig auch gleich stark im Parlament vertreten. Ganz anders ihre EU-Position: Die ÖVP lag 2002 bei einem Wert von 6,9, dagegen die FPÖ bei 2,6. Noch drastischer war der Unterschied 2006 mit 6,5 zu 1,8. In dieser Zeit und sogar bis 2014 überholte die ÖVP im geringen

Die Volkspartei

Ausmaß – d.h. mit einer Differenz von maximal 0,4 – die Europapartei NEOS. Ein drastischer Einbruch lässt sich allerdings im Jahr 2019 erkennen, unter der Kanzlerschaft von Sebastian Kurz. In diesem Jahr hatte der spätere Koalitionspartner, die Grünen, 6,5, damit auch erstmals einen höheren Wert als die sich bis dahin gern selbst als Europapartei inszenierende ÖVP. Seit Kurz' rechtspopulistischem Schwenk, in Anbiederung an FPÖ-Taktiken, ist somit die ÖVP als Europapartei unglaubwürdig geworden.

Proeuropäische Haltung der Grünen im Vergleich zu ihrer Parteienfamilie EFA

Index von 1 bis 7 Punkten zeigt die Position zur EU-Integration



1 = entschieden gegen EU-Integration, 7 = eindeutig für EU-Integration

DIE GRÜNEN – VERZÖGERTE EUROPÄISCHE ÜBERZEUGUNG

Zeigten sich die Grünen seit ihrer Gründung und ihrem Einzug in den Nationalrat 1986 zunächst skeptisch gegenüber der Europäischen Gemeinschaft (EG), so haben sie sich seit Anfang der 1990er Jahre zu überzeugten Befürworter:innen des österreichischen EU-Beitritts gewandelt.

Abgesehen von der FPÖ, die damals mit abstrusen Warnungen vor künstlichen Inhaltsstoffen im Joghurt (Youtube 2014) gegen den EU-Beitritt wetterte, setzten sich alle übrigen Parlamentsparteien für eine hohe Wahlbeteiligung und Zustimmung bei der Volksabstimmung 1994 ein. So auch die Grünen, deren Durchschnittswert mit 6,1 unter jenem der NEOS (zuvor LiF) und (noch) jenem der ÖVP liegt und deren Schwankungsbreite mit 1,2 vergleichsweise niedrig ist. Vor allem liegt ihre EU-Zustimmung seit 2014 konstant bei 6,5, was zugleich auch den höchsten Wert seit 1999 bildet.

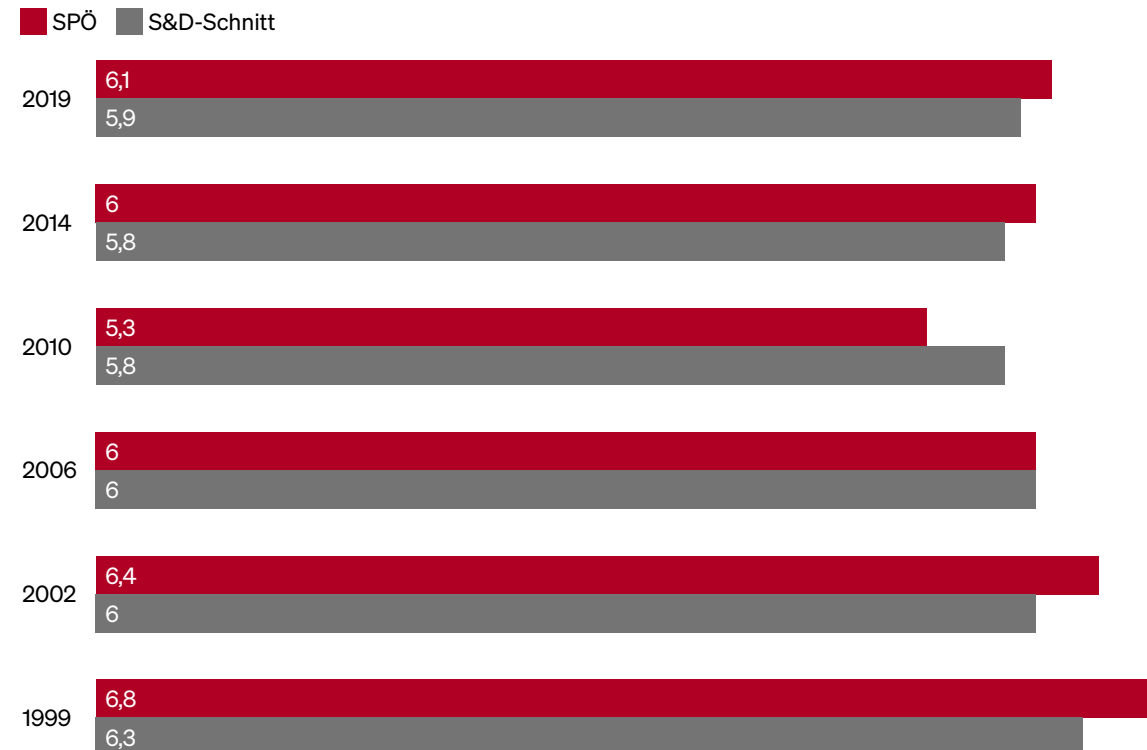
Interessanterweise ist auch 1999 das Jahr der größten EU-Skepsis bei den Grünen, während alle anderen Parteien relativ betrachtet hohe Zustimmungswerte aufweisen. So liegt 1999 der Unterschied zwischen den Grünen und der FPÖ bei 2,7. Im Jahr 2019 beträgt die Differenz zwischen der Nicht-mehr-Regierungspartei FPÖ und Gerade-eben-Regierungspartei Die Grünen fast das Doppelte. Die steigende EU-Zustimmung bei den Grünen dürfte mit dem steigenden Klimaschutz auf EU-Ebene, verbunden mit zahlreichen Umweltauflagen für die Mitgliedsländer, korrelieren. Der proeuropäische Kurs könnte sich angesichts zahlreicher Umweltauflagen auf EU-Ebene und der seit Einführung des um-



fassenden Green Deals noch weiter verstärken, was die CHES-Daten für 2024 voraussichtlich belegen werden. Auffällig bei den Grünen ist, dass sie im aktuellen Superwahljahr verstärkt auf soziale Gerechtigkeit im Rahmen der EU-Klimaziele setzen. Soziale Gerechtigkeit in einem ähnlichen Wording fordert auch die SPÖ, wodurch die Positionen beider Parteien zu einem gewissen Grad austauschbar erscheinen, der Sache selbst aber zuträglich sind.

Proeuropäische Haltung der SPÖ im Vergleich zum Durchschnitt ihrer Parteienfamilie S&D

Index von 1 bis 7 Punkten zeigt die Position zur EU-Integration



1 = entschieden gegen EU-Integration, 7 = eindeutig für EU-Integration

SPÖ – AUF VORWIEGEND PRO-EUROPÄISCHEM KURS

Einen kontinuierlichen EU-Kurs weist die SPÖ mit einem Durchschnittswert von 6,1 auf, wobei die Differenz bei 1,3 liegt, damit leicht über jenem der Grünen.

Die SPÖ zählt neben der ÖVP zu jenen beiden großkoalitionären Regierungsparteien, die einst den EU-Beitritt Österreichs akribisch vorbereitet haben. Der in den 1990er Jahren markante großkoalitionäre Slogan lautete dazu passend „Wir sind Europa“. Und auch in Zeiten der breiten Europaeuphorie 1999 bis 2002 zeichnete sich die SPÖ durch eine vergleichsweise hohe Zustimmung aus. Einen signifikanten Einbruch zeigt dagegen das Jahr 2010, womöglich unter dem Eindruck der Hilfspakete für Griechenland und Spanien.

In diesem Jahr kündigte SPÖ-Bundeskanzler Werner Faymann ein europaweites Volksbegehren für die Einführung von Steuern auf Devisengeschäfte („Tobin-Steuer“) an, was jedoch mit dem Vertrag von Lissabon nicht vereinbar war (Hutar, Sileitsch 2012). Die durch CHES festgestellte niedrigere EU-Zustimmung könnte daher mit dieser, eigentlich nicht EU-konformen, Initiative zusammenhängen.

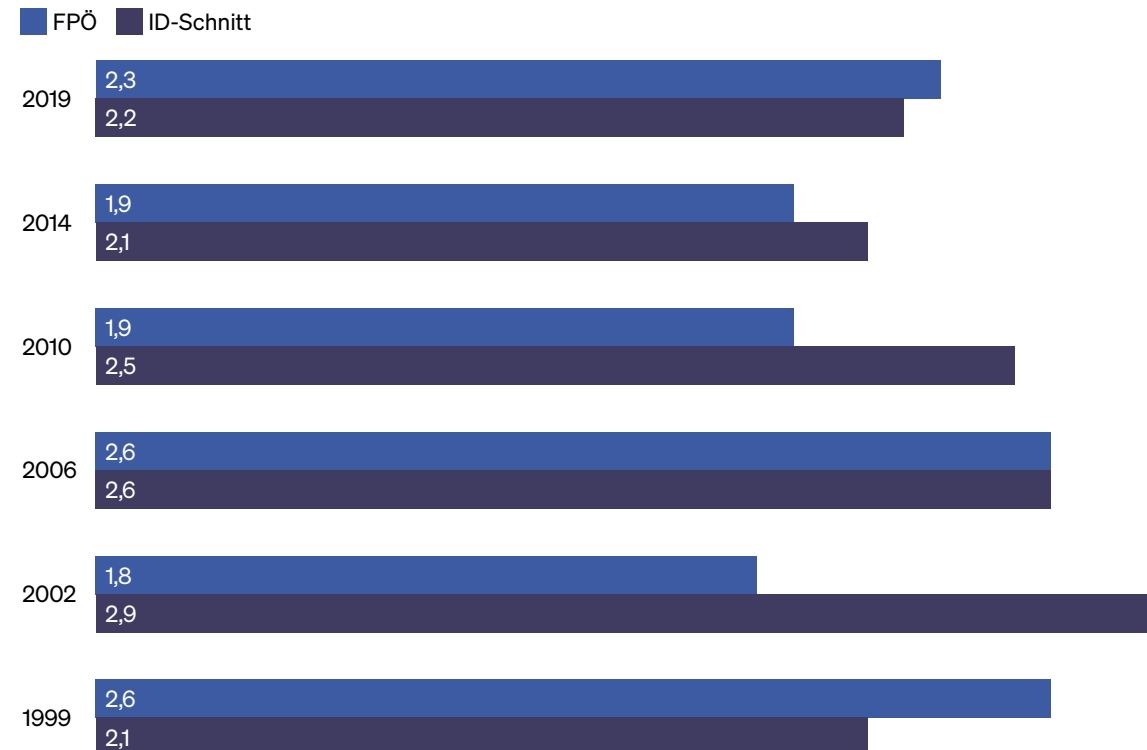
Hinzu kommt, dass die sozialdemokratischen Parteien in Europa zusehends dem Druck linkspopulistischer Parteien ausgesetzt sind. Die strikte europäische Fiskalpolitik unter dem EU-Rettungsschirm hat nicht nur in Griechenland und Spanien linkspopulistischen Parteien Auftrieb verschafft. Auch in Österreich hat sich die KPÖ bzw. KPÖ plus die weit verbreitete Unzufriedenheit über

SPÖ

die Wohnsituation, vor allem in Salzburg und der Steiermark, zunutze gemacht. So ist die KPÖ bzw. KPÖ plus nicht im Nationalrat, jedoch vereinzelt auf Landes- und Gemeindeebene vertreten. Auf soziale Unzufriedenheit setzen nicht nur Parteien des linken, sondern vor allem auch des rechten Randes, wie die FPÖ.

Europaskeptische Haltung der FPÖ im Vergleich zu ihrer Parteienfamilie „Fraktion Identität und Demokratie“ (ID)

Index von 1 bis 7 Punkten zeigt die Position zur EU-Integration



1 = entschieden gegen EU-Integration, 7 = eindeutig für EU-Integration

FPÖ – DIE EUROPAFEINDLICHE PARTEI

Die mit Abstand EU-skeptischste Partei ist zweifellos die FPÖ. Zwischen 1999 und 2019 beträgt ihre EU-Zustimmung im Schnitt 2,2.

Dabei bleibt sie in den zwei Jahrzehnten auch durchgehend konstant. Schließlich beträgt die maximale Schwankungsbreite lediglich 0,88. Das erweist sich als wenig überraschend, tritt sie doch seit langem vehement für ein „Europa der Vaterländer“ auf und gegen eine – von ihr behauptete – „Bevormundung Brüssels“ (APA 2019).

Die höchste EU-Zustimmung zeigt sich bei der FPÖ im Jahr 2002 dicht gefolgt von 1999. Das ist die Zeit der großen Europaeuphorie, die sogar die FPÖ verhältnismäßig mitgerissen hat. Das ihrerseits europaskeptischste Jahr war 2006, zwei Jahre nach der großen Erweiterungswelle und ein Jahr nach dem gescheiterten Vertrag für eine gemeinsame europäische Verfassung. Bis 2019 bleibt die FPÖ mit einem Wert von 2,3 ihrem betont EU-skeptischen Kurs treu. Parallel dazu erhöht sich ihr Stimmenanteil kontinuierlich, abgesehen von den Folgen des sogenannten Ibiza-Skandals 2019, als die FPÖ „nur“ 16,2 Prozent statt wie 2014 20,5 Prozent gewinnen konnte. Insgesamt hält sich die FPÖ bei +-20 Prozent in dieser Zeit, je nach Ausmaß des jeweiligen Skandals bzw. der unter den Wähler:innen ausgeprägten Amnesie bzw. Gleichgültigkeit.

FPÖ

JE LIBERALER, DESTO PROEUROPÄISCHER – NICHT IMMER GÜLTIG

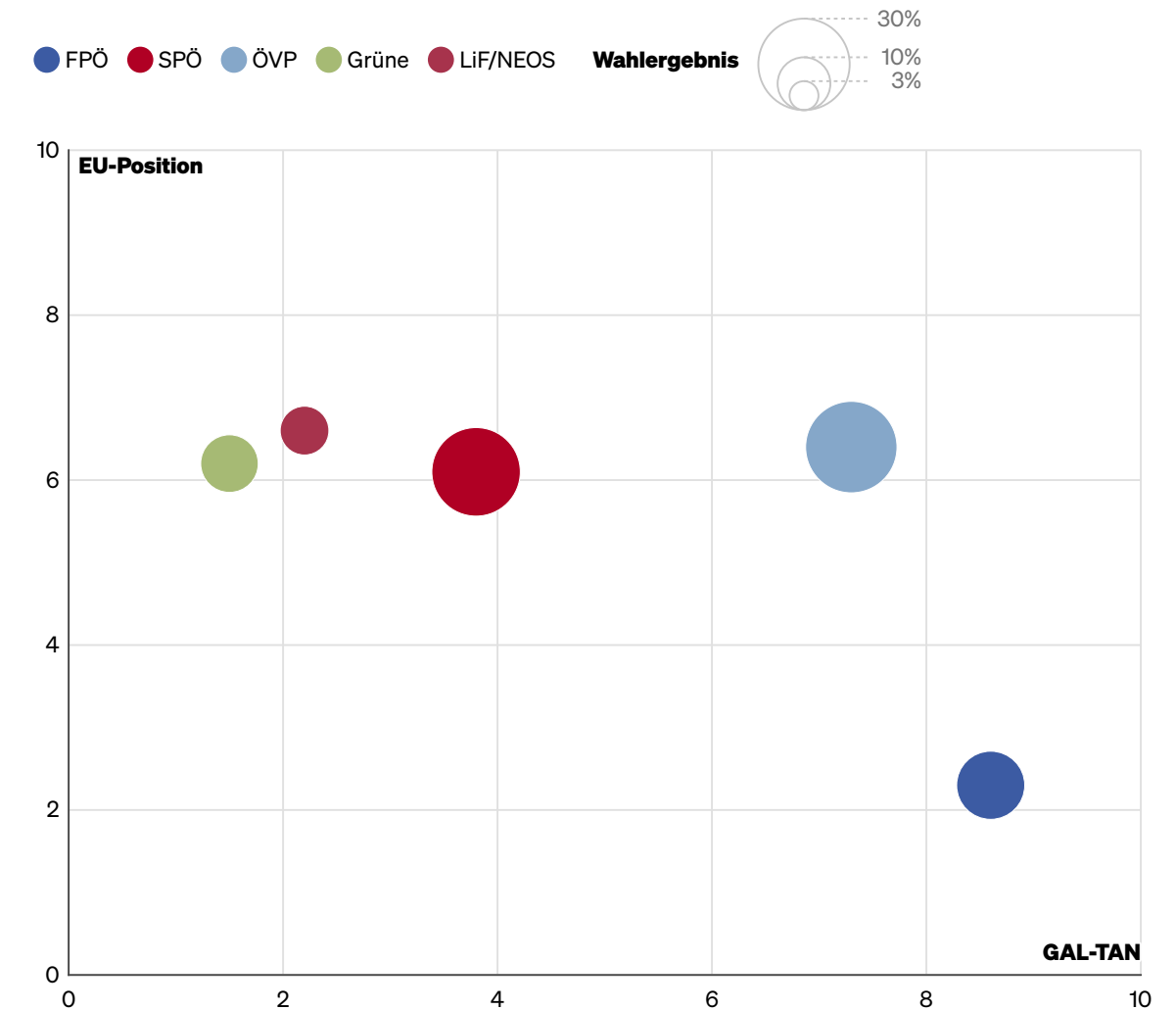
Mit Blick auf die Korrelation zwischen EU-Position und GAL-TAN fällt auf, dass keine eindeutigen Trends festzustellen sind. So kann nicht behauptet werden, dass eine größere EU-Zustimmung automatisch einen niedrigeren GAL-TAN-Wert mit sich bringt.

Während also der durchschnittliche GAL-TAN-Wert bei den Grünen 1,47 und bei den NEOS (früher LiF) 2,16 beträgt, liegt die EU-Zustimmung bei den Grünen im Schnitt bei 6,1 und bei den NEOS bei 6,7. Die in Österreich vergleichsweise traditionalistisch ausgerichtete ÖVP galt sogar bis 2014 – vor ihrem Absturz 2019 – als klare EU-Verfechterin, bei sich nicht wesentlich verändernden GAL-TAN-Werten. Im Vergleich dazu weist die SPÖ im Schnitt einen ähnlichen EU-Wert (6,1) bei deutlich niedrigerem GAL-TAN-Wert (3,8) auf.

Auffällig ist das Jahr 2002 bei der ÖVP, weil in diesem Jahr deren EU-Zustimmung und GAL-TAN-Wert am höchsten sind, 6,9 zu 8,3. Das ist genau die Zeit der ÖVP-FPÖ-Koalition, die ja auf EU-Ebene nicht goutiert, aber auch nicht weiter sanktioniert wurde. Nur bei der FPÖ kann ein auffällig hoher GAL-TAN-Wert (8,7) in Kombination mit einer signifikant niedrigen EU-Zustimmung (2,2) festgestellt werden. Ihre tendenziell steigenden Stimmengewinne in den zwanzig Jahren verdeutlichen, dass sie mit ihren teils hetzerischen Positionen unter den Wahlberechtigten zusehends Zuspruch erfährt – sehr zum Missfallen der Großparteien ÖVP und SPÖ.

EU-Positionen und GAL-TAN-Werte der österreichischen Parteien im EU-Parlament

EU-Zustimmung und GAL-TAN-Wert von 1999 bis 2019 im Durchschnitt



X-Achse: GAL-TAN: 0 = Grün, Alternativ, Liberal, 10 = Traditionalistisch, Autoritär, Nationalistisch Y-Achse: EU-Position: 1 = entschieden gegen EU-Integration, 7 = eindeutig für EU-Integration Wert 1 steht für ablehnende EU-Haltung, Wert 7 korrespondiert mit einer hohen EU-Zustimmung.

PARTEIPOLITISCHER STIMMENFANG MIT TEILS GEGENSÄTZLICHEN EU-POSITIONEN

Innenpolitisch geht es bei SPÖ und ÖVP, den einstigen großkoalitionären Parteien und catch-all parties, darum, dem Stimmenverlust an die FPÖ entgegenzuwirken. Schließlich fischt die rechts-populistische – auch Protestpartei – FPÖ mit ihrem Fokus auf aufgebauschte soziale Ungerechtigkeit und Abstiegsängste im Wähler:innenteich von SPÖ und ÖVP.

So zeigen jene Jahre, in denen die FPÖ deutliche Stimmenzugewinne gemacht hat, Stimmenverluste bei SPÖ und ÖVP. Signifikant erscheint hier das Jahr 2009. Umgekehrt profitierte die ÖVP 2019 vorerst vom Ibiza-Skandal der FPÖ, insbesondere bei den Nationalratswahlen mit 37,5 Prozent. Die FPÖ war dagegen von 20,5 Prozent im Jahr 2014 auf 16,2 Prozent 2019 gefallen. Zeitgleich schlug die ÖVP im Kampf um die teils gleiche Klientel rechtspopulistische und antieuropäische Töne an. Während sich also die ÖVP vor dem Hintergrund sozialer Unzufriedenheit zusehends der FPÖ anbiedert, bleibt die SPÖ ihrer Mitte-

Links-Linie vorwiegend treu. Bei gleichbleibendem EU-Kurs verliert die SPÖ zusehends Wähler:innenstimmen. Mit Pamela Rendi-Wagner an der Parteispitze und kontinuierlichen Querschüssen des burgenländischen Landeshauptmanns Hans Peter Doskozil hat die SPÖ vom Ibiza-Skandal stimmenmäßig nicht profitieren können.

Dagegen hat die FPÖ mit dem zunehmenden gesellschaftlichen Rechtsruck kontinuierlich mehr Stimmen gewinnen können. Um es mit den Worten des ehemaligen, skandalumwitterten, FPÖ-Chefs Heinz-Christian Strache zu sagen: „Wir sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen.“ Und mit den Worten des FPÖ-EU-Spitzenkandidaten Harald Vilimsky: „Wir sind in ganz Europa in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Wer anderes behauptet, der ist naiv.“ (Kurier 2016)

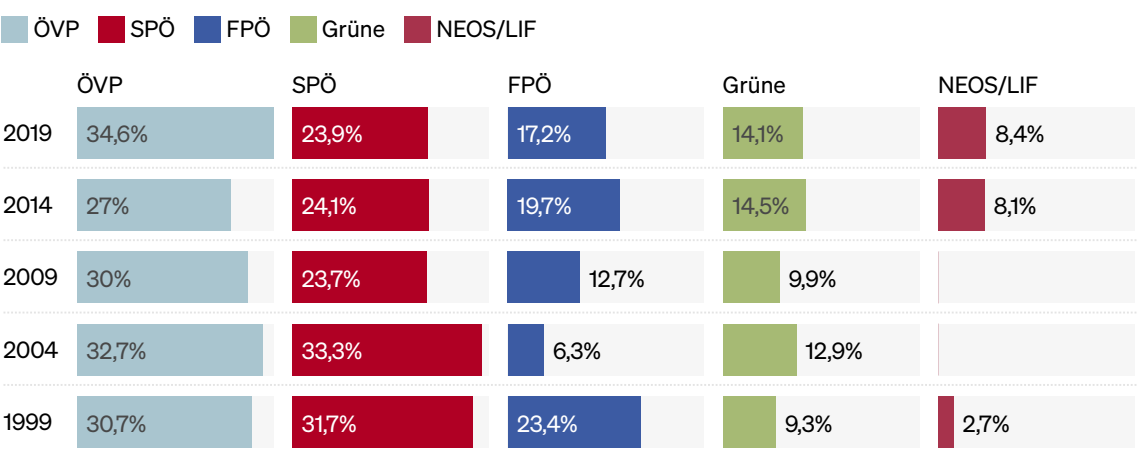
Zwischen EU-Position und Stimmengewinnen kann bei den Grünen keine signifikante Korrelation festgestellt werden. Abgesehen vom hier nicht erfassten Jahr 2017, als sie aus dem Parlament geflogen sind, verzeichnen die Grünen tendenziell Stimmengewinne. Ihren Stimmenanteil von 7,4 im Jahr 1999 haben sie bis zu den Nationalratswahlen 2019 auf 13,9 Prozent steigern können.

Eine international viel beachtete Erfolgsgeschichte können NEOS verzeichnen. Nachdem sich das Liberale Forum in Abspaltung von der FPÖ 1993 formiert und als damals jüngste und innovativste politische Partei Furore gemacht hatte, war es nach den Parlamentswahlen 2002

nicht mehr im Nationalrat vertreten. Als neue liberale Bürger:innenbewegung, vor dem Hintergrund einer in Österreich kaum vorhandenen liberalen Tradition, zogen NEOS, erst kurz vor der österreichischen Nationalratswahl 2013 gegründet, mit fast 5 Prozent ins Parlament ein. Nach der Fusion mit dem LiF im Jahr 2014 konnte sich ihr Stimmenanteil bis 2019 auf 8,1 Prozent erhöhen. Während das LiF und später NEOS bei ihrem proeuropäischen Kurs vergleichsweise kaum Schwankungen aufweisen, finden liberale Positionen in der österreichischen Gesellschaft kontinuierlich mehr Anklang. Von 3,7 Prozent fürs LiF im Jahr 1999 sind es bis 2019 für NEOS 8,1 Prozent.

Rückblick auf die Ergebnisse der Europawahlen in Österreich

Stimmenanteile bei den EU-Parlamentswahlen von 1999 bis 2019



Grafik: NEOS Lab • Quelle: BMI

POLARISIERUNGEN DIENEN DEN POLITISCHEN RÄNDERN

Im Zeitraum von 1999 bis 2019 war es zunächst die breite Europaeuphorie, die sich auch in den mehrheitlich proeuropäischen Positionen der österreichischen Parlamentsparteien niederschlug.

Bis 2002 verbuchten die eindeutig proeuropäischen Großparteien SPÖ mit 36,5 Prozent und ÖVP mit 42,3 Prozent die meisten Stimmengewinne. Ab 2006 begann bei beiden Parteien der Stimmenabbau bei grundsätzlich gleichbleibender proeuropäischer Position, mit der Ausnahme 2019, als sich die ÖVP vom bisherigen EU-Kurs zu verabschieden begann. Abgesehen von der ÖVP kann bei allen anderen Parteien eine grundsätzlich gleiche EU-Position mit veränderten Machtverhältnissen beobachtet werden. Während die ÖVP 2019 eindeutig europaskeptischer nach rechts abgedriftet ist, verändern die anderen Parlamentsparteien ihre EU-Position grundsätzlich wenig. Als unmissverständliche Europapartei erweisen sich NEOS. Danach kann man sich auch bei den Grünen und bei der SPÖ grundsätzlich auf kontinuierliche EU-Positionen verlassen. Der Attraktivitätsverlust der Großparteien dürfte demnach nicht an der EU-Position, sondern an vielen anderen Faktoren wie u.a. gesellschaftlicher Rechtsruck, Konkurrenz durch die Grünen, Parteienzusammensetzung, Parteispitze und Kommunikation sowie Außenauftritt der Partei liegen. In dieser voranschreitenden gesellschaftlichen Polarisierung mit teils verlorenem Innen- und Außenklang der EU erweist es sich vor allem für Parteien der Mitte schwierig, sich im innenpolitischen Hickhack zu behaupten. Außerdem scheint trotz fast 30-jähriger EU-Mitgliedschaft das Thema Europa für die österreichische

Gesellschaft eine nicht so große Rolle zu spielen. Nahezu unbemerkt oder zumindest irrelevant blieb die Annäherung der ÖVP an autokratische Regierungen der Visegrád-Länder, allen voran Viktor Orbáns Fidesz in Ungarn (Siebenhaar 2020). Aus der in Österreich doch weitverbreiteten Europaskepsis lässt sich die hierzulande geringe Bedeutung von Europapolitik ablesen. Andernfalls hätte der europaskeptische Schwenk der ÖVP schon längst mehr Stimmen gekostet. Umgekehrt hätten stärker proeuropäisch ausgerichtete Parteien deutlich mehr Stimmen gewonnen.

BEFÜRCHTETES ENDE DES „CORDON SANITAIRE“ IM EU-PARLAMENT

Die große Diversität der ideologischen Ausrichtung in Europa wird allein schon in Österreich mit vergleichsweise wenigen Parteien abgebildet. Wie im europäischen Parteienvergleich ersichtlich, bildet die FPÖ auch innerhalb ihrer eigenen Parteifamilie den äußersten autoritär-nationalistischen und EU-feindlichen Rand ab, wohingegen die österreichischen Grünen in ihrer Parteifamilie besonders nah am grün-liberalen Eckpunkt stehen.

NEOS erweisen sich in der liberalen Parteifamilie als besonders proeuropäisch und GAL-nahe. Genau diese proeuropäische Haltung unter den größten Fraktionen im EU-Parlament ist es auch, die bei den Europawahlen 2019 die Wähler:innenschaft vor der Gefahr eines europafeindlichen Rechtsrucks gewarnt und damit mobilisiert hat (Bröcker 2019). Zudem bekamen die Grünen ordentlich Rückenwind, und zwar durch die europaweiten „Fridays for Future“-Demonstrationen für mehr Klimaschutz (Pütz, Rothe 2019).

Nach den Wahlen konnte im Europaparlament ein Cordon sanitaire gegen die europafeindlichen Kräfte rund um die Fraktion Identität und Demokratie wie auch die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) gezogen werden. Auf Grundlage aktueller Umfragen (Poll of Polls) dürfte das, so die Befürchtung, bei den diesjährigen Europawahlen nicht mehr so leicht gelingen. Denn wenn die Umfragen so stimmen, wird die liberale Renew-Fraktion von der ID-Fraktion vom dritten Platz verdrängt werden. Knapp wird damit das Rennen um den dritten Platz zwischen

Renew und ID. An fünfter Stelle könnte die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) landen. Zu dieser zählen rechtspopulistische Parteien wie die italienische Fratelli d'Italia unter Giorgia Meloni und polnische PiS (Recht und Gerechtigkeit) unter Jarosław Kaczyński. In ihrer Funktion als EKR-Vorsitzende networkt Meloni seit vielen Monaten, um den Einflussbereich des rechten Blocks zu erhöhen. Schließlich profitieren gerade rechtspopulistische Parteien von steigender Unzufriedenheit mit der EU. Diese breitete sich nach der großen Europaeuphorie in den 2000er Jahren seit der strikten Fiskalpolitik 2010 und sogenannten Migrationskrise 2015 aus und mündete 2016 vorerst im Brexit.

Vor dem Hintergrund dieser turbulenten Entwicklungen haben sich die EU-kritischen Positionen vor allem unter den rechtskonservativen und rechtspopulistischen Parteien verstärkt. Auf der GAL-TAN-Skala lässt sich bis 2019 ein Trend in Richtung TAN erkennen, was ebenfalls das rechte Lager im EU-Parlament betrifft. Allerdings hat der Brexit, also Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU, nicht nur EU-skeptischen bis EU-feindlichen Parteien Aufwind verschafft, sondern umgekehrt auch die anderendarin bestärkt, sich noch mehr für ein gemeinsames Europa einzusetzen (Schmidt 2019), darunter vor allem die bisher drei bis vier größten Fraktionen im Europaparlament, und zwar die europäische Volkspartei (EVP), Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten und die liberale Renew-Fraktion und ALDE wie auch weiters die Fraktion der Grünen/Europäische Freie Allianz. Beim folgenden Europäischen Parteienvergleich

wird daher ein besonderer Fokus auf die CHES-Daten gelegt, weil sich daran teils wesentliche Richtungsentscheidungen ablesen lassen, die auch für die diesjährigen Europawahlen von essenzieller Bedeutung sind.

DIE ÖSTERREICHISCHEN PARTEIEN IN IHREN EUROPÄISCHEN FRAKTIONEN

Die österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament gehören unterschiedlichen Fraktionen an. Davon gibt es im EU-Parlament sieben.

Bisher konnten die drei größten Fraktionen, die Europäische Volkspartei (Christdemokraten) (EVP), die Progressive Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament bzw. S&D-Fraktion und die Renew Europe Group, deren Mitglied NEOS sind, mit ihrer Mehrheit Gesetze beschließen und damit Europapolitik voranbringen. Dass die derzeit viertstärkste Fraktion, die Fraktion der Grünen/Europäische Freie Allianz (EFA), nicht immer bei Beschlüssen mitgestimmt haben, hat den teils bahnbrechenden Wegbereitungen wie im Fall vom Green Deal keinen Abbruch getan.

Nach den Europawahlen 2024 könnten neue Mehrheitsverhältnisse, nämlich das Ansteigen des rechten Blocks im Parlament, notwendige europäische Gesetzesbeschlüsse blockieren. Die FPÖ ist Teil der Fraktion Identität und Demokratie (ID), die derzeit die sechststärkste Fraktion bildet. Nach den Wahlen im Juni könnte die ID-Fraktion entweder die dritt- oder viertstärkste Fraktion werden und damit vor oder nach Renew platziert sein.

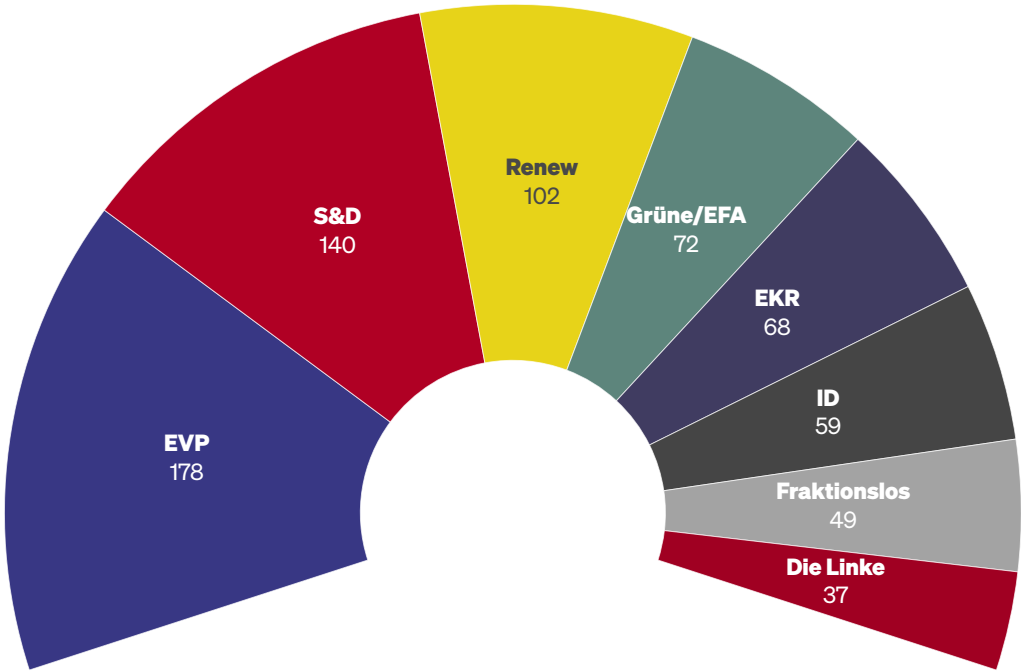
Im Gespräch ist immer wieder ein Zusammenschluss der rechtspopulistischen ID- und EKR-Fraktionen. Um nach dem Vorbild Italiens die Rechten im EU-Parlament zu vereinen, hat die italienische Premierministerin und EKR-Vorsitzende Giorgio Meloni sogar kürzlich ihre Kandidatur bei den Europawahlen angekündigt - ohne

selbst ein EU-Mandat annehmen zu wollen (Peretti 2024). Aufgrund der teils gegensätzlichen EU-Positionen erscheint das auch in naher Zukunft unmöglich (Riegert 2024). Allein bei der Frage, ob sie die Ukraine bei der Verteidigung gegen den Aggressor Russland unterstützen wollen oder nicht, widersprechen sich die beiden Fraktionen gänzlich. Während die EKR für uneingeschränkte Hilfe für die Ukraine einsteht, gefällt sich die ID-Fraktion in der Rolle des vermeintlichen Friedensstifters, der der Ukraine nicht zu Hilfe kommt. Verschwiegen wird bei der ID, dass viele ihrer Mitglieder von Putin direkt finanziert werden und folglich als dessen Sprachrohr in Europa fungieren (Nadjivan et al. 2023). Und es ist genau diese größtenteils zerstrittene, prorussische ID-Fraktion, die innerhalb des rechtspopulistischen Lagers die EKR stimmenmäßig überholen könnte.

Ähnlich zersplittert – und teils auch von Russland finanziert – zeigt sich die siebente Fraktion im EU-Parlament, die Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament mit derzeit 37 Sitzen. Zu dieser gehört die KPÖ – wohl gemerkt ohne Sitz im EU-Parlament. Obwohl die KPÖ seit 1959 nicht mehr den Einzug in den Nationalrat geschafft hat, sondern verstärkt in einzelnen Bundesländern auf Landes- und Gemeindeebene vertreten ist und dabei in den Städten Graz und nun Salzburg die Regierung bildet, hat der ehemalige KPÖ-Chef Walter Baier seit 2022 den Vorsitz der Europäischen Linken inne (Griera, Noyan 2024).

Zusammensetzung des Europäischen Parlaments seit den Wahlen 2019

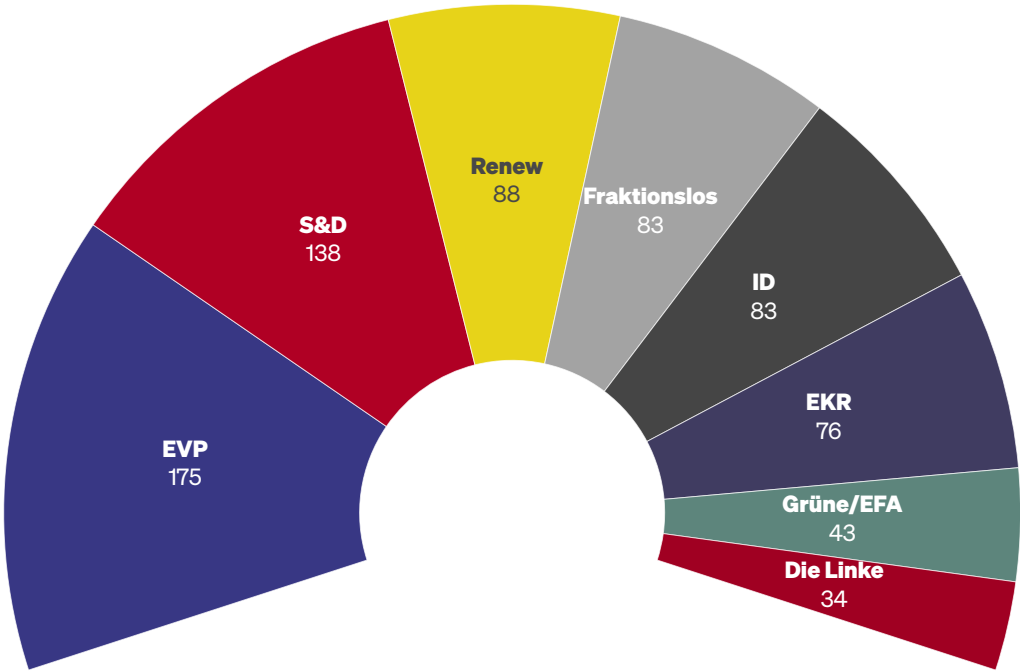
Proeuropäische Politik und „Cordon sanitaire“ durch liberaldemokratische Mehrheit von EVP, S&D, und Renew mit EFA



Mit bisher 705 Sitzen im EU Parlament

Prognostizierte Zusammensetzung des Europäischen Parlaments nach den Wahlen 2024

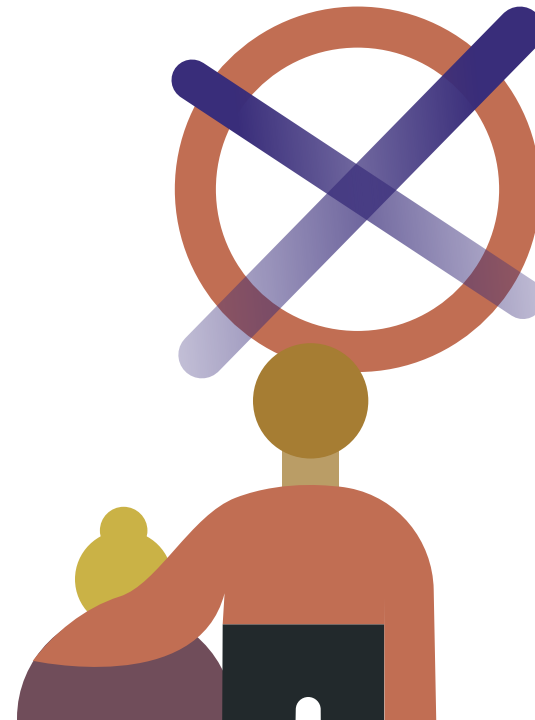
Blockaden gegen proeuropäische Politik durch rechtspopulistischen Block von ID und EKR erwartet



Politico Berechnung Stand 30.04.2024 - mit 720 Sitzen ab 2024

Um auf europäischer Ebene eine Fraktion zu bilden, sind mindestens 23 Abgeordnete aus mindestens 7 EU-Ländern (ein Viertel der Mitgliedsländer) erforderlich. Das könnte sich bei der Europäischen Linken aufgrund ihrer Zersplitterung als Problem erweisen (Basso 2023), wohingegen die rechtspopulistischen Fraktionen deutlich zulegen könnten. Bei allen anderen Parteien werden die Fraktionen numerisch kleiner. Ein Kopf-an-Kopf-Rennen könnte sich zwischen der ID-Fraktion und der liberalen Renew Europe Group abzeichnen, die völlig konträre Positionen zur europäischen Integration vertreten: ein dystopisches Europa der Vaterländer, wie von ID propagiert, vs. ein vereintes und noch stärkeres Europa, wie von Renew Europe gefordert.

Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der sogenannten Migrationskrise haben auch weitere Krisen wie die Corona-Krise, die Energiekrise im Zuge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und die beispiellos hohe Inflationsrate der letzten beiden Jahre den liberal-demokratischen Kräften der Mitte zugesetzt, zumal diese mittlerweile als „Permakrise“ bezeichneten Krisen den Polarisierungen populistischer Parteien einen unerlässlichen Nährboden bieten.



EUROPÄISCHE ERFOLGE STEHEN AUF DEM SPIEL

Unbeachtet bleibt dabei, dass die produktive Zusammenarbeit der drei größten Fraktionen im EU-Parlament, EVP, S&D und Renew, zeitweise auch unter Mitwirkung der Grünen, in kürzester Zeit bemerkenswerte Schritte gesetzt hat: allen voran den Green Deal seit 2020 (Hodgson 2024), eine gemeinsame Covid-19-Politik seit 2020, verbunden mit einem rasch aus der Taufe gehobenen Impfprogramm (Europäische Union o.J.a; Iraola 2023), eine rasch eingeleitete gemeinsame Sanktionspolitik gegenüber Russland seit dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine 2022 (Consilium o.J.b), einen Europäischen Kompass für Sicherheit und Verteidigung seit 2022 (Sill 2023) und verstärkte Bestrebungen für das Voranbringen der gemeinsamen Energiepolitik, um die Abhängigkeit von russischem Gas zu minimieren.

Als bahnbrechend gilt die kürzlich beschlossene Gesetzgebung rund um Digitalisierung und künstliche Intelligenz, deren Kernpunkt das KI-Gesetz (AI Act) bildet (European Commission o.J.). Bemerkenswert ist außerdem die gemeinsam beschlossene Klage gegen die Europäische Kommission, weil diese eigentlich eingefrorene Gelder unrechtmäßig an Ungarn überwiesen hat. Zuletzt hat man ein Gesetz zu Medienfreiheit beschlossen und einen Kompromiss zur gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik gefunden, und das zwei Monate vor den Europawahlen im Juni. (Liboreiro et al. 2024)

Das EU-Lieferkettengesetz ist nach zähem Ringen Ende April auch noch im EU-Parlament abgesegnet worden (Tagesschau 2024). All diese Maßnahmen fallen in eine

gemeinsame EU-Politik, wofür die Befürwortung der EU-Integration Grundvoraussetzung ist. Diese könnte allerdings durch das Erstarken antieuropäischer Kräfte 2024 auf dem Spiel stehen.

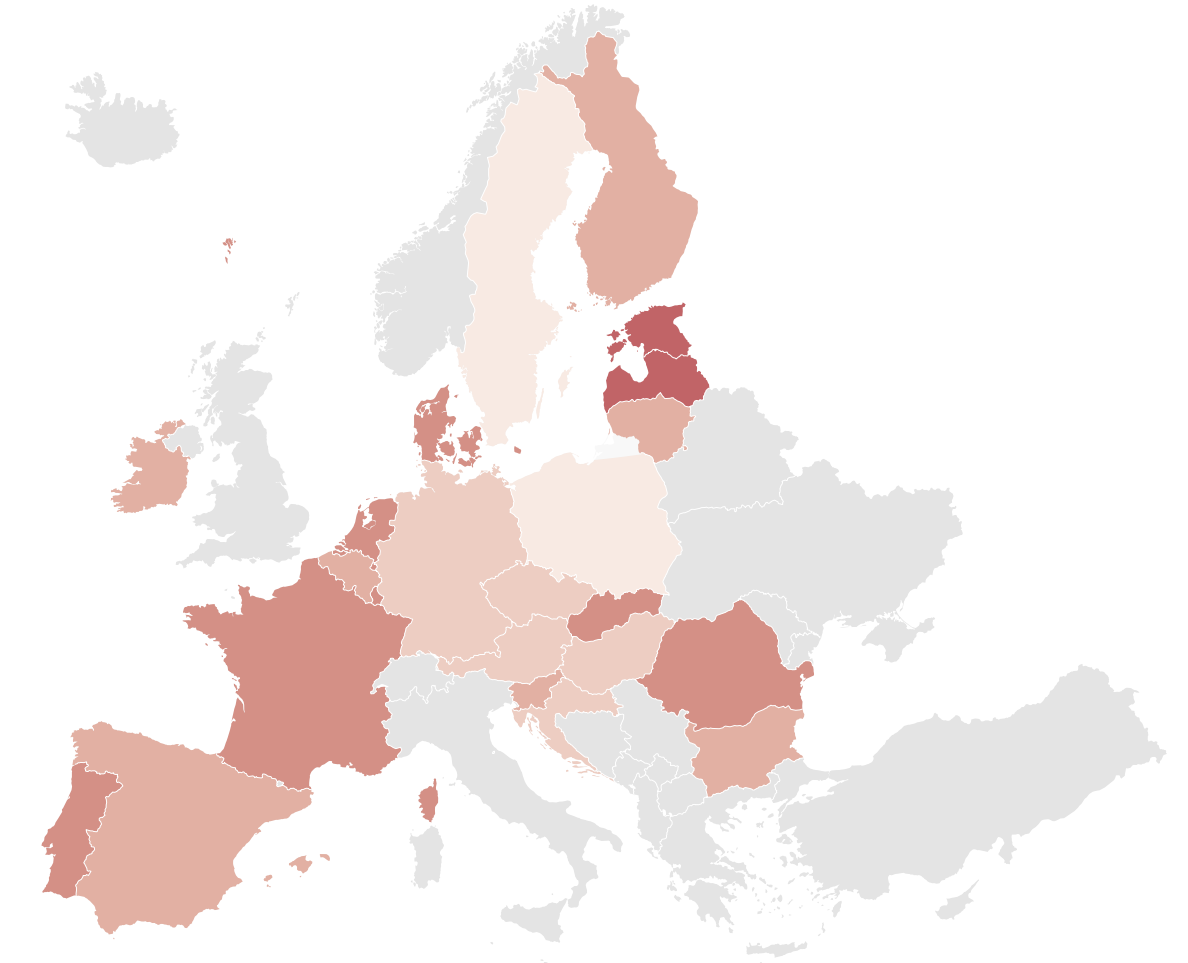
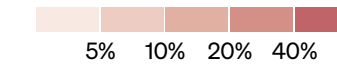
DIE LIBERALE PARTEIENFAMILIE UND IHR EINSATZ FÜR EIN STARKES EUROPA

Im Schnitt zeichnen sich die liberalen Parlamentsparteien durch ihre betont proeuropäische Ausrichtung aus. Tendenziell, nicht immer, weisen liberale Parteien in Ländern mit staatssozialistischem Erbe höhere GAL-TAN-Werte auf, wodurch sich in der Ausrichtung teilweise Überschneidungen mit christdemokratischen und konservativen Parteien ergeben. Bei den niedrigeren GAL-TAN-Werten lassen sich Überschneidungen mit der sozialdemokratischen und grünen Fraktion auf europäischer Ebene erkennen, jedoch nie mit rechtspopulistischen Parteien.

Wie eine im European Journal of Political Research veröffentlichte Studie (Dassonneville et al. 2024) zeigt, entscheidet sich die Wählbarkeit einer Partei oftmals an ihrer liberalen vs. autoritären Ausrichtung. So werden sich liberal und progressiv eingestellte Wähler:innen immer für Parteien entscheiden, die nahe am GAL-Wert sind, und daher kaum für traditionalistisch ausgerichtete rechtspopulistische Parteien. In der Folge ist es auch wichtig für eine Partei, ihrem eigentlichen Kurs treu zu bleiben und sich nicht vom „populistischen Zeitgeist“ (Bayerlein 2021) mitreißen zu lassen, um so für die eigenen Wähler:innen authentisch zu bleiben.

Stimmenanteil liberaler Parteien bei der EU-Wahl 2019 in den EU-Mitgliedsländern

Höchster Anteil in Estland mit 43,8 %, EU-Parlamentswahl 2019

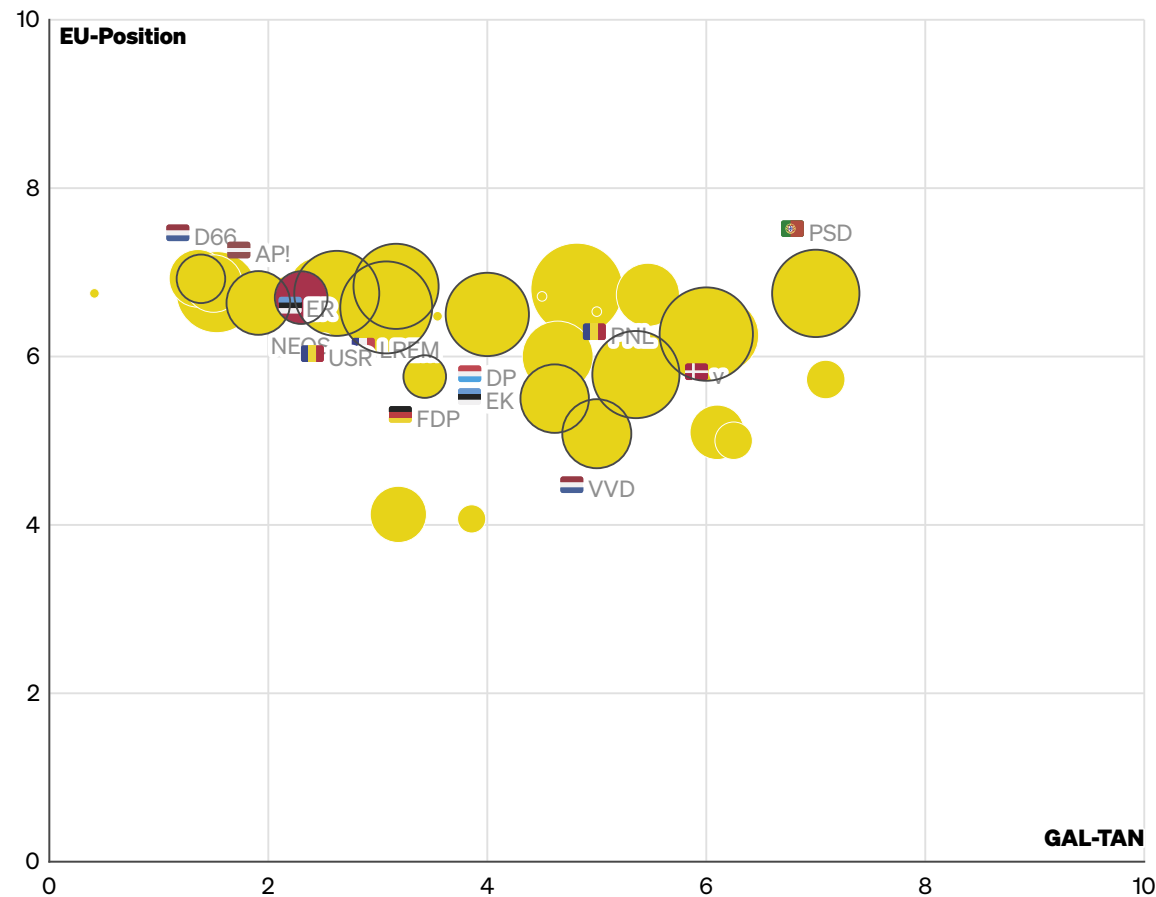


Stimmenanteil (in Prozent) aller liberalen Parteien pro Land zusammengezählt.

Grafik: NEOS Lab • Quelle: Chapel Hill Expert Survey (CHES)

EU-Positionen und GAL-TAN-Werte innerhalb der liberalen Parteienfamilie im EU-Parlament 2019

EU-Zustimmung und GAL-TAN-Wert 2019 im Vergleich



X-Achse: GAL-TAN: 0 = Grün, Alternativ, Liberal, 10 = Traditionalistisch, Autoritär, Nationalistisch Y-Achse: EU-Position: 1 = entschieden gegen EU-Integration, 7 = eindeutig für EU-Integration Wert 1 steht für ablehnende EU-Haltung, Wert 7 korrespondiert mit einer hohen EU-Zustimmung.

Grafik: NEOS Lab • Quelle: Chapel Hill Expert Survey

DAS NEOS-EU-WAHLPROGRAMM IM EINKLANG MIT DEM RENEW-MANIFEST

Die beiden NEOS-Spitzenkandidat:innen Helmut Brandstätter an erster und Anna Stürgh an zweiter Stelle setzen sich unmissverständlich für ein starkes, vereintes Europa ein, nämlich „die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen“.

Das beinhaltet eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, ein stärkeres Europäisches Parlament, eine effiziente europäische Regierung und mehr Bürger:innenbeteiligung (NEOS Team 2024). Zudem fordern sie im NEOS-EU-Wahlprogramm, die Bildungsfreiheit als fünfte europäische Grundfreiheit zu etablieren (NEOS 2024), neben bereits bestehenden vier europäischen Grundfreiheiten (freier Dienstleistungsverkehr, freier Kapitalverkehr, freier Personenverkehr, freier Warenverkehr). Die Stoßrichtung ist dabei klar: Nur ein gemeinsames Europa kann den zahlreichen Herausforderungen im Inneren und Äußeren standhalten und sich weiterentwickeln – zum Wohl aller Bürger:innen in Europa.

Das NEOS-EU-Wahlprogramm steht somit im Einklang mit dem Renew-Manifest bzw. der Renew Europe Now campaign, die zehn zentrale Forderungen beinhalten: darunter eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Stärkung von europäischen Grundfreiheiten und die Garantie von Frauen- und Queerrechten, Sanktionen gegen EU-Mitglieder bei rechtsstaatlichen Verstößen, der Schutz junger Menschen vor Extremismen bis zur europäischen Klimapolitik im Einklang mit der Agrarwirtschaft, weiters ein digitaler Binnenmarkt, eine differenzierte europäische

Migrationspolitik und schließlich eine stärkere Position im globalen Wettbewerb und die Gründung einer globalen demokratischen Allianz mit gleichgesinnten Staaten weltweit.

Ihre proeuropäische Ausrichtung hat die Renew Group mit der Wahl ihrer Spitzenkandidatin am 20. März 2024 verdeutlicht: die FDP-Politikerin und Verteidigungsexpertin Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Sie tritt gemeinsam mit Sandro Gozi von der italienischen Europäischen Demokratischen Partei (EDP) und mit der Renew-Europe-Präsidentin Valérie Hayer von der französischen Regierungspartei Renaissance auf. Dass Strack-Zimmermann und die beiden amtierenden Europaabgeordneten Gozi und Hayer, entgegen der üblichen Praxis, als Wahlkampftrio auftreten, ist Programm. Als „Team Europa“ führen sie die liberale „Renew Europe Now“-Wahlkampagne an, die eine neue Art des Wahlkampfs einleiten soll: weg von dem:der einen Spitzenkandidat:in in Richtung eines transnationalen Wahlkampfteams. (Liboreiro, Murray 2024) Mehr Europa und europäisches Bewusstsein wünscht sich auch NEOS-Spitzenkandidat Helmut Brandstätter: „Tatsächlich hat kein anderes Land so vom Beitritt profitiert wie Österreich. Das müssen wir den Menschen immer wieder sagen.“ (Hämmerle 2024a). Die ÖVP setzt unterdessen vermehrt auf nationale Interessen und läuft nicht nur Brüssel, sondern auch der eigenen Parteienfamilie zuwider.

ÖVP ALS AUSSENSEITER INNERHALB DER EIGENEN EVP-FRAKTION

Seit ihrem Einsatz für Österreichs EU-Beitritt hat die ÖVP in der öffentlichen Wahrnehmung vorwiegend als die Europa-Partei gegolten. Und das, obwohl sie die Beitrittsverhandlungen gemeinsam mit dem Koalitionspartner SPÖ geführt hat und sich beide noch Jahre nach der positiven Volksabstimmung zum EU-Beitritt den Slogan „Wir sind Europa“ an die Fahnen geheftet haben.

Die Idee des gemeinsamen Europas kolportierte die ÖVP bereits in den 1980er Jahren, und zwar in den ost-europäischen Staaten, die damals noch zum Sowjetblock gehörten. Für Völkerverständigung und ein Ende der Zweiteilung Europas setzten sich insbesondere frühere ÖVP-Chefs wie Erhard Busek und zuvor Alois Mock ein, beide auch in Funktion des Parteichefs, Vizekanzlers und Bundesministers. In die Geschichtsbücher hat sich das Bild von Mock mit seinem damaligen ungarischen Amtskollegen Gyula Horn eingeschrieben. Für das Foto stellten sie die Szene vom Durchschneiden des Zauns zwischen Österreich und Ungarn mit einer verrosteten Drahtschere nach. Erhard Busek hielt den historischen Paradigmenwechsel in seinen Memoiren wie folgt fest: „Als Wissenschaftsminister bescherte mir die geschichtliche Entwicklung mit dem Fall des Eisernen Vorhangs ein ungeheures Geschenk, das ich in Wahrheit als Symbol für die Faszination der Veränderung ansehe.“ (Busek 2014)

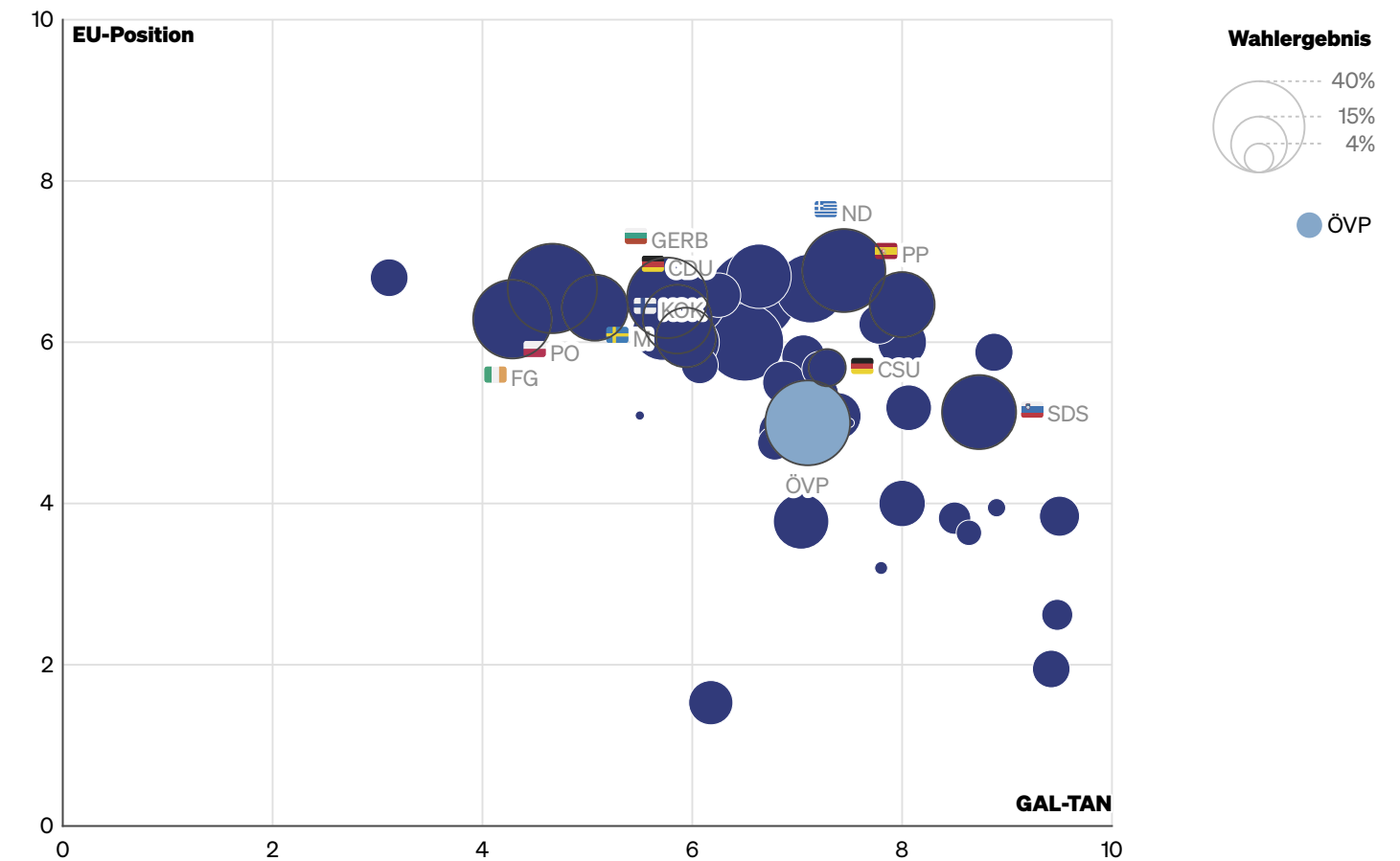
Die Europaeuphorie hielt bei der ÖVP viele Jahre nach dem EU-Beitritt 1995 an. Im europäischen Vergleich lag 1999 bei der ÖVP die Zustimmung zur europäischen

Integration sogar deutlich höher als im EU-Schnitt. Mehr noch zählte sie bis 2014 zu den Spitzenreitern in Sachen EU-Zustimmung. Das hat sich mit Sebastian Kurz an der Partei- und Regierungsspitze drastisch geändert. Wie die CHES-Daten verdeutlichen, liegt der proeuropäische Kurs der ÖVP 2019 erstmals unter dem EVP-Durchschnitt. Zudem zeigen die Entwicklungen der letzten Jahre, wie sehr die ÖVP zum Außenseiter ihrer eigenen Fraktion geworden ist.

Jüngstes Beispiel dieses ÖVP-Alleingangs ist deren Position beim Parteitag der Europäischen Volkspartei (EVP) am 6. März in Bukarest. Nicht nur, dass die ÖVP bei ihrem monatelangen Veto gegen den Schengen-Beitritt von Rumänien und Bulgarien bleibt – mit Ausnahmen für den Flugverkehr –, sie lehnt das EVP-Programm (EPP 2024) insgesamt ab. Offiziell fürs Protokoll stimmten die ÖVP-Abgeordneten beim EVP-Treffen somit nicht dagegen, sondern enthielten sich der Stimme. Folglich konnte EVP-Fraktionschef Manfred Weber verkünden, dass das EVP-Parteiprogramm einstimmig angenommen wurde, ohne auf die Details einzugehen. (Mayer 2024a)

EU-Positionen und GAL-TAN-Werte innerhalb der EVP-Fraktion im EU-Parlament 2019

EU-Zustimmung und GAL-TAN-Wert 2019 im Vergleich



X-Achse: GAL-TAN: 0 = Grün, Alternativ, Liberal, 10 = Traditionalistisch, Autoritär, Nationalistisch Y-Achse: EU-Position: 1 = entschieden gegen EU-Integration, 7 = eindeutig für EU-Integration Wert 1 steht für ablehnende EU-Haltung, Wert 7 korrespondiert mit einer hohen EU-Zustimmung.

Grafik: NEOS Lab • Quelle: Chapel Hill Expert Survey

STRITTIGE PUNKTE

Ein weiterer Punkt, den die ÖVP dezidiert ablehnt, ist die Einführung des Mehrheitsprinzips bei Abstimmungen im EU-Parlament. Außerdem vertritt sie eine Gegenhaltung zur von der EVP befürworteten Atomenergie, deren Ablehnung in Österreich lange Tradition hat – Stichwort: AKW Zwentendorf (Sommerguter 2024). Dass die ÖVP das Einstimmigkeitsprinzip – das die Parlamentsarbeit in der politischen Praxis nur blockiert – im EU-Parlament nicht abschaffen will, erinnert an die Haltung der rechtspopulistischen Fraktionen ID und EKR, tragen doch beide nationalistische Interessen ins EU-Parlament.

Mit Bundeskanzler Sebastian Kurz hat die ÖVP begonnen, einen zweigleisigen Europa-Kurs zu fahren. Während der langjährige EU-Parlamentarier und Erste Vizepräsident des Europäischen Parlaments Othmar Karas den bisher üblichen proeuropäischen Kurs fortsetzte, schloss sich Kurz der europaskeptischen Haltung der Visegrád-Länder an, allen voran Viktor Orbán. Dieser hatte bis zum Austritt der Fidesz 2021 für jahrelange Spannungen innerhalb der EVP gesorgt (Lang, von Ondarza 2021), vor allem mit seinem Protest gegen den „Wir schaffen das“-Sager der damaligen deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel angesichts der sogenannten Migrationskrise (Grieve et al. 2020). Dem schloss sich auch Ex-Kanzler Kurz an und widersprach sowohl dem Kurs der EVP-Mehrheit als auch seinem Parteikollegen Karas. (Honsig-Erlenberg, Baumann 2021) In der Folge gingen bei den letzten Europawahlen 2019 für die ÖVP zwei Spitzenkandidat:innen ins Rennen: Othmar Karas und die von der ÖVP lautstark

unterstützte Karoline Edtstadler, die letztlich die Vorzugsstimmenwahl für sich entscheiden konnte.

Hatte also Kurz seine damalige deutsche Amtskollegin Merkel mit etlichen rechtspopulistischen Attitüden irritiert, so scheint Nehammer diesen befremdlichen Kurz fortzusetzen. Schließlich widerspricht der aktuelle ÖVP-Kurs dem gemeinsamen EVP-Kurs. Dass die ÖVP nach Ablehnung des EVP-Manifests zumindest die (wohlgemerkt konkurrenzlose) EVP-Spitzenkandidatin, Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, unterstützt, dürfte deeskalierend wirken, jedoch die Situation nicht gänzlich beruhigen. Schließlich hätte der gemeinsame Parteitag – ähnlich jenem der Sozialdemokraten oder der Liberalen – als Formalakt Einigkeit, nicht Differenz zur Schau tragen sollen. Auffällig ist hier die vergleichsweise proeuropäische und NATO-freundliche Haltung des aktuellen ÖVP-EU-Spitzenkandidaten Reinhold Lopatka: „Wir müssen Europa voranbringen, dürfen aber nicht zu schnell vorgehen, um niemanden zu verlieren.“ Und: „Wir sind seit 1995 durch die ‚Partnerschaft für den Frieden‘ eng mit der Nato verbunden.“ (Hämmerle 2024b)

Interessant ist, dass die ÖVP noch kein offizielles EU-Wahlprogramm hat. Stattdessen tourt Lopatka unter dem Slogan „Europa besser machen“ durch Österreich, um Ideen für ein solches zu sammeln und dieses vor Pfingsten zu präsentieren. (Puls 24 2024) Die Abgrenzung zur FPÖ, der ja die meisten Stimmengewinne vorausgesagt werden, erfolgt auf rhetorischer Ebene. In der politischen Praxis bedient man sich rechts-

populistischer Methoden wie angeblicher Volksnähe, um sich als bessere Demokrat:in darzustellen. Wie sehr die ÖVP noch als Europa-Partei wahrgenommen wird, werden die Wahlergebnisse zeigen.



DIE S&D-FRAKTION – RISSE IN DER SOZIAL-DEMOKRATISCHEN ÜBERZEUGUNGSKRAFT

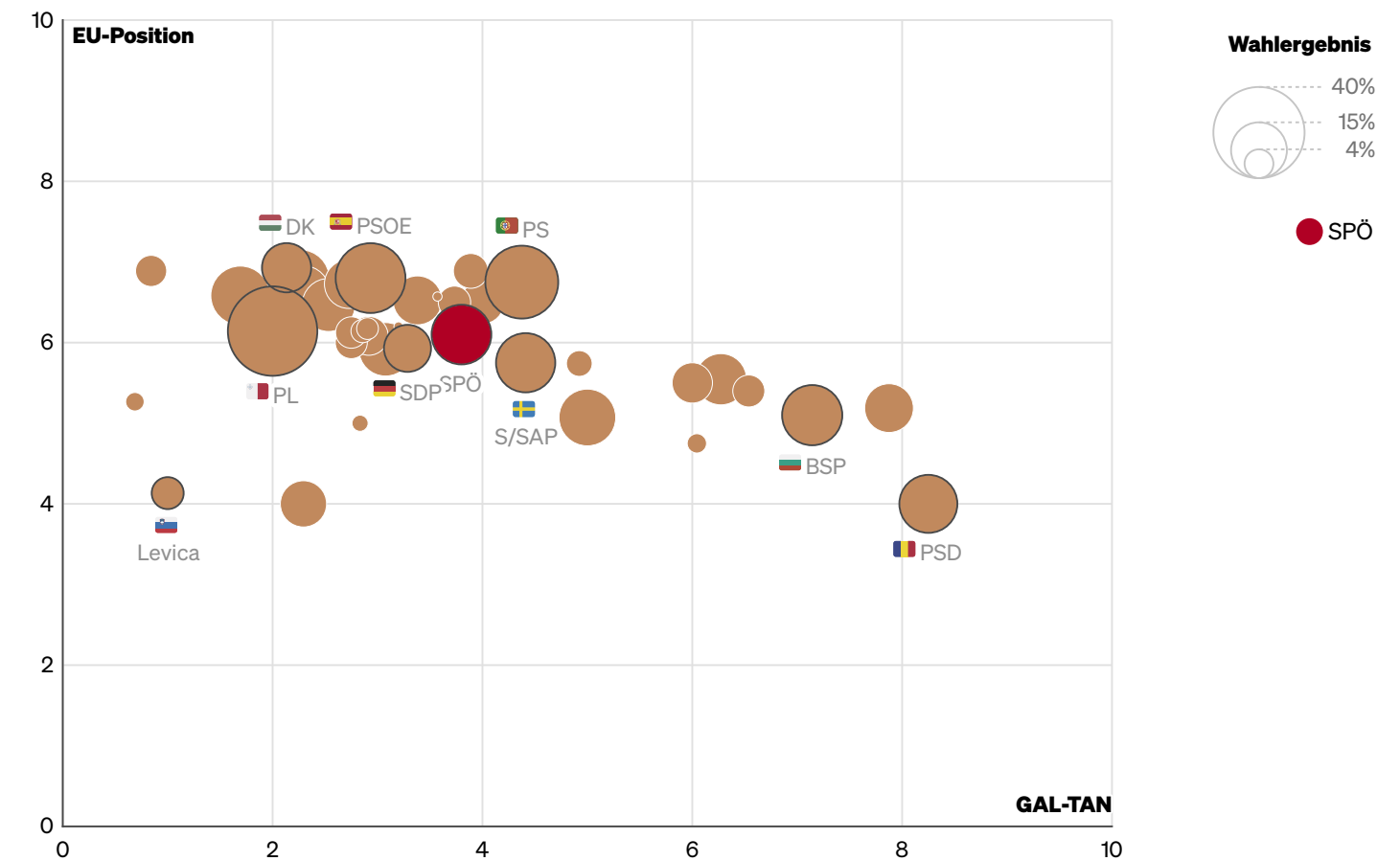
Die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament scheint von den Krisen der letzten Jahre besonders stark betroffen zu sein, ganz zu schweigen von den partei-internen Querelen der SPÖ rund um Parteispitze und Ausrichtung. Denn ihr Credo von sozialer Gerechtigkeit wurde mehrmals von globalen Entwicklungen erschüttert: Im Zuge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise konnten vor allem Menschen in den ost- und südosteuropäischen EU-Ländern ihre internationalen Kredite wegen der stark angestiegenen Inflation nicht mehr zurückzahlen.

Der über Griechenland und das ebenfalls zahlungs-unfähige Spanien gespannte EU-Rettungsschirm sanierte zwar die Wirtschaft vor Ort. Die Unzufriedenheit über die strikte Fiskalpolitik in beiden Ländern und die europaweit ausgebreitete Existenzangst wirkte sich auch auf das Wahlverhalten aus – nämlich zu Ungunsten der sozialdemokratischen Parteien. Ihr Versprechen, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, konnte nicht mehr so gut wie noch vor der Krise überzeugen. Einerseits gehört die S&D-Fraktion als bisher zweitgrößte Gruppe im EU-Parlament zu jenen Fraktionen, die weitreichende EU-Beschlüsse wesentlich mittragen und daher schwer gegen die eigenen Entscheidungen mobilisieren können, wenn es um Wähler:innenstimmen geht. Andererseits gab diese Krise – zum Teil neu entstandenen – linkspopulistischen Parteien Auftrieb, die die weit verbreitete soziale Unzufriedenheit verstärkt für sich nutzen konnten. (Nadjivan et al. 2023) Vor allem in Opposition, ob nun auf europäischer oder nationaler

(oder auch Länder- und lokaler) Ebene, konnten und können diese vorerst mit ihren teils radikalen (bzw. nicht finanzierbaren) antikapitalistischen Forderungen nach bedingungsloser sozialer Gerechtigkeit punkten – zum Schaden der linken Mitte. In den Folgejahren bekam diese vor allem seit der sogenannten Migrationskrise zusätzliche Konkurrenz von rechts.

EU-Positionen und GAL-TAN-Werte innerhalb der S&D-Fraktion im EU-Parlament 2019

EU-Zustimmung und GAL-TAN-Wert 2019 im Vergleich



X-Achse: GAL-TAN: 0 = Grün, Alternativ, Liberal, 10 = Traditionalistisch, Autoritär, Nationalistisch Y-Achse: EU-Position: 1 = entschieden gegen EU-Integration, 7 = eindeutig für EU-Integration Wert 1 steht für ablehnende EU-Haltung, Wert 7 korrespondiert mit einer hohen EU-Zustimmung.

Grafik: NEOS Lab • Quelle: Chapel Hill Expert Survey

SICH ABZEICHNENDER KONTURENVERLUST

Prognostiziert wird der S&D-Fraktion auch nach den Europawahlen im Juni 2024, zweitstärkste Kraft im EU-Parlament zu bleiben. Öffentliches Thema ist ihr sichtbarer Konturenverlust. Einerseits ist nach dem einstigen politischen Schwergewicht Frans Timmermans der neue Spitzenkandidat Nicolas Schmit weitgehend unbekannt, trotz seiner Funktion als EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte. Andererseits stehen soziale Gerechtigkeit, Arbeitnehmer:innerechte und leistbares Wohnen an oberster Stelle, ohne die konkrete Umsetzung auszuarbeiten. (Moens et al. 2024) Soziale Gerechtigkeit in der EU verlangt in diesem Sinn auch Andreas Schieder, mehrjähriger EU-Abgeordneter und wiedergewählter SPÖ-Spitzenkandidat. (Debets et al. 2024) So fordert Schieder eine gemeinsame Linie bei Klima- und Sozialpolitik: „Die EU liefert inhaltlich oft, aber die Mitgliedstaaten nicht. Zum Beispiel muss jeder Mitgliedstaat einen Klimaplan vorlegen – Österreich hat das nicht getan. Es gibt Ziele in der Kinderbetreuung – Österreich reagiert nicht, wie auch beim europäischen Plan gegen Kinderarmut.“ (Rosner 2024a) Zudem stellt Schieder den Anspruch auf die Funktion des österreichischen EU-Kommissars, der ja bisher nur von der ÖVP gestellt wurde. (APA 2024a)

Dass das Trauma der Finanz- und Wirtschaftskrise – wie auch der folgenden Stimmenverluste an links-populistische Parteien – noch tief in den Knochen sitzt, verdeutlicht Schmits Rede nach seiner Ernennung am Parteitag in Rom Anfang März 2024. Darin versichert er, nicht zuzulassen, „dass Europa den Weg der Sparmaßnahmen und der sozialen Unterdrückung einschlägt, wie

es das während der Finanzkrise getan hat. Das ist das Hauptargument und der Grund, warum wir diese Wahlen gemeinsam in allen 27 Mitgliedstaaten gewinnen wollen“. Und weiter: „Ich möchte, dass die Wähler wissen, dass die Sozialdemokraten weiterhin für alle Bürger kämpfen und ihre Verpflichtungen und Versprechen einhalten werden.“ (Debets et al. 2024)

In diesem Sinn deckt sich auch das PES Manifesto (PES 2024) mit den Forderungen der SPÖ ohne eigenes EU-Wahlprogramm, die gleichermaßen soziale Gerechtigkeit in einem gemeinsamen Europa an erster Stelle haben und auch gleichermaßen Positionen in der Europäischen Kommission besetzen möchten, mit dem Argument, dass die zentralen EK-Posten nicht immer nur von der EVP besetzt sein können. Was seitens politischer Beobachter:innen beim PES Manifesto jedoch befürchtet wird, ist ein gewisser Konturenverlust. (Moens et al. 2023)

Schließlich lässt sich kaum eine Forderung darin finden, die nicht auch schon von EVP, Renew oder den Europäischen Grünen gestellt wird.

Was für den bis dato liberaldemokratischen Cordon sanitaire und die Zusammenarbeit der bisher größten drei bis vier Fraktionen spricht, erweist sich für die S&D-Fraktion selbst als schwierig, nämlich die Frage, was genau ihr Alleinstellungsmerkmal ist. So hat sie wesentlich an der Erstellung und parlamentarischen Durchsetzung des bis vor kurzem noch umjubelten „Green Deal“ mitgewirkt. Da sich aber europaweites Unbehagen

über die Umsetzung und die damit verbundene zusätzliche Belastung von bereits benachteiligten Gruppen breit macht, schwenkt man zusehends um. Die EVP mit Ursula von der Leyen als Spitzenkandidatin hat bereits den Landwirt:innen nach lauten Protesten Zugeständnisse gemacht, um keine Wähler:innen zu verlieren, wie kritische Stimmen meinen. Die S&D-Fraktion will bei den erforderlichen Reformen ebenfalls niemanden zurücklassen bzw. dessen Unterstützung verlieren und verspricht einen „Green Deal mit rotem Herz“ bzw. „Green Social Deal“. Laut Javi López, dem spanischen EU-Abgeordneten, will sie „die grüne Transformation mit der sozialen Dimension kompatibel machen“ (Weise 2024). Wesentlich beteiligt am Erschaffen dieses Green Deals war Frans Timmermans, S&D-Spitzenkandidat für die Europawahlen von 2019, ehemaliger erster Vizepräsident und EU-Kommissar für Klimaschutz und derzeitiger Chef der niederländischen sozialistischen Partei. Er betont inzwischen, dass die ersten Opfer des Klimawandels vulnerable Gruppen sein werden, allen voran Fabrikarbeiter:innen und Landwirt:innen. Die Antwort auf die Frage, wie genau die sozialdemokratischen Forderungen umgesetzt und finanziert werden sollen, bleibt im PES Manifesto allerdings vage. (Weise 2024)

Womit sich die S&D-Fraktion unmissverständlich positioniert, ist die Gegnerschaft zu autoritären Akteur:innen. So hat sie die slowakische sozialistische Partei SMER letztes Jahr suspendiert. Ihr Pateichief Robert Fico provoziert seit Jahren mit seiner offenen und gegenseitigen Sympathie zu Viktor Orbán. Was aber das Wasser zum Überlaufen gebracht hat, ist seine

Koalitionsregierung mit den Ultrarechten, mit deren Unterstützung er das Amt des Regierungschefs bekleidet. (Jochecová 2023) Außerdem wirft sie der EVP vor, zum eigenen Machterhalt mit einer Rechtsaußen-Koalition zu liebäugeln, anstatt sich eindeutig von der EKR- und der ID-Fraktion abzugrenzen. (Michalopolous 2024) In diesem Punkt vertritt sie die gleiche Position wie Renew und die Europäischen Grünen, denen ebenfalls Stimmenverluste vorausgesagt werden.

Was sich kurz vor den Wahlen als Schockwelle verbreitet hat, ist die Meldung, dass die Ehefrau des spanischen Premierministers der Korruption beschuldigt wird und bereits Ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet wurden. Aufgestellt wurden die Beschuldigungen vom extrem-rechten Lager in Spanien, das in der Vergangenheit immer wieder mediale Kampagnen und gerichtliche Verfahren gegen politische Gegner gestartet hat. (Wandler 2024; Heller 2024) Neben innenpolitischen Turbulenzen wirft dieser Fall zweifellos einen Schatten auf die Europawahlen in Spanien und womöglich auf die S&D-Fraktion.

DAS BRECHEN DER „GRÜNEN WELLE“ BEI DER EFA-FRAKTION

Gehörte die Fraktion der Grünen/Europäische Freie Allianz (EFA) noch zu den gefeierten Aufsteigern bei den Europawahlen 2019 (Smith 2024), so blickt sie derzeit schlechten Umfrageergebnissen und damit drastischen Stimmenverlusten entgegen. Auch ihnen setzt der Widerstand seitens der Landwirtschaft zu, da die vielen Forderungen zu Ausnahmeregelungen den anfangs noch gefeierten Green Deal zu verwaschen drohen.

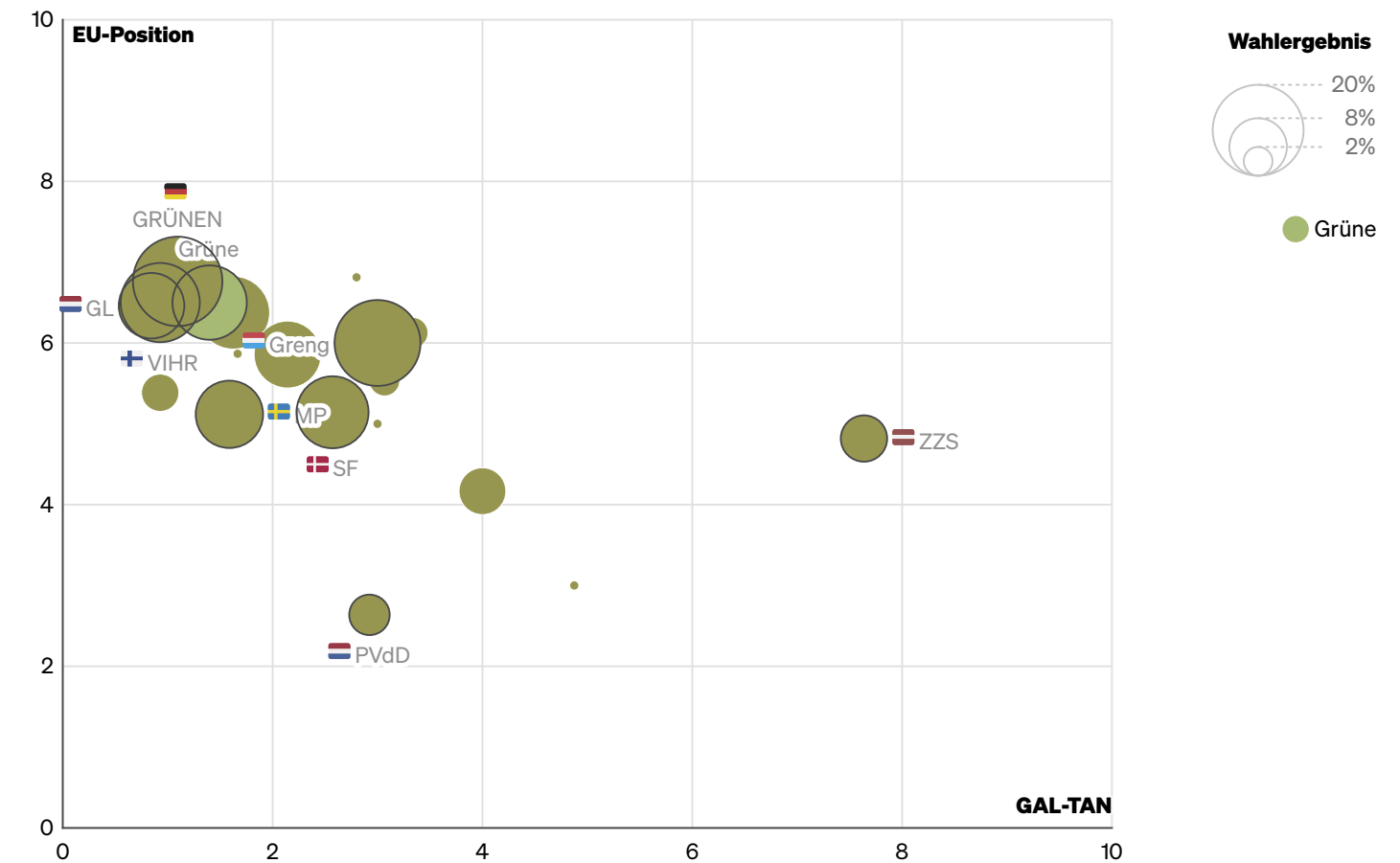
Zudem wird von rechtspopulistischer Seite versucht, das Narrativ von einer Gegnerschaft zwischen Landwirtschaft und Klimaschutz zusätzlich anzukurbeln. Dem wird von grüner Seite dagegen gebetsmühlenartig widersprochen. (Wax, Guillot 2024) Das voraussichtliche Ende des liberaldemokratischen Cordon sanitaire könnte auch die Europäische Freie Allianz (EFA) besonders hart treffen, weil sie – stimmenmäßig von den rechtspopulistischen Parteien abgeschlagen – noch weniger Gewicht im EU-Parlament bekommen könnte. Noch dazu wird der litauische EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius kein zweites Mal antreten. Die aktuelle Debatte um die (Nicht-)Einhaltung der Klimaziele fasst der belgische Europaabgeordnete Philippe Lamberts, Co-Vorsitzender der Fraktion der Grünen im Parlament, wie folgt zusammen: „Jeder ist grün, solange es nichts kostet. Sobald man dafür einen Pfennig zahlen muss, machen sich alle aus dem Staub.“ (Wax, Guillot 2024, übers. v. SN) In diesem Zusammenhang kritisieren neben der Renew-Group und S&D-Fraktion auch die Europäischen Grünen einen möglichen Schwenk der EVP in Richtung einer Rechtsaußen-Koalition mit der

EKR, dem zuvor beschlossene Klimaziele zum Opfer fallen könnten.

Umgekehrt gehörte die EFA nicht zu jenen Fraktionen, die Ursula von der Leyen zur Präsidentin der Europäischen Kommission wählten, obwohl sich diese (nach den Querelen rund um den eigentlichen, jedoch abgelehnten EVP-Kandidaten Manfred Weber) mit einem klaren umweltfreundlichen Ziel zur Wahl stellte, nämlich Europa „in den nächsten fünf Jahren zu einem klimafreundlichen Kontinent“ zu machen. (Wax, Guillot 2024, übers. v. SN) Abgesehen davon wird die EFA insgesamt als wankelmütiger und unzuverlässiger Verhandlungspartner beschrieben, mit dem nicht so leicht Vereinbarungen getroffen werden können. So bestanden die Europäischen Grünen auf ihren Gegenkandidaten zur EVP-Abgeordneten Roberta Metsola, die im Jahr 2022 für die Position der EU-Parlamentspräsidentin kandidierte und letztlich gewählt wurde, weil sich andere Fraktionen für ihre Unterstützung auf Zugeständnisse einließen. Umgekehrt wird der EVP von grüner Seite vorgeworfen, sich in der Öffentlichkeit nicht an zuvor beschlossene Vereinbarungen zu halten. (Wax, Guillot 2024) Also insgesamt kein unbedingt vertrauensvolles Arbeitsumfeld.

EU-Positionen und GAL-TAN-Werte innerhalb der EFA-Fraktion im EU-Parlament 2019

EU-Zustimmung und GAL-TAN-Wert 2019 im Vergleich



X-Achse: GAL-TAN: 0 = Grün, Alternativ, Liberal, 10 = Traditionalistisch, Autoritär, Nationalistisch Y-Achse: EU-Position: 1 = entschieden gegen EU-Integration, 7 = eindeutig für EU-Integration Wert 1 steht für ablehnende EU-Haltung, Wert 7 korrespondiert mit einer hohen EU-Zustimmung.

Grafik: NEOS Lab • Quelle: Chapel Hill Expert Survey

HEHRE ZIELE, SCHLECHTE UMFRAGEWERTE

Angesichts der aktuellen Wahlprognosen wird die EVP eine dritte Koalitionspartei benötigen und sich zwischen der grünen und der rechtspopulistischen EKR-Fraktion entscheiden müssen. Mit einem ambitionierten grünen EU-Wahlprogramm, bereits 2040 und nicht erst 2050 klimaneutral zu werden, will die EFA nicht um jeden Preis koalieren. Ebenso engagiert zeigen sich die beiden Spitzenkandidat:innen, die EU-Abgeordneten Terry Reintke aus Deutschland und Bas Eickhout aus den Niederlanden, die den Green Deal weiter ausbauen und dabei mehr soziale Gerechtigkeit erreichen wollen. (Lory et al. 2024) Den schlechten Umfragewerten wollen sie mit Idealismus und Optimismus entgegentreten.

In dieselbe Kerbe schlagen auch die österreichischen Grünen. Nach Absagen einiger Wunschkandidatinnen ließ sich die bisherige Klimaaktivistin, „Fridays for Future“-Demonstrantin und Mitinitiatorin des Lobau-Protestcamps Lena Schilling zur EU-Kandidatur überreden. In ihrem Selbstverständnis als Klimaaktivistin kann sie auf die breite Unterstützung der Grünen zählen. (Mayer 2024b) Sie „werde sicher viel Zeit in Brüssel verbringen, habe aber auch vor, EU-Politik nach Österreich zu bringen“. In diesem Sinn möchte sie „draußen“, also der Zivilgesellschaft, „zeigen, was drinnen passiert. Und umgekehrt, von draußen ins Parlament zu tragen, was wir drinnen brauchen“. (Rosner 2024b) Mit ihr an der Spitze stehen die Grünen für Klimaschutz und gegen Rechtsextremismus in Europa. (Die Grünen 2024) Ähnlich wie SPÖ und S&D-Fraktion auf europäischer Ebene treten auch die Grünen für soziale Gerechtigkeit ein, wobei ein eigenes EU-Wahlprogramm Ende April 2024

vorgestellt wurde. Für Klimaschutz stehen mittlerweile alle Parteien ein, außer die rechtspopulistischen.

Zudem wissen langjährige Grünen-Politiker:innen, dass Umweltthemen alle betreffen und besser früher als später nachhaltige Lösungen zur Klimakrise gefunden werden müssen. Bekannt ist auch, dass die EFA zwar die Fraktion ist, die nach außen beim Thema Klimaschutz am glaubwürdigsten wirkt, dass jedoch die anderen liberal-demokratischen Fraktionen genauso wenig die Augen vor dem Klimawandel verschließen und selbst auf Klimapolitik setzen. Allein der – jetzt zum Teil angezweifelte – Green Deal wurde in erster Linie von der verlässlichen Koalition zwischen EVP, S&D- und Renew-Fraktion beschlossen. Die Unterstützung der Europäischen Grünen war sozusagen ein „nice to have“, jedoch keine „conditio sine qua non“.

Daran zeigt sich auch, dass es auf europäischer Ebene nicht immer die Grünen braucht, um grüne Politik zu machen, dass jedoch Klimaschutz der wichtigste Kitt innerhalb der höchst diversen grünen Fraktion ist, die Parteien aus ganz Europa umfasst, mit unterschiedlichen politischen Traditionen, Ausrichtungen und einer großen Spannweite auf der GAL-TAN-Skala. Weiters lässt sich anhand der CHES-Daten feststellen, dass die Grünen auf europäischer Ebene erst in den letzten Jahren für die europäische Integration eintreten, womöglich vorwiegend aus dem Grund, dass auch hier die Parlamentsmehrheit die Notwendigkeit von Klimaschutz erkannt hat und (mehr oder weniger überzeugend) Klimapolitik betreibt. Der Schwung der grünen Welle hat

somit umgekehrt die Grünen mitgerissen, von denen manche zuvor die EU als Inbegriff des „Neoliberalismus“ kritisch beäugt haben (Horaczek 2013). Der Vorwurf des Neoliberalismus in Richtung EU kommt inzwischen vorwiegend von der linkspopulistischen Seite. Anti-kapitalismus und Antifaschismus dürften den letzten gemeinsamen Nenner der europäischen Linken ausmachen – vor dem Hintergrund interner Querelen.

GESPALTENE EUROPÄISCHE LINKE

Obwohl die KPÖ im österreichischen Parlament seit 1959 nicht mehr vertreten ist, führt der frühere KPÖ-Vorsitzende Walter Baier, selbst Mitbegründer der Europäischen Linken 2004 und deren Vorsitzender seit 2022, diese als Spitzenkandidat an. (Griera 2024a)

Dabei dürfte es auch nicht stören, dass er sich einerseits um keinen EU-Parlamentssitz bewirbt und andererseits die österreichische KPÖ deren Vorsitzenden, den Gastwirt Günther Hopfgartner, zum österreichischen EU-Spitzenkandidaten nominiert hat (Ruep 2024). Was allerdings Baiers Kandidatur innerhalb der Linken auf europäischer Ebene umstritten macht, ist dessen fehlende EU-Erfahrung, verbunden mit seinem europaweit geringen Bekanntheitsgrad. Dem begegnete Baier gleich nach seiner Nominierung bei der Generalversammlung der Europäischen Linken im Februar 2024 in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana mit den Worten, dass die EU nicht nur aus Brüssel bestehe, sondern aus allen 27 Mitgliedsländern und deren Städten sowie Regionen. (Griera 2024a) Zugleich scheint er als Kompromisskandidat zu fungieren, nachdem allein in Frankreich zwei mehr oder weniger verfeindete linkspopulistische Parteien um die Gunst der Wähler:innen buhlen: die französischen Kommunisten und La France Insoumise von Jean-Luc Mélenchon, der es verabsäumt hat, den Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 zu verurteilen. (Griera 2023)

So brachte Baier seine europäische Parteikollegin Manon Aubry, Co-Vorsitzende der Europäischen

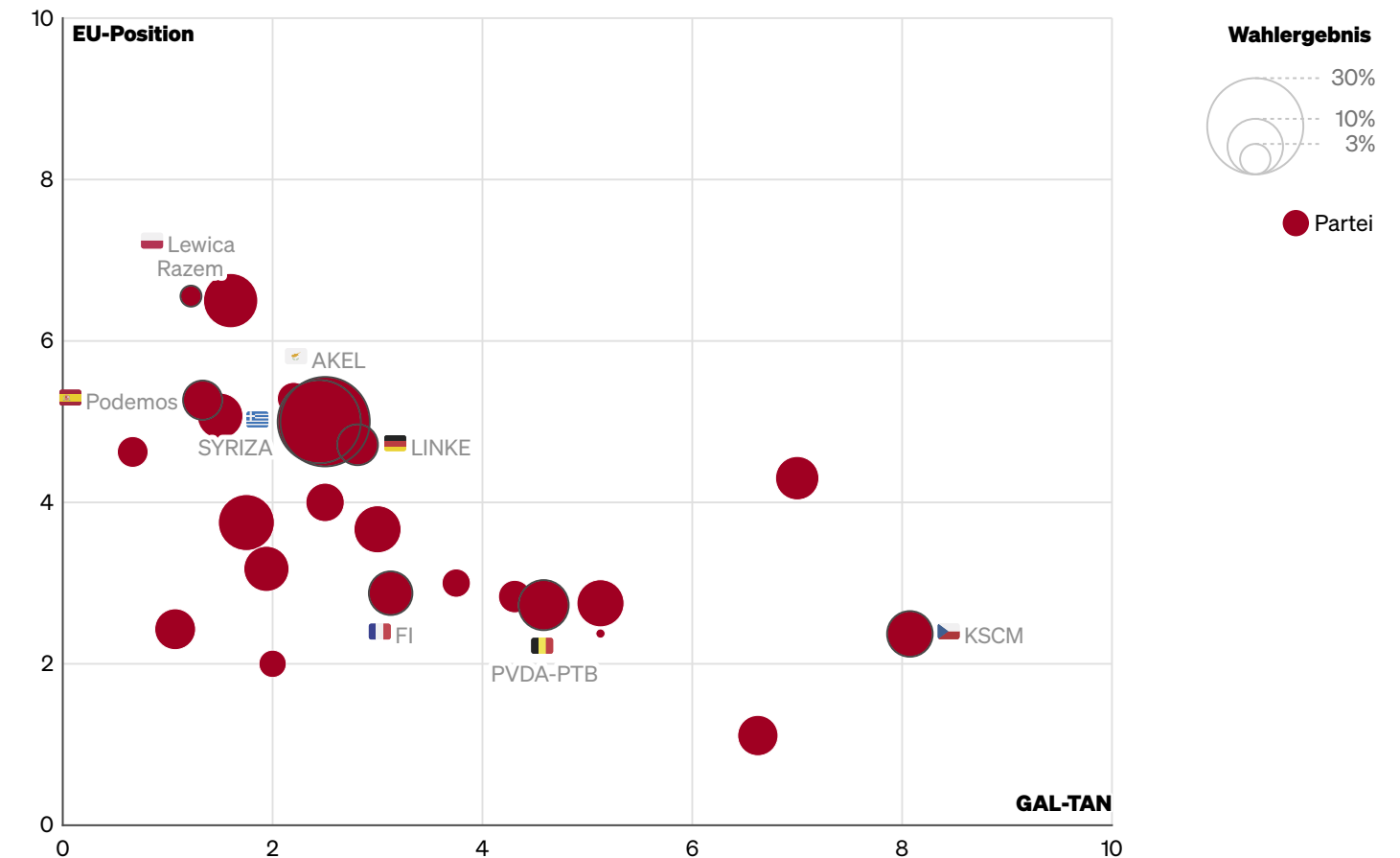
Linken und Mitglied von Mélenchons Partei, dazu, sich doch nicht als EU-Spitzenkandidatin aufstellen zu lassen. (Griera 2023) Der Gedanke dahinter ist, die Kluft innerhalb der Linken nicht zusätzlich zu vertiefen, nachdem eine Serie an Parteispaltungen, -auflösungen und -neugründungen begonnen hat, so in Spanien rund um Podemos, in Griechenland um Syriza und auch in Deutschland bezogen auf Die Linke und das neue Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Diese Parteien haben noch von der strikten EU-Fiskalpolitik seit 2010 und der daraufhin weit verbreiteten sozialen Unzufriedenheit profitiert. In Regierungsfunktion, wie vor allem in Griechenland und Spanien, haben sie allerdings ihre eigenen Wähler:innen mit nicht eingehaltenen Wahlversprechen und Zugeständnissen an die EU-Spitze enttäuscht. (Nadjivan et al. 2023)

Der gemeinsame Kitt gegen den erstarkenden Rechtsextremismus in Europa scheint 2024 für eine gemeinsame Liste doch zu schwach gewesen zu sein. Zu sehr differieren die linken Parteien in europapolitischen Fragen, wie einer gemeinsamen Sozialpolitik, Umweltpolitik und Außen-, Sicherheits- sowie Verteidigungspolitik. Die Europäische Linke postuliert auf ihrer Homepage die Forderungen zu gerechter Wirtschaft, Umweltschutz, Feminismus und Frieden sowie Sicherheit, ohne konkrete politische Maßnahmen dazu aufzuzählen. (The Left o.J.)

Daneben kandidiert auch wieder die zweite Fraktion, und zwar „Maintenant le peuple“ („Jetzt das Volk“) von Jean-Luc Mélenchon, wie schon 2019. Insgesamt

EU-Positionen und GAL-TAN-Werte unter linkspopulistischen Parteien im EU-Parlament 2019

EU-Zustimmung und GAL-TAN-Wert 2019 im Vergleich



X-Achse: GAL-TAN: 0 = Grün, Alternativ, Liberal, 10 = Traditionalistisch, Autoritär, Nationalistisch Y-Achse: EU-Position: 1 = entschieden gegen EU-Integration, 7 = eindeutig für EU-Integration Wert 1 steht für ablehnende EU-Haltung, Wert 7 korrespondiert mit einer hohen EU-Zustimmung.

Grafik: NEOS Lab • Quelle: Chapel Hill Expert Survey

bedauert der europäische Spitzenkandidat Baier die innerkoalitionären Querelen der Linken auf europäischer Ebene – besonders angesichts des bedrohlich ansteigenden Rechtsextremismus in ganz Europa. (Griera 2024a)

FPÖ – EINIG UNEINIG IN ANTIEUROPÄISCHER PARTEIENFAMILIE

Die FPÖ erweist sich am rechten Rand konstant europaskeptisch bis -feindlich, was die CHES-Daten zwischen 1999 und 2019 verdeutlichen. Während die FPÖ bei ihrer Position in den über zwanzig Jahren unverändert geblieben ist, hat sich das politische Stimmungsbild so weit verschoben, dass sie sozusagen in eine verstärkt autoritäre, rechtspopulistische gesellschaftliche Mitte rückt.

Solange keine Skandale aufgedeckt werden, können sich rechtspopulistische Parteien wie die FPÖ und europafeindliche EU-Fraktionen wie ID und EKR schon entspannt zurücklehnen. Alle aktuellen Wahlprognosen deuten bei beiden Fraktionen auf einen rasanten Anstieg hin. Denn soziale Unzufriedenheit, individuelle Abstiegsängste, zusätzlich geschürte Ängste vor Überfremdung und politischer Vertrauensverlust bieten den idealen Nährboden für rechtspopulistische Spielarten. Die Mehrheit im EU-Parlament dürften sie zwar nicht bilden. Jedoch wird erwartet, dass sie zusammen als zweitstärkstes Lager nicht mehr so leicht aus wesentlichen europäischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen bleiben – was der liberaldemokratische Cordon sanitaire bisher sichergestellt hat. Die FPÖ könnte sogar erstmals in der österreichischen Geschichte mit fast 30 Prozent als Wahlsieger hervorgehen und die ÖVP nach der SPÖ auf Platz drei katapultieren.

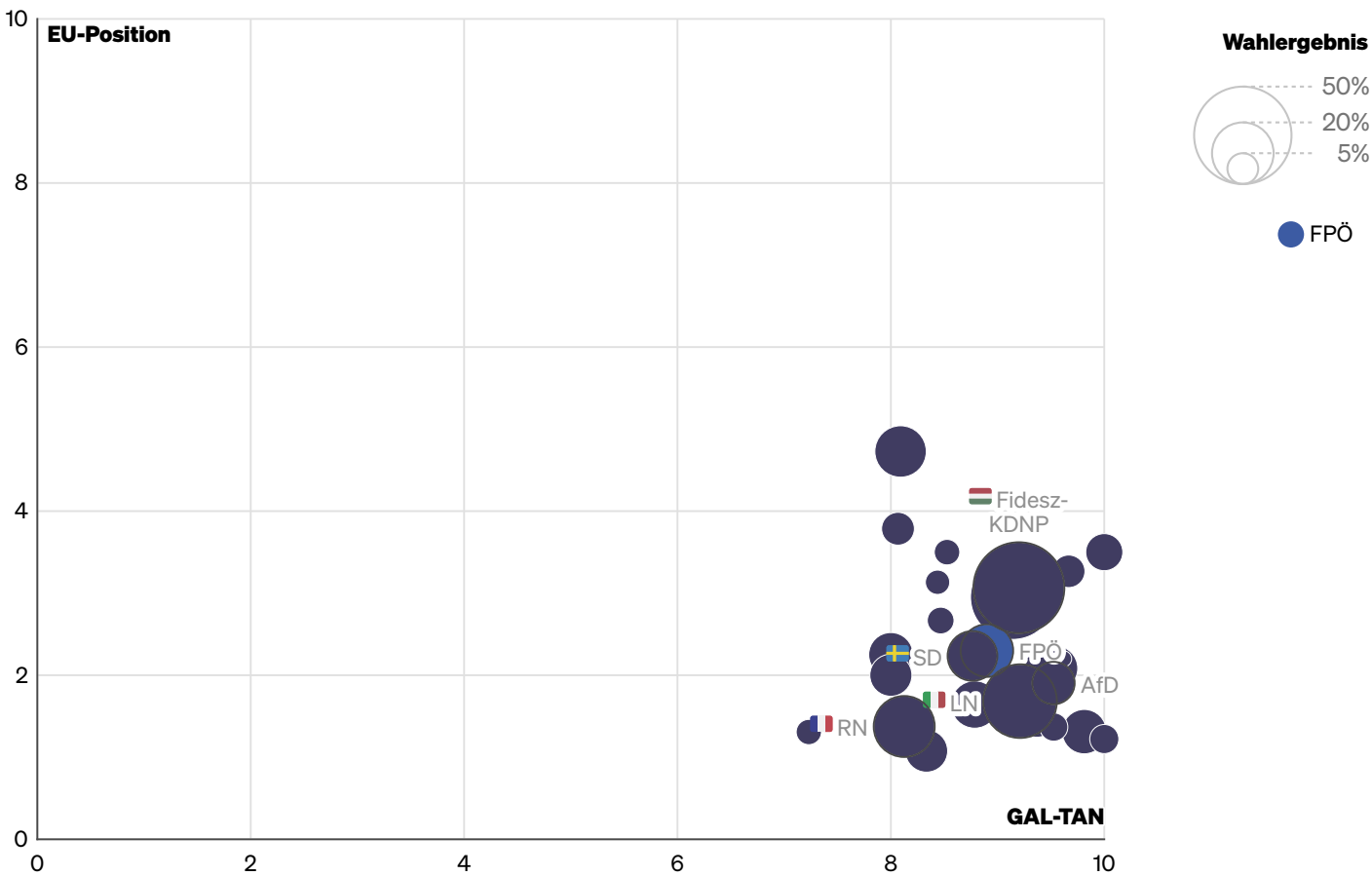
„Das ist schon fast mir zu viel“, scherzte FPÖ-Spitzenkandidat Harald Vilimsky über die Wahlprognosen beim FPÖ-Neujahrstreffen im Jänner 2024. Durchaus ernst gemeint ist unterdessen sein Anspruch, „so stark

und groß wie möglich zu werden“, um in der Folge die eigenen – de facto antieuropäischen – Pläne durchzusetzen. (APA 2024b) Obwohl nicht Mitglied der eigenen Fraktion, wünscht sich Vilimsky im Jänner 2024 den ungarischen Premier Viktor Orbán als zukünftigen Präsidenten des Europäischen Rats, also als Nachfolger von Charles Michel. Einen bitteren Vorgeschmack könnte die erwartete EU-Ratspräsidentschaft Ungarns ab Juli geben, also unmittelbar nach den Europawahlen. Befürchtet wird ein neuer autokratischer Wind auf EU-Ebene.

In den letzten Jahren wurden im EU-Parlament zwar Forderungen laut, Ungarn – eben wegen massiver rechtsstaatlicher Probleme – aus diesem europäischen Halbjahresrhythmus auszuschließen. Realpolitisch ist dies jedoch nicht möglich, weil ein derartiger Ausschluss auf EU-Ebene einstimmig erfolgen muss. (Nguyen 2024) Und eine EU-Reform in Richtung konsequentes Mehrheitsprinzip, obwohl in vielen Bereichen bereits gängig, ist vorerst nicht in Sicht. Orbán, Vilimsky und alle anderen rechtspopulistischen EU-Abgeordneten halten vehement am Einstimmigkeitsprinzip fest (seit Kurzem auch die ÖVP) und verbünden sich damit gegen rechtmäßige EU-Maßnahmen wie das Artikel-7-Verfahren oder Einfrieren von EU-Hilfsgeldern (Griera 2024b).

EU-Positionen und GAL-TAN-Werte innerhalb aller rechtspopulistischen Parteien im EU-Parlament 2019

EU-Zustimmung und GAL-TAN-Wert 2019 im Vergleich



X-Achse: GAL-TAN: 0 = Grün, Alternativ, Liberal, 10 = Traditionalistisch, Autoritär, Nationalistisch Y-Achse: EU-Position: 1 = entschieden gegen EU-Integration, 7 = eindeutig für EU-Integration Wert 1 steht für ablehnende EU-Haltung, Wert 7 korrespondiert mit einer hohen EU-Zustimmung.

Grafik: NEOS Lab • Quelle: Chapel Hill Expert Survey

WUNSCHDENKEN VS. ZWIESPÄLTIGE REALITÄT

Die frühere polnische PiS-Regierung unter Jarosław Kaczyński stand Orbáns Fidesz-Regierung stets zur Seite, wenn es um das Blockieren von EU-Recht und die Durchsetzung von nationalen Interessen ging. Wie Vilimsky wünschen sich daher viele einflussreiche rechtspopulistische Politiker:innen einen Zusammenschluss der beiden rechtsnationalen Fraktionen auf EU-Ebene – allen voran die italienische Regierungschefin und EKR-Vorsitzende Giorgia Meloni, die partei- und länderübergreifend netzwerkt. Nach monatelanger Überredungskunst hat sie Orbán zur Zusage gebracht, ihrer Fraktion nach den Europawahlen beizutreten (Rüb 2024). Einen fraktionsübergreifenden Zusammenschluss halten allerdings Politikexpert:innen nicht für realistisch. (Riegert 2024) Denn zu groß sind die Differenzen zwischen den und sogar innerhalb der beiden (anti)europäischen Fraktionen ID und EKR bei zentralen Fragen, allen voran bezogen auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Während sich Meloni seit dem ersten Tag dieses Angriffskriegs unmissverständlich auf die Seite der Ukraine stellte, konnte sich umgekehrt Orbán, der nachweislich mit Putins Russland kooperiert und Geschäfte macht, offiziell zu keinem klaren Statement durchringen – außer dass er militärische Hilfen für die Ukraine ablehnt, was auch die Position der österreichischen FPÖ ist, deren Naheverhältnis zu Putins Russland immer wieder öffentliches Thema ist. Entsprechend seiner anti-europäischen Haltung steht Vilimsky für eine national-staatlich orientierte EU-Reform, „mit einer Rückholung der Kompetenzen hin zu den Nationalstaaten. Ich

erhoffe mir durch einen Zusammenschluss der mitte-rechts-konservativen Kräfte in der EU einen Reformdruck.“ (Traar 2024).

Ausgeblendet bleibt bei diesem Wunschdenken, dass rechtspopulistische Parteien auf europäischer Ebene Innenpolitik betreiben und dabei auch völlig unterschiedliche Ziele haben können. Zu zersplittert sind ihre Einzelinteressen, sodass ihre Forderung nach einem „Europa der Vaterländer“ (Tagesspiegel 2023) wie auch der Dauerbrenner Migration als kleinster gemeinsamer Nenner übrig bleiben.

Doch nicht einmal beim Migrationsthema herrscht Einigkeit. Das zeigt die kürzliche Überwerfung zwischen den beiden ID-Mitgliedern Marine Le Pen vom RN und Alice Weidel von der AfD angesichts des rechtsextremen Geheimtreffens in Potsdam im November 2023. Dass der österreichische Identitären-Chef Martin Sellner bei diesem Treffen von „Remigration“, also Deportation von Menschen mit Migrationshintergrund sprach (Correctiv 2024), löste landesweite und internationale Protestbewegungen aus, die auch Frankreich erreichten. Genau dort versucht sich Marine Le Pen als „Mutter der Nation“ für die nächsten Präsidentschaftswahlen in Stellung bzw. in die Mitte zu bringen. (Brändle 2024a) Rechts-extremistische Aktivitäten des Fraktionspartners AfD, schaden dabei dem eigenen nationalen Image. Die FPÖ hingegen unterstützt die AfD-Aktivitäten vollends.

POLITSKANDALE – SCHON WIEDER

Was aktuell FPÖ und AfD und damit auch die ID-Fraktion insgesamt erschüttert, sind zwei Spionageaffären, die kurz nacheinander aufgedeckt wurden. Beide könnten zur jeweils größten staatlichen Spitzelaffäre werden. In Österreich sitzt der ehemalige BVT-Mitarbeiter Egisto Ott (d.h. vom Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung) in Untersuchungshaft. Er steht unter Verdacht, den russischen Geheimdienst und damit das dortige Regime gegen Bezahlung jahrelang mit Akten aus dem österreichischen Innenministerium versorgt zu haben. (Kröll 2024) Gegenstand der Ermittlungen ist auch, inwiefern die FPÖ, konkret der Parteichef und ehemalige Innenminister Herbert Kickl und sein Kabinett zu Ott Kontakt hatten und darüber Bescheid wussten. Es gilt die Unschuldsvermutung. Kickl selbst ist zu diesem Fall bereits in einem Untersuchungsausschuss des österreichischen Parlaments befragt worden. (Melichar, Thalhammer 2024) In Österreich galt bisher die Ibiza-Affäre mit all den ermittelten unlauteren und sogar strafbaren Handlungsweisen, Rücktritten und Schuldsprüchen als größter Polit-Skandal in Österreich. Das könnte sich in Richtung Doppelspitze ändern.

In Deutschland wurde ein Mitarbeiter des EU-Spitzenkandidaten der AfD Maximilian Krah verhaftet, weil er verdächtigt wird, für den chinesischen Geheimdienst und damit das chinesische Regime das Europäische Parlament und chinesische Oppositionelle ausspioniert zu haben. Gegen Krah selbst laufen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, weil er wiederum verdächtigt wird, Geld aus Russland und China erhalten zu haben.

(von Salzen 2024) Auch für ihn gilt die Unschuldsvermutung. Als erste Reaktion darauf hat die AfD-Spitze die EU-Wahlkampagne des Spitzenkandidaten Krah eingestellt, sodass keine Plakate, Werbespots etc. mit ihm zu sehen sein werden. Auf die ID wirft das alles einen dunklen Schatten. So ist es nicht nur die scheinbare Unfähigkeit, auf europäischer Ebene Kompromisse zu schließen, sondern auch die fehlende Integrität mancher Politiker:innen, die auf die ID als Ganzes ein schlechtes Licht werfen.

Die zersetzende und für Europa gefährliche Kraft von rechtspopulistischen Parteien dürfte auch deren eigene Fraktionen betreffen: der Zusammenschluss gegen proeuropäische Kräfte, jedoch die Unfähigkeit, sich auf europäischer Ebene zu einigen. Mittlerweile wird sogar vermutet, dass sich die ID kurz nach den Europawahlen auflösen könnte. Zu groß erscheinen die Zerwürfnisse allein zwischen dem RN und der AfD (Brändle 2024b).

Falls die TAN-nahen, rechtspopulistischen Parteien trotz aller Skandale und Streitereien stimmlich deutlich zulegen werden, ist zu erwarten, dass sich eine derartige *non-decision policy* mit permanenten Blockaden im EU-Parlament äußern wird, was parlamentarische Arbeit beispiellos schwierig machen wird. Auswirkungen mitunter auf den EU-Binnenmarkt und die EU-Umweltpolitik sind zu erwarten.

MARKTWIRTSCHAFTLICHE AUSRICHTUNG DER EUROPÄISCHEN PARTEIEN

In den nächsten fünf Jahren wird die Europäische Union eine kritische Phase durchlaufen, in der die Weiterentwicklung des Binnenmarkts im Mittelpunkt steht. Der gemeinsame Markt samt seinen Regeln für fairen Wettbewerb und einem Verbot für marktverzerrende staatliche Einflussnahme ist eine der zentralen Errungenschaften der europäischen Union.

Diese Entwicklung wird maßgeblich von der marktwirtschaftlichen und sonstigen wirtschaftspolitischen Orientierung der einzelnen Parteien innerhalb der EU beeinflusst. Das vorliegende Kapitel untersucht die Positionen und Dynamiken der österreichischen Parteien und setzt diese in Beziehung zum gesamteuropäischen Kontext.

Traditionell wird dabei von „linken“ und „rechten“ Parteien gesprochen. Links sind dabei jene politischen Gruppen, die für hohe Steuern, viel Staatsintervention (etwa direkte Beteiligungen) und enge ökonomische Spielregeln stehen. In Europa finden sie sich traditionell in den Parteifamilien der Linken, der Sozialisten und Sozialdemokraten, doch auch konservative, grüne oder auch liberale Parteien können wirtschaftspolitisch links der Mitte stehen. Hingegen sind wirtschaftspolitisch „rechte“ Parteien solche mit einem klaren Bekenntnis zu niedrigeren Steuern, wenigen staatlichen Interventionen des Staates in der Wirtschaft und einem Fokus auf Wettbewerb und Marktkräfte. Sie finden sich vor allem in liberalen Parteien, aber auch in konservativen oder grünen Parteifamilien kann es wirtschaftsliberale Gruppen geben.

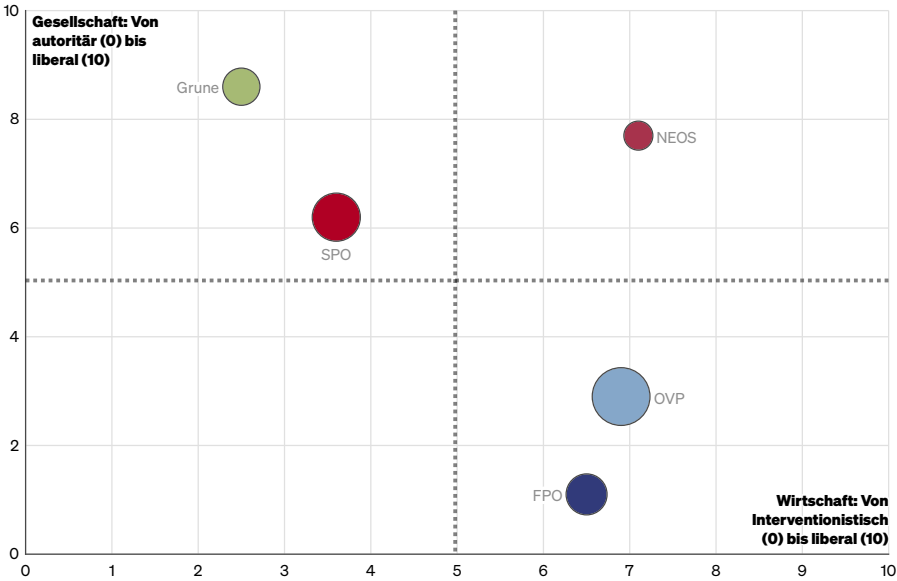
EXKURS: DER POLITISCHE KOMPASS

Nimmt man nun die wirtschaftspolitische Orientierung von Parteien in den Fokus und analysiert gleichzeitig die gesellschaftspolitische Positionierung, erhält man eine Darstellung, die gemeinhin als „politischer Kompass“ bekannt ist. Diese zweidimensionale Brille zur Analyse von Parteien hat auf der x-Achse die wirtschaftspolitische Ausrichtung aufgetragen (links vs. rechts). Auf der y-Achse ist die gesellschaftspolitische Ausrichtung aufgetragen (von autoritär bis liberal/demokratisch). Aus den zwei Achsen ergeben sich vier Quadranten für politische Parteien: die autoritäre Rechte, die autoritäre Linke, die liberale Linke und die liberale Rechte.

In Österreich lassen sich die Parteien gemäß dem politischen Kompass wie folgt einteilen: NEOS befinden sich im Quadranten der liberalen Rechten, da die Partei sowohl als gesellschaftlich liberal als auch wirtschaftspolitisch liberal positioniert gilt. ÖVP und FPÖ befanden sich 2019 im Quadranten der autoritären Rechten, wobei sie 2019 untypisch stark wirtschaftspolitisch rechts eingeschätzt wurden. 2024 wäre hier wohl ein signifikanter Linksruck zu beobachten. SPÖ und Grüne zählen zu den liberalen Linken, wobei die SPÖ wesentlich autoritärer eingestellt ist.

Politischer Kompass: Wo stehen die österreichischen Parteien?

Positionierung in gesellschafts- und wirtschaftsliberalen Fragen per 2019. Die Größe der Bubble entspricht dem Wahlergebnis 2019 (⇒)



Grafik: Einschätzung von Experten gemäß CHES, Zeitpunkt: 2019. • Quelle: Chapel Hill Expert Survey.

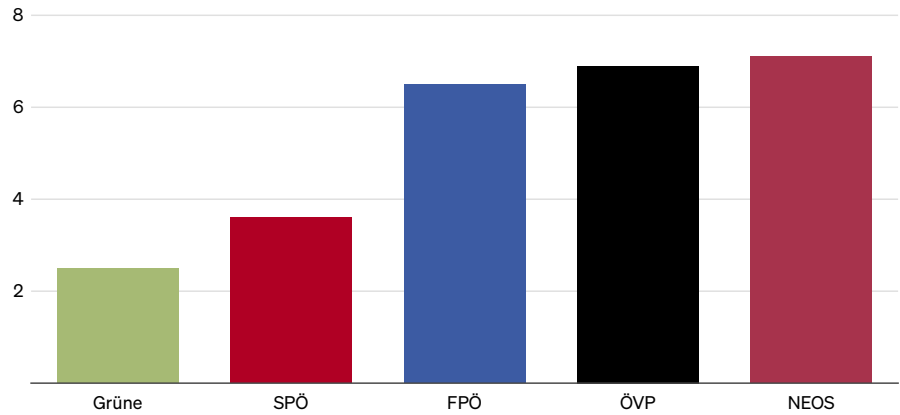
DIE ÖSTERREICHISCHE PARTEIENLANDSCHAFT IM MARKTWIRTSCHAFTLICHEN SPEKTRUM

Die österreichische Parteienlandschaft bietet jedenfalls ein breites Spektrum marktwirtschaftlicher Orientierungen. Anhand der Chapel Hill Expert Survey-Daten lässt sich eine klare Tendenz erkennen: Während Parteien wie NEOS eine liberale, marktfreundliche Ausrichtung vertreten und für Deregulierung sowie Wettbewerb im Binnenmarkt plädieren, befürworten sozialistische und grüne Parteien stärker regulierte Marktinstrumente, insbesondere im Bereich Umweltpolitik. So plädieren NEOS für eine Stärkung des freien Markts und befürworten Reformen, die den Wettbewerb im Binnenmarkt intensivieren. Das spiegelt sich auch bei den verschiedenen Variablen des CHES-Datensets, etwa in den Bereichen Deregulierung oder Staatsausgaben vs. Steuern wider.

Die ÖVP, historisch eine Befürworterin der sozialen Marktwirtschaft, hat in den letzten Jahren ihre Position leicht modifiziert, was sich in einer erhöhten Skepsis gegenüber dem marktwirtschaftlichen Teil äußert. So wurden wiederholt die Brüsseler Regeln gegen exzessive Wirtschaftshilfen während Pandemie und Energiekrisen kritisiert. In Wien wurden die Vorgaben aus Brüssel in einer Phase, in der Subventionen nach dem Motto „Koste es, was es wolle“ vergeben wurden, besonders kritisch gesehen. Österreich ist in dieser Phase zum Land mit den vierthöchsten Förderungen in der gesamten EU geworden (nach Griechenland, Frankreich und Malta). (Agenda Austria 2023)

Wie sind Österreichs Parteien wirtschaftspolitisch positioniert?

Einstellung zur Wirtschaftspolitik von extrem links (0) bis extrem rechts (10).



Links bedeutet wirtschaftspolitisch viel Staatsinterventionismus und hohe Ausgaben sowie Steuern, rechts bedeutet wenige Interventionen und niedrigere Steuern.

Grafik: NEOS Lab • Quelle: Chapel Hill Expert Survey.

Die SPÖ hat in den vergangenen Jahren ebenso einen Linksruck hinter sich. Ihr neuer Parteivorsitzender Andreas Babler nennt die EU ein weitgehend „neoliberales“ Konstrukt. Die FPÖ hingegen vertritt eine protektionistische und EU-skeptische Position, die nationale Kontrolle über die Wirtschaft betont und sich gegen eine Vertiefung des europäischen Binnenmarkts ausspricht.

Die österreichischen Parteien sind damit im Jahr 2019 insgesamt durchschnittlich positioniert gewesen. Es gibt Länder, die etwas weniger markoliberal eingestellte politische Systeme haben, und andere Länder, die insgesamt darüber liegen. Doch die Einschätzung über die Programme der Parteien in Österreich muss auch noch einem Realitätscheck unterworfen werden. Denn es gibt eine Reihe von Indikatoren, denen zufolge die marktwirtschaftliche Ordnung in Österreich bewertet werden kann: So hat Österreich etwa eine der drei höchsten Steuer- und Abgabenquoten in der Europäischen Union und einen vergleichsweise großen Staatssektor mit öffentlichen Ausgaben von rund 50 Prozent der Wirtschaftsleistung.

WIRTSCHAFTSPOLITIK ZWISCHEN „MEHR STAAT“ UND „WENIGER STEUERN“; MARKTWIRTSCHAFTLICHE ORIENTIERUNG ÖSTERREICHISCHER PARTEIEN IM DETAIL

Warum ist die wirtschaftspolitische Orientierung der Parteien in Europa so wichtig? Weil viele grundlegende Spielregeln in der EU festgelegt werden. Im Lichte der fortschreitenden wirtschaftlichen Integration geht es in den kommenden fünf Jahren besonders um die Weiterentwicklung des europäischen Binnenmarkts. Diese Entwicklung ist von enormer Bedeutung, denn der Binnenmarkt ist einer der zentralen Pfeiler der EU, der Wachstum fördert, Arbeitsplätze schafft und den europäischen Bürgerinnen und Bürgern eine größere Auswahl und niedrigere Preise bietet. In Österreich etwa ist die EU-Mitgliedschaft eine sehr wichtige Säule des Wohlstands und der Exportwirtschaft. Rund eine halbe Million Jobs sind zwischen 1994 und 2019 auf die EU-Mitgliedschaft zurückzuführen gewesen. (Oberhofer, Streicher 2019) Insbesondere für kleinere, offene Volkswirtschaften wie Österreich war die Integration in die Europäische Union damit ein erheblicher Wachstumsimpuls.

Je nachdem, wie die Mehrheitsverhältnisse im nächsten Europäischen Parlament aussehen, ist eine weitere Binnenmarkt-Integration, etwa in den Bereichen Energie oder Digitalisierung, mehr oder weniger wahrscheinlich.

Es gibt eine Reihe von wirtschaftspolitischen Kennzahlen, um Parteien einzuordnen. Besonders relevant in der politischen Debatte ist der Indikator „Spend vs. Tax“, der auf einer Skala von 0 bis 10 die Positionierung einer Partei oder Person bezüglich der Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen im Gegensatz zur Senkung von Steuern beschreibt.

Auch in der EU werden demnächst Debatten über das Budget geführt werden.

0 = Starke Bevorzugung höherer Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen: Eine Partei oder Person, die auf der Skala nahe bei 0 liegt, priorisiert die Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitswesen, öffentliche Sicherheit und Infrastruktur. Dies impliziert in der Regel eine Bereitschaft, höhere Steuern zu akzeptieren oder zu erheben, um die Finanzierung dieser Dienstleistungen zu gewährleisten.

10 = Starke Bevorzugung der Senkung von Steuern: Auf der anderen Seite bedeutet eine Position nahe bei 10, dass die Senkung von Steuern bevorzugt wird. Parteien oder Personen, die diese Ansicht vertreten, streben danach, die Steuerlast für Einzelpersonen und Unternehmen zu reduzieren. Sie sind oft der Meinung, dass die Wirtschaft dadurch gestärkt wird und dass die Bürger:innen ihr Geld effektiver selbst verwalten können, als es durch staatlich verwaltete Dienstleistungen der Fall wäre. Dies kann allerdings zu reduzierten öffentlichen Dienstleistungen oder zu einer Privatisierung derselben führen.

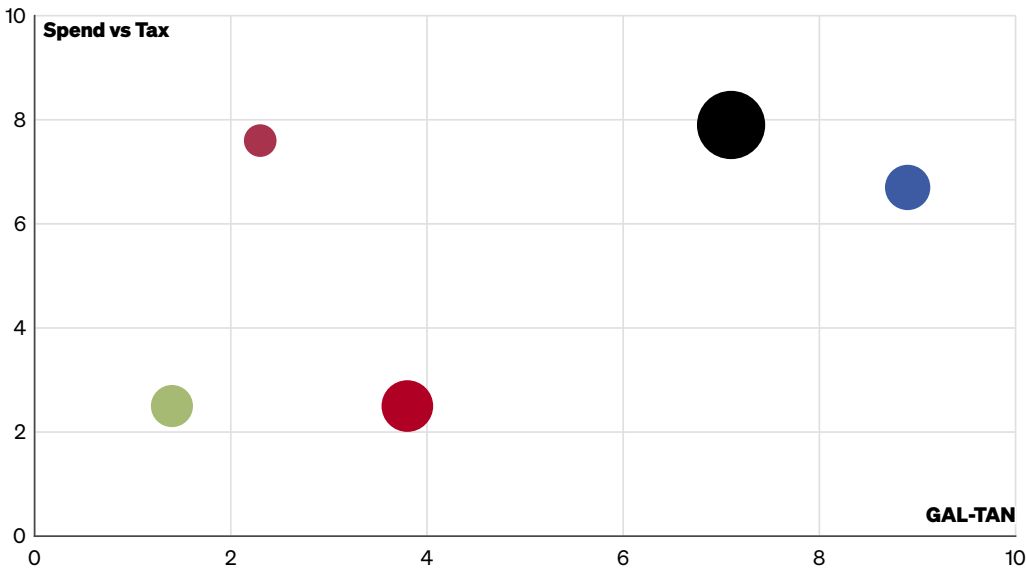
Die Positionen zwischen diesen Extremen repräsentieren eine Mischung oder ein Gleichgewicht dieser Prioritäten, wobei der jeweilige Wert auf der Skala angibt, wie stark eine Partei oder Person eine dieser Richtungen gegenüber der anderen bevorzugt. Diese Variable hängt stark mit den übrigen wirtschaftspolitischen Kennzahlen zusammen, etwa dem Hang zu Protektionismus, die Einstellung zu (De-)Regulierung oder Interventionismus.

In den visuellen Darstellungen der politischen Landschaft Österreichs im Jahr 2019 wird deutlich, wie die Parteien zu zentralen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen stehen.

Steuern und Staatsausgaben: Hier zeigt sich, dass NEOS eine klare Linie für weniger Steuern und geringere staatliche Ausgaben verfolgen, was sie am weitesten rechts auf der x-Achse positioniert. Ganz anders die SPÖ: Sie steht am anderen Ende des Spektrums und befürwortet höhere Steuern und mehr staatliche Ausgaben, eine Position, die traditionelle wohlfahrtsstaatliche Ansätze widerspiegelt.

Einstellung zu Staatsausgaben oder Steuererhöhungen und GAL-TAN

Einstellung zu „Spend vs Tax“ und GAL-TAN-Wert 2019 im Vergleich

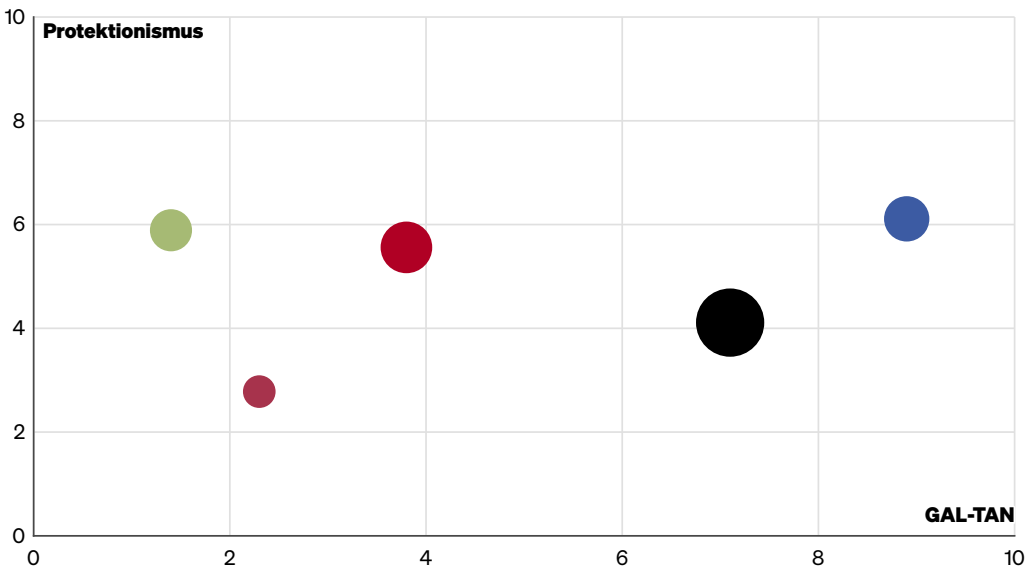


X-Achse: GAL-TAN: 0 = Grün, Alternativ, Liberal, 10 = Traditionalistisch, Autoritär, Nationalistisch Y-Achse: Einstellungen zu Staatsausgaben, 0 = starker Fokus auf mehr öffentliche Leistungen, 10 = starker Fokus auf niedrigere Steuern.

Protektionismus: In Fragen des internationalen Handels und der Wirtschaftspolitik plädieren NEOS für offene Märkte und geringeren Protektionismus, ein Standpunkt, der sie links auf der x-Achse ansiedelt. Im Kontrast dazu stehen die Grünen, die eine stärkere Neigung zu protektionistischen Maßnahmen zeigen und somit weiter rechts stehen, eine Position, die den freien Handel möglicherweise einschränken könnte.

Positionen zu Protektionismus und GAL-TAN

Einstellung zum Außenhandel und GAL-TAN-Wert 2019 im Vergleich



X-Achse: GAL-TAN: 0 = Grün, Alternativ, Liberal, 10 = Traditionalistisch, Autoritär, Nationalistisch Y-Achse: Einstellung zu Protektionismus. 0 = starke Position zu mehr Liberalisierungen, 10 = starke Position zu mehr Protektionismus.

Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft: NEOS setzen sich für eine Wirtschaftspolitik mit geringer staatlicher Intervention ein, ein Prinzip, das sie deutlich rechts auf der Skala verankert. FPÖ und ÖVP hingegen, die mehr staatliche Kontrolle und Eingriffe befürworten, finden sich links davon. Diese Unterschiede zeichnen ein Bild von NEOS als Befürworter einer freien Marktwirtschaft

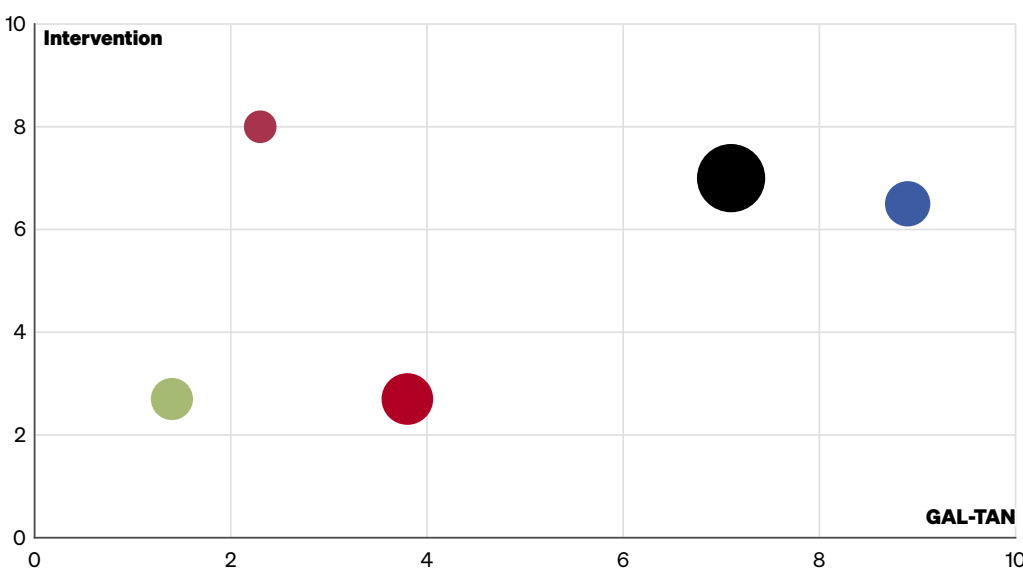
gegenüber anderen Parteien, die eine aktivere Rolle des Staats in der Wirtschaft unterstützen.

Deregulierung: NEOS' Engagement für Deregulierung und weniger staatliche Regulierung wird durch ihre Position ganz rechts auf der Deregulierungsachse unterstrichen. Im Gegensatz dazu bevorzugen die Grünen eine stärkere Regulierung, was sie links auf dieser Achse positioniert. Diese Gegenüberstellung hebt die liberale Ausrichtung von NEOS hervor, die auf weniger büro-

kratische Hürden und mehr unternehmerische Freiheit setzt.

Positionen zu Interventionismus und GAL-TAN

Einstellung zum Interventionismus und GAL-TAN-Wert 2019 im Vergleich

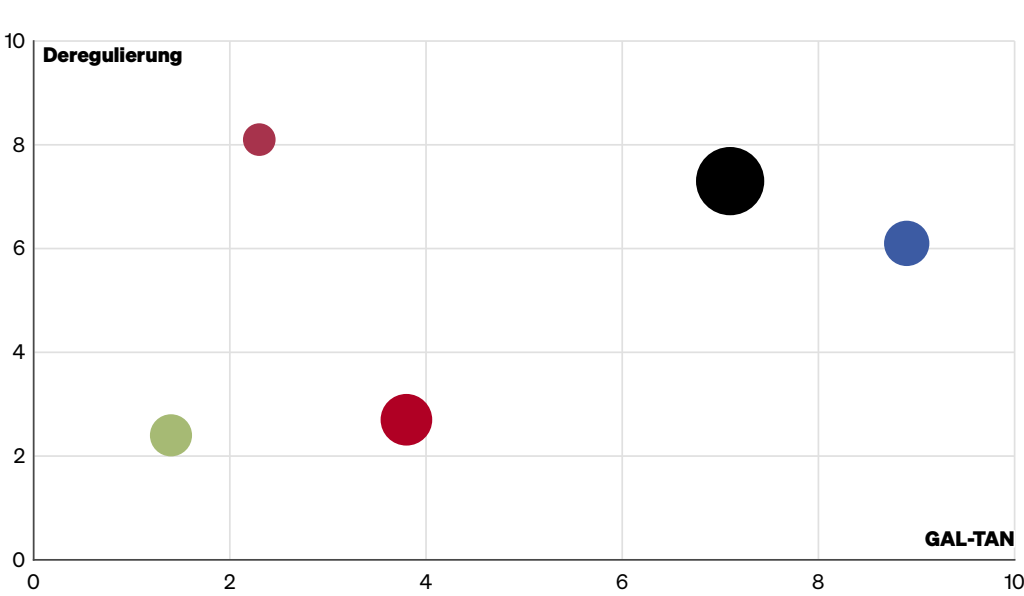


X-Achse: GAL-TAN: 0 = Grün, Alternativ, Liberal, 10 = Traditionalistisch, Autoritär, Nationalistisch Y-Achse: Einstellung zu Interventionen des Staates. 0 = Vollständige Zustimmung zu mehr staatlichen Interventionen, 10 = vollständige Ablehnung von staatlichen Interventionen.

Grafik: NEOS Lab • Quelle: Chapel Hill Expert Survey.

Positionen zu Deregulierung und GAL-TAN

Einstellung zum Deregulierung und GAL-TAN-Wert 2019 im Vergleich



X-Achse: GAL-TAN: 0 = Grün, Alternativ, Liberal, 10 = Traditionalistisch, Autoritär, Nationalistisch Y-Achse: Einstellung zu Deregulierung. 0 = starke Ablehnung zur Deregulierung von Märkten, 10 = starke Zustimmung zur Deregulierung.

Grafik: NEOS Lab • Quelle: Chapel Hill Expert Survey.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE AUSRICHTUNG EUROPÄISCHER PARTEIENFAMILIEN

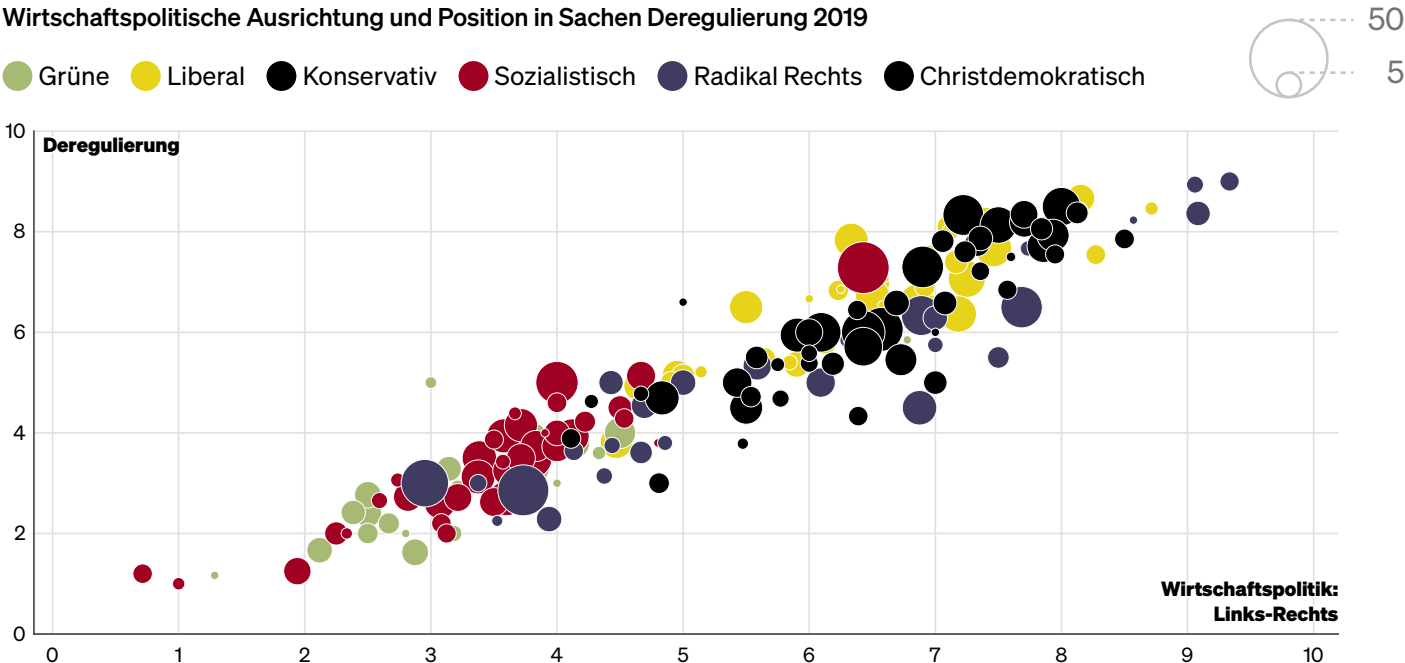
Die Daten von CHES zeigen, dass die österreichischen Parteien innerhalb ihrer Parteienfamilien durchaus „typisch“ positioniert sind. Traditionell sind die österreichischen Parteien relativ interventionistisch ausgerichtet. Insbesondere die Sozialdemokratie und die Grünen sind innerhalb ihrer Parteienfamilien wirtschaftspolitisch eher links orientiert. Dafür sind NEOS und die ÖVP 2019 vergleichsweise wirtschaftsliberal eingestellt. Für die ÖVP ist das eine ungewöhnliche Positionierung.

Denn bis inklusive 2014 war sie wirtschaftspolitisch eher mittig ausgerichtet. Erst im Wahljahr 2019 wurde sie unter Sebastian Kurz im CHES als wirtschaftsliberaler eingeschätzt. Angesichts des Wechsels an der Parteispitze und der politischen Kursänderung in der Corona-virus-Pandemie ist davon auszugehen, dass die ÖVP 2024 wieder als weniger wirtschaftsliberal eingeschätzt wird.

Bei der FPÖ und ihrer Parteienfamilie der extremen Rechten ist es hingegen schwierig, eine wirtschaftspolitisch klare Position auszumachen. Ähnlich wie bei anderen Indikatoren sind hier große Unterschiede festzustellen. Einige Parteien, wie die spanische VOX, gelten als sehr libertär, lehnen also hohe Steuern und Regierung teils dramatisch ab. Doch zugleich ist die Partei von Marine Le Pen in Frankreich deutlich interventionistischer orientiert. Und Viktor Orbáns – derzeit fraktionslose – Fidesz ist wirtschaftspolitisch kaum von den sozialistischen Parteien zu unterscheiden.

Europas Parteienfamilien und die wirtschaftspolitische Ausrichtung

Wirtschaftspolitische Ausrichtung und Position in Sachen Deregulierung 2019



X-Achse: Wirtschaftspolitik: 0 = extrem links, 10 = extrem rechts. Y-Achse: Deregulierung: 0 = Starke Ablehnung der Deregulierung. 10 = Starke Zustimmung der Deregulierung von Märkten.

Quelle: Chapel Hill Expert Survey.

UMWELTPOLITISCHE AUSRICHTUNG: NACH DEM „GRÜNEN DEAL“ IST VOR DER UMSETZUNG

Kaum ein Projekt hat die Amtsperiode der EU-Kommission von Ursula von der Leyen 2019–2024 so geprägt wie der „Europäische Grüne Deal“. Tatsächlich hat sich Europas Politik in Bezug auf Klimaschutz seit 2019 massiv verändert.

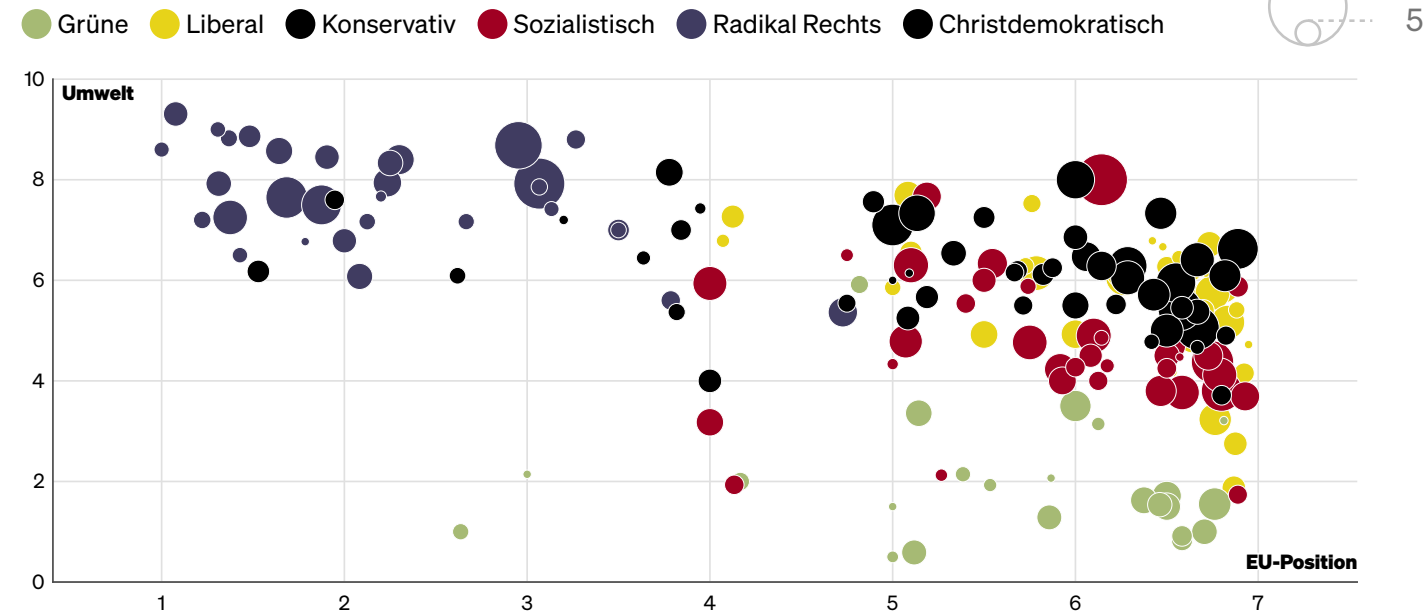
Diese Veränderungen wurden teilweise durch die ambitionierten Ziele des European Green Deal an- gestoßen, der darauf abzielt, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Die Palette von Maßnahmen ist dabei sehr breit. Darunter fällt etwa die Einführung eines Emissionshandelssystems (ETS), das bereits einen signifikanten Teil der CO₂-Emissionen in der EU reguliert. Zusätzlich ist die Einführung eines

CO₂-Grenzausgleichsmechanismus geplant, um sicher- zustellen, dass europäische Unternehmen im inter- nationalen Wettbewerb nicht benachteiligt werden.

Dieses Kapitel untersucht die Positionen der öster- reichischen Parteien zum Klimaschutz, zeigt dabei aber auch die Limitierung der CHES-Daten auf und beleuchtet die Rolle des European Green Deal und er- läutert, wie die EU ohne die dominante Unterstützung der traditionell umweltbewussten Grünen zu einem welt- weiten Vorreiter in der Klimapolitik geworden ist. Das ist insofern überraschend, als die Grünen programmatisch in der Wahrnehmung des Chapel Hill Expert Survey ziemlich einmalig sind, wenn es um eine Sache geht: Denn für alle Parteien innerhalb ihrer Parteienfamilie gilt der Klimaschutz als zentrales Thema. Bei anderen Parteienfamilien ist hingegen die Einstellung zum Klima- schutz 2019 sehr divers. Nirgends sind die Einstellungen innerhalb einer Parteienfamilie so diametral wie bei der sozialdemokratischen Fraktion. (Weise 2023)

Europas Parteienfamilien und ihre umweltpolitische Ausrichtung

EU-Zustimmung und Ausrichtung in Sachen Umweltpolitik 2019



X-Achse: EU-Position: 1 = entschieden gegen EU-Integration, 7 = eindeutig für EU-Integration Y-Achse: Umweltpolitik: 0 = Unterstützt die Deregulierung der Märkte entschieden nicht. 10 = Starker Fokus auf Wirtschaftswachstum, selbst wenn es zu Lasten des Umweltschutzes geht.

Quelle: Chapel Hill Expert Survey.

DIE POSITIONEN DER ÖSTERREICHISCHEN PARTEIEN ZUM KLIMASCHUTZ

Auch die österreichischen Parteien zeigen ein breites Spektrum an Positionen zum Klimaschutz, die von starkem Engagement bis zu relativer Zurückhaltung reichen. Im Wahlkampf 2024 zeigt sich diese Ambivalenz deutlich. So hat die ÖVP explizit Maßnahmen des Grünen Deals auf europäischer Ebene beansprucht (sowohl im Rat als auch dem Parlament).

Der European Green Deal, der darauf abzielt, die CO₂-Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber den Werten von 1990 zu reduzieren, sei für den Industriestandort gefährlich, so die Kritik. Insbesondere gegen die Maßnahme, ab 2035 nur noch emissionsfreie PKW zulassen zu wollen, mobilisiert die ÖVP innerhalb ihrer Parteienfamilie. Die Sozialdemokratie hat den Klimaschutz kaum im Fokus, die FPÖ wiederum wirft der Europäischen Kommission unter von der Leyen sogar „Öko-Kommunismus“ vor (Rauhofer-Redl 2024).

Trotz der traditionellen Unterstützung der Grünen für umweltpolitische Maßnahmen haben die vergangenen fünf Jahre gezeigt, dass gerade auch Parteien fernab der Grünen den Weg zum European Green Deal geebnet haben. Im Europäischen Parlament wurden zentrale Entscheidungen von einer Mehrheit von Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen verabschiedet. Die wirtschaftspolitisch eher linksideologischen Grünen waren dabei weniger beteiligt. Dies deutet nicht nur darauf hin, dass das Bewusstsein für die Dringlichkeit des Klimaschutzes parteiübergreifend zugenommen hat, sondern auch dass die zentrale Rolle der EU-Kommission bei der Ausgestaltung der Reformen viel parteiübergreifenden Rückenwind bekommen hat.

HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN

Die Herausforderungen, die der European Green Deal in den nächsten fünf Jahren mit sich bringt, sind nicht zu unterschätzen. Sie reichen von der Notwendigkeit umfassender Investitionen in erneuerbare Energien bis hin zur Umsetzung einer großen Zahl an Verordnungen. Gleichzeitig bietet der Green Deal erhebliche Chancen, wie die Schaffung neuer „grüner“ Arbeitsplätze und die Förderung technologischer Innovationen.

FAZIT UND AUSBLICK

Die marktwirtschaftliche Orientierung der Parteien wird eine entscheidende Rolle in der Entwicklung des europäischen Binnenmarkts spielen und damit maßgeblich die wirtschaftliche Integration und Dynamik innerhalb der EU beeinflussen.

Die politische Landschaft Österreichs zeigt dabei eine vielfältige Ausrichtung: von der marktfreundlichen Haltung von NEOS, die weniger staatliche Eingriffe und mehr Wettbewerb im Binnenmarkt befürworten, bis hin zu den eher interventionistischen Ansichten von SPÖ und Grünen, die stärkere staatliche Regulierungen und höhere Steuern unterstützen. Die Weiterentwicklung des Binnenmarkts in den kommenden Jahren wird daher stark von den Mehrheitsverhältnissen im Europäischen Parlament und den daraus resultierenden politischen Entscheidungen abhängen.

Auch in Sachen EU-Integration vs. EU-Desintegration werden die zukünftigen Mehrheitsentscheidungen im EU-Parlament entscheidend sein. NEOS stehen eindeutig für die Vereinigten Staaten von Europa und damit für notwendige Reformen, um Europa nachhaltig zu stärken. Dagegen fordert die FPÖ zwar nicht explizit einen EU-Austritt (Öxit), setzt aber so wie die deutsche AfD und andere Schwesterparteien alles daran, Europa von innen zu schwächen. Die Grünen und die SPÖ fordern gleichermaßen soziale Gerechtigkeit in Europa und bieten dem erstarkenden Rechtspopulismus ebenfalls die Stirn. Die Grünen setzen wenig überraschend ausdrücklich auf Klimaschutz und außerdem den Kampf gegen Autokraten à la Viktor Orbán und Co.

Zu konkreten, notwendigen europäischen Reformen ist von beiden Parteien bisher wenig zu erfahren. Auch in der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik erscheinen sie diffus. Die europäische Linke bietet abgesehen von gut klingenden Schlagworten wie Feminismus, Frieden und Sicherheit überhaupt kein Programm, wie ihre Forderungen umzusetzen wären. Eindeutig ist dagegen der rechtspopulistische Schwenk der bisherigen Europapartei ÖVP im Jahr 2019, die seitdem „mit Hausverstand“ ihren EU-skeptischen Kurs fortsetzt. Aktuelle Umfragen deuten jedoch vorerst darauf hin, dass die angesprochene Zielgruppe dann doch lieber zum Schmied als zum Schmiedl gehen und der FPÖ den Vorzug geben wird.

Schwächen könnten die FPÖ in Österreich und die AfD in Deutschland die kurz nacheinander aufgedeckten Spionageaffären. In beiden Ländern haben diese beispiellosen politischen Skandale hohe Wellen geschlagen. Das wirkt sich auch auf das Image ihrer gemeinsame Parteienfamilie negativ aus, vor allem weil sich rechtspopulistische Politiker:innen wie Marine le Pen vermehrt als Kraft der Mitte auszugeben versuchen. Wenn ein ähnliches Wahlverhalten wie nach dem Ibiza-Skandal erwartet werden kann, dann könnten diese beiden beispiellosen Skandale bei den Europawahlen mögliche Wechselwähler:innen dazu bringen, dieses Mal doch für den Schmiedl und nicht für den Schmied zu wählen. Ein Wechsel von TAN- zu GAL-Parteien ist dagegen, so die bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnisse, äußerst unwahrscheinlich.

Eine weitere Möglichkeit wäre, dass diese veritablen Skandale bzw. die Empörung darüber die liberaldemokratisch eingestellten Wähler:innen mobilisiert. Laut einer Eurobarometer-Umfrage vom März 2024 geben zwei Drittel der Wahlberechtigten in Europa an, wählen gehen zu wollen. (Liboreiro et al.) Nachdem die Angst vor einem möglichen Rechtsruck in Europa viele Menschen zu den Urnen brachte und 2019 die bisher höchste Wahlbeteiligung verzeichnet wurde, könnte heuer das Entsetzen über die substanzielle Bedrohung der europäischen Demokratie, Wirtschaft und Sicherheit zu einer bisher nie dagewesenen Wahlbeteiligung führen. Schließlich bildeten der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Krieg zwischen Israel und Hamas wie auch der 2022 aufgedeckte Korruptionsskandal rund um die sozialdemokratische Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments den Hintergrund. (Liboreiro et al.) Die zwei kürzlich aufgedeckten Spionageaffären könnten zweifellos ihre Wellen bis zu den Europawahlen schlagen.

Fest steht, dass das Superwahljahr 2024 richtungsweisend ist. Zur Wahl steht eine rechtspopulistische und autokratische oder eine freie, liberaldemokratische und pluralistische Zukunft in einem gemeinsamen Europa.

QUELLENVERZEICHNIS

Agenda Austria (2023): Der Staat fördert. Alle.
In: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/der-staat-foerdert-alle/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

APA (2019): Vilimsky fühlt doch von Kurz’ Kritik am EU-„Regelungswahnsinn“ bestätigt. In: Der Standard, 12.05.2019.
In: <https://www.derstandard.at/story/2000102981771/vilimsky-fuehlt-sich-von-kritik-an-regelungswahnsinn-bestaetigt> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

APA (2024a): Schieder: SPÖ stellt Anspruch auf EU-Kommissar. In: Austria Presse Agentur, 09.04.2024. In: <https://apa.at/news/schieder-spoee-stellt-anspruch-auf-eu-kommissar/> (letzter Aufruf 30.04.2024).

APA (2024b): Vilimsky strebt gemeinsames Dach für Rechtsparteien in EU-Parlament an. In: Der Standard, 17.01.2024.
In: <https://www.derstandard.at/story/3000000203450/vilimsky-strebt-gemeinsames-dach-fuer-rechtsparteien-in-eu-parlament-an> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Davide Basso (2023): Europawahl: Linke französische Einheitsliste von Sozialisten abgelehnt. In: Euractiv, 06.10.2023.
In: <https://www.euractiv.de/section/europawahlen/news/europawahl-linke-franzoesische-einheitsliste-von-sozialisten-abgelehnt/> (letzter Aufruf 30.04.2024).

Michael Bayerlein (2021): Chasing the Other „Populist Zeitgeist“? Mainstream Parties and the Rise of Right-Wing Populism. In: PVS Politische Vierteljahresschrift, Jg. 62, 411-433.
In: <https://link.springer.com/article/10.1007/s11615-021-00299-x> (letzter Aufruf 30.04.2024).

BJA (2019): 25 Jahre Volksabstimmung über den EU-Beitritt Österreichs. In: Bundeskanzleramt, 13.06.2019.
In: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/europa-aktuell/25-jahre-volksabstimmung-uber-den-eu-beitritt-oesterreichs.html> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Matteo Bonomi (2020): From EU Enlargement Fatigue to Ambiguity. Brussels: Foundation for European Progressive Studies.
In: <https://feps-europe.eu/wp-content/uploads/2021/02/From-EU-Enlargement-Fatigue-to-Ambiguity.pdf> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Stefan Brändle (2024a): Strategie geht auf: Le-Pen-Partei in Umfragen zur EU-Wahl vorn. In: Der Standard, 27.03.2024.
In: <https://www.derstandard.at/story/3000000213307/strategie-geht-auf-le-pen-partei-in-umfragen-zur-eu-wahl-vorn> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Stefan Brändle (2024b): Le Pen ist wütend auf die AfD. In: Der Standard, 22.04.2024. In: <https://www.derstandard.at/story/3000000216952/le-pen-ist-wuetend-auf-die-afd?ref=rec> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Michael Bröcker (2019): Ein Desaster für die Groko – aber eine Wahl für Europa. In: Rheinische Post, 26.05.2019.
In: https://rp-online.de/politik/eu/europawahl/die-europawahlen-2019-setzen-ein-zeichen-gegen-rechts_aid-39047329 (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Erhard Busek (2014): Lebensbilder. Wien: Kremayr & Scheriau. Zit.n.: thurnhofer.cc.
In: <https://thurnhofer.cc/communication/usp/kritik-der-reinen-vernunft/682-erhard-busek-lebensbilder-und-die-phaenomenologie-der-veraenderung> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Consilium (o.J.): Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail. In: Europäischer Rat. In: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions-against-russia/sanctions-against-russia-explained/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Correctiv (2024): Geheimplan gegen Deutschland. In: Correctiv. Recherchen für die Gesellschaft, 10.01.204.
In: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Ruth Dassonneville, Liesbet Hooghe, Gary Marks (2024): Transformation of the political space. A citizen’s perspective. In: European Journal of Political Research (EJPR), Jg. 63, Nr. 1.
In: <https://ejpr.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.1111/1475-6765.12590> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Frank Decker (2023): Etappen der Parteigeschichte der LINKEN. Parteien in Deutschland. BpB.
In: <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/die-linke/42130/etappen-der-parteigeschichte-der-linken/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Christoph Debets, Euronews (2024): Nicolas Schmit Spitzenkandidat der Sozialdemokraten (SPE) für Europawahlen. In: Euronews, 02.03.2024. In: <https://de.euronews.com/my-europe/2024/03/02/nicolas-schmit-spitzenkandidat-der-sozialdemokraten-spe-fur-europawahl> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Gitti Ederer (2017): „Das Busserl war für Alois Mock etwas ganz Außergewöhnliches“. In: Kurier, 04.06.2017. In: <https://kurier.at/politik/inland/das-busserl-war-fuer-alois-mock-etwas-ganz-aussergewoehnliches/267.738.769> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

EFA (o.J.): Die Grünen/EFA. In: <https://www.greens-efa.eu/de/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Philipp Engler, Mathias Klein (2017): Austeritätspolitik hat in Spanien, Portugal und Italien die Krise verschärft. In: DIW Wochenbericht Nr. 8, 2017, 127–132.
In: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.553135.de/17-8-1.pdf (letzter Zugriff am 30.04.2024).

EPP (2024): EPP Manifesto.
In: https://www.epp2024.eu/_files/ugd/8e086a_c756f154a5fc4da0acc16adb9c85c330.pdf (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Euractiv (2024): EU Elections 2024. In: Euractiv.
In: <https://www.euractiv.com/european-elections-2024/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

European Commission (o.J.): AI Act. In: Euroean Commission. Shaping Europe’s digital future. In: <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/regulatory-framework-ai> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Europäische Union (o.J.): Anti-Corona-Maßnahmen der EU. In: Europäische Union. In: https://european-union.europa.eu/priorities-and-actions/common-eu-response-covid-19_de (letzter Zugriff am 30.04.2024).

EVP (o.J.): EPP Group. In: <https://www.eppgroup.eu/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Max Griera (2023): Spitzenkandidatur der EU-Linken: Französische Co-Vorsitzende ausgeschlossen. In: Euractiv, 19.12.2023. In: <https://www.euractiv.de/section/europawahlen/news/spitzenkandidatur-der-eu-linken-franoesische-co-vorsitzende-ausgeschlossen/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Max Griera (2024a): Europäische Linke wählt Walter Baier zum Spitzenkandidaten für EU-Wahl. In: Euractiv, 26.02.2024. In: <https://www.euractiv.de/section/europawahlen/news/europaeische-linke-waehlt-walter-baier-zum-spitzenkandidaten-fuer-eu-wahl/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Max Griera (2024b): EU-Gelder an Ungarn: Europäisches Parlament will Kommission verklagen. In: Euractiv, 16.01.2024. In: <https://www.euractiv.de/section/eu-innenpolitik/news/eu-gelder-an-ungarn-europaeisches-parlament-will-kommission-verklagen/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Max Griera, Oliver Noyan (2024): EU-Wahl: Europäische Linke setzt auf relativ unbekannten Spitzenkandidaten. In: Euractiv, 24.01.2024. In: <https://www.euractiv.de/section/europawahlen/news/eu-wahl-europaeische-linke-setzt-auf-relativ-unbekannten-spitzenkandidaten/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Martin Grieve, Till Hoppe, Moritz Koch, Frank Specht (2020): „Wir schaffen das“: Nach fünf Jahren ist es Zeit, Bilanz zu ziehen. In: Handelsblatt, 25.08.2020. In: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/fluechtlingskrise-wir-schaffen-das-nach-fuenf-jahren-ist-es-an-der-zeit-bilanz-zu-ziehen/26126858.html> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Die Grünen (2024): Das war der 45. Bundeskongress in Graz. In: Die Grünen, 26.02.2024. In: <https://gruene.at/news/buko-graz/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Johanna Hager (2016): „Wir sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen“. In: Kurier, 18.06.2016. In: <https://kurier.at/politik/inland/wir-sind-in-der-mitte-angekommen/205.071.519> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Walter Hämmerle (2024a): Neos-Brandstätter: „Ich will kein Europa in der Rolle des Weltpolizisten“. In: Kleine Zeitung, 06.02.2024. In: <https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/18072346/neos-brandstaetter-ich-will-kein-europa-in-der-rolle-des-weltpolizisten> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Walter Hämmerle (2024b): Lopatka: „Wir sind mit der Nato eng verbunden“. In: Kleine Zeitung, 29.02.2024. In: <https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/18222452/lopatka-wir-sind-eng-mit-der-nato-verbunden> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Fernando Heller (2024): Spanischer Ministerpräsident Pedro Sánchez wird nicht zurücktreten. In: Euractiv, 29.04.2024. In: <https://www.euractiv.de/section/innenpolitik/news/spanischer-ministerpraesident-pedro-sanchez-wird-nicht-zuruecktreten/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Robert Hodgson (2024): EU Policy: Survey rates parties on Green Deal – from “pro” to “prehistoric”. In: Euronews, 15.04.2024. In: <https://www.euronews.com/my-europe/2024/04/15/survey-rates-parties-on-green-deal-from-pro-to-prehistoric> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Manuel Honsig-Erlenberg, Birgit Baumann (2021): Merkel und Kurz: Das Ende einer schwierigen Beziehung. In: Der Standard, 02.12.2021. In: <https://www.derstandard.at/story/2000131621126/merkel-und-kurz-das-ende-einer-schwierigen-beziehung> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Herbert Hutar, Hermann Sileitsch (2012): Die Chancen für die große Lösung schwinden. In: Wiener Zeitung, 27.03.2012. In: <https://www.wienerzeitung.at/h/die-chancen-fur-die-grosse-losung-schwinden> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Nina Horaczek (2013): Ein grüner Twitterkönig will in Brüssel gegen den Neoliberalismus in der EU ankämpfen. In: Falter, Nr. 49, 04.12.2013. In: <https://www.falter.at/zeitung/20131204/ein-gruener-twitterkoenig-will-in-bruessel-gegen-den-neoliberalismus-in-der-eu-ankaempfen> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

ID (o.J.): Fraktion Identität & Demokratie. In: <https://de.idgroup.eu/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Marta Iraola (2023): EU-Parlament stimmt über Lehren aus der Pandemie ab. In: Euractiv, 11.07.2023. In: <https://www.euractiv.de/section/gesundheit/news/eu-parlament-stimmt-ueber-lehren-aus-der-pandemie-ab/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Ketrin Jochecová, Eddy Wax, Jacopo Barigazzi (2023): European socialists suspend Robert Fico’s Smer party and its ally Hlas. In: Politico, 12.10.2023. In: <https://www.politico.eu/article/european-socialists-suspent-robert-fico-smer-hlas-party/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Anja Kröll (2024): Der Spionageskandal rund um Egisto Ott. In: Kurier, 19.04.24. In: <https://kurier.at/chronik/oesterreich/ott-weiss-marsalek-bvt-russland-putin/402862778> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Kurier (2020): 20 Jahre ist's her: EU-Sanktionen gegen Österreich. In: Kurier, 10.09.2020. In: <https://kurier.at/politik/inland/20-jahre-ists-her-eu-sanktionen-gegen-oesterreich/401026784> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Kai-Olaf Lang, Nicolai von Ondarza (2021): Die Zukunft der Fidesz jenseits der EVP. In: SWP-Aktuell 2021/A32, 15.04.2021. In: <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2021A32/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

The Left (o.J.): The Left in the European Parliament. In: <https://left.eu/what-we-stand-for-2/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Jorge Liboreiro, Shona Murray (2024): Die europäischen Liberalen setzen bei den EU-Wahlen auf drei Spitzenkandidaten. In: Euronews, 20.03.2024. In: <https://de.euronews.com/my-europe/2024/03/20/die-europaischen-liberalen-setzen-bei-den-eu-wahlen-auf-drei-spitzenkandidaten> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Jorge Liboreiro, Euronews (2024): Umfrage zeigt: Fast zwei Drittel der EU-Bürger wollen bei Europawahl Stimme abgeben. In: Euronews, 17.04.2024. In: <https://de.euronews.com/my-europe/2024/04/17/umfrage-zeigt-fast-zwei-drittel-der-eu-burger-wollen-bei-europawahl-stimme-abgegeben> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Gregoire Lory, Euronews (2024): Grün und sozial: Deutsche Terry Reintke und Niederländer Bas Eickhout führen Grüne in Europawahl. In: Euronews, 04.02.2024. In: <https://de.euronews.com/2024/02/04/grun-und-sozial-deutsche-terry-reintke-und-niederlander-bas-eickhout-fuhren-grune-in-europ> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Andreas Maurer et al. (2006): Die Ratifikationsverfahren zum EU-Verfassungsvertrag. Diskussionspapier der FG 1 / 4. April 2006. 11. akt. Aufl., SWP Berlin. In: https://www.swp-berlin.org/publications/products/arbeitspapiere/11KS_Ratifikationskrise.pdf (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Thomas Mayer (2024a): ÖVP lehnt EVP-Wahlprogramm für Spitzenkandidatin von der Leyen ab. In: Der Standard, 06.03.2024. In: <https://www.derstandard.at/story/3000000210460/oevp-lehnt-evp-wahlprogramm-fuer-spitzenkandidatin-von-der-leyen-ab> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Thomas Mayer (2024b): Grüner Waitz zu EU-Wahl: „Freue mich, wenn Lena Schilling mir die Show stiehlt “. In: Der Standard, 20.01.2024. In: <https://www.derstandard.de/story/3000000203843/gruener-waitz-zu-eu-wahl-freue-mich-wenn-lena-schilling-mir-die-show-stiehlt> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Stefan Melichar, Anna Thalhammer (2024): Egisto-Ott-Kontaktmann Jenewein: Sein direkter Draht ins Kickl-Kabinett. In: Profil, 15.04.2024. In: <https://www.profil.at/investigativ/egisto-ott-kontaktmann-jenewein-sein-direkter-draht-ins-kickl-kabinett/402858814> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Barbara Moens, Eddy Wax, Jacopo Barigazzi, Aitor Hernández-Morales (2024): Europe’s struggling Socialists play defence. In: Politico, 01.03.2024. In: <https://www.politico.eu/article/nicolas-schmit-eu-socialists-commission/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Sarantis Michalopoulos (2024): EU-Sozialdemokraten ziehen rote Linie: Keine Rechte bei EU-Verhandlungen. In: Euractiv, 06.03.2024. In: <https://www.euractiv.de/section/innenpolitik/interview/eu-sozialdemokraten-ziehen-rote-linie-keine-rechte-bei-eu-verhandlungen/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Mona Möntmann (2019): „EU hat in Osteuropa Strahlkraft verloren“. Interview mit Kristina Chmelar. In: AufRuhr. Das Magazin der Stiftung Mercator, 01.05.2019. In: <https://www.aufrohr-magazin.de/europa/die-eu-hat-in-osteuropa-an-strahlkraft-verloren/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Anne Frieda Müller (2024): Sánchez denkt über Rücktritt nach. In Spanien gehen die Meinungen auseinander. In: Euractiv, 25.04.2024. In: <https://de.euronews.com/my-europe/2024/04/25/sanchez-denkt-uber-rucktritt-nach-in-spanien-gehen-die-meinungen-auseinander> (letzter Zugriff am 25.04.2024).

Silvia Nadjivan, Katharina Geißler, Wolfgang Gruber (2023): Populistische Gefahren – liberale Gegenstrategien. Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/populistische-gefahren-fuer-europa> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

NEOS (o.J.): EU-Wahl 2024. In: NEOS. In: <https://www.neos.eu/programm/unsere-schwerpunkte/europa/eu-wahl-2024#forderungen> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

NEOS Team (2024): Helmut & Anna: Europa für alle Generationen. In: NEOS, 14.02.2024. In: <https://www.neos.eu/programm/blog/helmut-anna-europa-fuer-alle-generationen#helmut-brandstaetter-und-seine-vielen-erinnerungen-an-europa> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Thu Nguyen (2024): Das Ungarn-Problem der EU. In: Internationale Politik, 26.02.2024. In: <https://internationalepolitik.de/de/das-ungarn-problem-der-eu> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Harald Oberhofer, Gerhard Streicher (2019): Die Handelseffekte der österreichischen EU-Mitgliedschaft 25 Jahre nach der Volksabstimmung. In: FIW-Research Reports, April 2019. In: <https://www.fiw.ac.at/en/publications/die-handelseffekte-der-oesterreichischen-eu-mitgliedschaft-25-jahre-nach-der-volksabstimmung/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

ÖVP (2019): Karas: 1. März 1994 Grundstein für Wohlstand und Sicherheit in Österreich. In: OTS, 01.03.1994. In: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190301_OTS0152/karas-1-maerz-1994-grundstein-fuer-wohlstand-und-sicherheit-in-oesterreich (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Alessa Peretti (2024): Italien: Ministerpräsidentin Meloni kandidiert bei EU-Wahlen. In: Euractiv, 29.04.2024. In: <https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/italien-ministerpraesidentin-meloni-kandidiert-bei-eu-wahlen/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

PES (2024): The Europe we want. PES Manifesto for the European elections 2024. In: https://pes.eu/wp-content/uploads/2024/03/2024_PES_Manifesto_EN.pdf (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Politico (2024): Poll of Polls. In: Politico. In: <https://www.politico.eu/europe-poll-of-polls/european-parliament-election/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Puls 24 (2024): ÖVP sammelt bei Tour Ideen für EU-Wahlprogramm. In: Puls 24, 05.04.2024. In: <https://www.puls24.at/news/politik/oevp-sammelt-bei-tour-ideen-fuer-eu-wahlprogramm/325065> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Christine Pütz, Claudia Rothe (2019): Die Europawahl 2019: Aufbruch in eine neue Epoche. In: Heinrich Böll Stiftung, 28.05.2019. In: <https://www.boell.de/de/2019/05/28/die-europawahl-2019-aufbruch-eine-neue-epoche> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Michael Rauhofer-Redl (2024): „Öko-Kommunismus“, „Völkerwanderer“ - Kickl teilt aus. In: Heute, 18.03.2024. In: <https://www.heute.at/s/oeko-kommunismus-voelkerwanderer-kickl-teilt-aus-120026124> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Renew (o.J.): Renew Europe Group. In: <https://www.reneweuropегroup.eu/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Renew (2024): Renew Europe Now. 2024 Campaign. In: <https://www.reneweuropenow.eu/priorities> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Bernd Riegert (2024): Europawahlen: Rechtsnationale werden zulegen. In: Deutsche Welle, 11.03.2024. In: <https://www.dw.com/de/europawahlen-rechtsnationale-fraktionen-werden-zulegen/a-68447815> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Simon Rosner (2024a): Schieder: „Das Heer kaputt sparen ist gefährlich“. In: Kleine Zeitung, 02.02.2024. In: <https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/18055892/schieder-das-heer-kaputtsparen-ist-gefaehrlich> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Simon Rosner (2024b): Lena Schilling im Interview: „Die Welt lässt sich nicht in ein paar Tagen auf den Kopf stellen“. In: Kleine Zeitung, 25.01.2024. In: <https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/18030742/die-welt-laesst-sich-nicht-in-ein-paar-tag-en-auf-den-kopf-stellen> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Stefanie Ruep (2024): Günther Hopfgartner wird KPÖ-Spitzenkandidat für die EU-Wahl. In: Der Standard, 24.01.2024. In: <https://www.derstandard.at/story/3000000204428/guenther-hopfgartner-wird-kpoe-spitzenkandidat-fuer-die-eu-wahl> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Matthias Rüb (2024): Orbán folgt Melonis Ruf. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.02.2024. In: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/nach-europawahl-orbans-fidesz-will-sich-meloni-anschliessen-19493068.html> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

S&D (o.J.): Die Sozialdemokratische Fraktion. In: <https://www.socialistsanddemocrats.eu/de/who-we-are> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Paul Schmidt (2019): Der Brexit als Schutzimpfung gegen Europaskepsis?. Gastkommentar. In: Wiener Zeitung, 11.11.2019. In: <https://www.wienerzeitung.at/h/der-brexit-als-schutzimpfung-gegen-europaskepsis> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Siebenhaar (2017): Bundeskanzler Kurz sucht Schulterschluss mit Osteuropa. In: Handelsblatt, 16.01.2020. In: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/oesterreich-bundeskanzler-kurz-sucht-den-schulterschluss-mit-osteuropa/25441820.html> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Tamara Sill (2023): Grünes Licht für neue EU-Militärstrategie. In: ORF, 21.03.2023. In: <https://orf.at/stories/3254741/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Ian Smith (2024): „Wir waren hoffnungsvoll“: Klimaaktivistinnen über EU-Politik 5 Jahre nach der „Grünen Welle“. In: Euronews, 14.04.2024. In: <https://de.euronews.com/green/2024/04/14/wir-waren-hoffnungsvoll-klimaaktivistinnen-uber-eu-politik-5-jahre-nach-der-grunen-welle> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Nikos Smyrnaioѕ, Athina Karatzogianni (2020): The Rise of SYRIZA in Greece 2009–2015: The Digital Battlefield. Political Science, 22.10.2020. In: https://www.lerass.com/wp-content/uploads/2020/10/Q_2021_169254_N_1_T2_1.pdf (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Uwe Sommersguter (2018): Im sichersten AKW der Welt. In: Kleine Zeitung, 04.11.2028. In: https://www.kleinezeitung.at/kultur/5523275/40-Jahre-Zwentendorf_Im-sichersten-AKW-der-Welt (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Tagesspiegel (2023): „Europa der Vaterländer“: AfD-Spitzenkandidat will keinen Austritt Deutschlands aus der EU. In: Tagesspiegel, 31.07.2023. In: <https://www.tagesspiegel.de/politik/europa-der-vaterlander-afd-spitzenkandidat-will-keinen-austritt-deutschlands-aus-der-eu-10237738.html> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Tagesschau (2024): Europäisches Lieferkettengesetz beschlossen. In: Tagesschau, 24.04.2024. In: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/lieferkettengesetz-beschlossen-100.html> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Christina Traar (2024): Vilimsky über EU: „Der Laden ist in dieser Größe überflüssig“. In: Kleine Zeitung, 13.02.2024. In: <https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/18095100/vilimsky-ueber-eu-der-laden-ist-in-dieser-groesse-ueberfluessig> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Claudia von Salzen (2024): Mögliche Zahlungen aus Russland und China: Staatsanwaltschaft prüft Ermittlungen gegen Krah. In: Tagesspiegel, 24.04.2024. In: <https://www.tagesspiegel.de/politik/moegliche-zahlungen-aus-russland-und-china-staatsanwaltschaft-pruft-ermittlungen-gegen-krah-11569280.html> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Reiner Wandler (2024): Sánchez muss über seine Zukunft als spanischer Premier nachdenken. In: Der Standard, 25.04.2024. In: <https://www.derstandard.at/story/3000000217428/sanchez-muss-ueber-seine-zukunft-als-spaniens-premier-nachdenken> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Gregor Waschinski (2022): Antikapitalist Mélenchon setzt Macron unter Druck. In: Handelsblatt, 06.06.2022. In: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/frankreich-wirwerden-die-hoelle-beenden-der-antikapitalist-melenchon-setzt-macron-unter-druck/28403212.html> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Eddy Wax, Louise Guillot (2024): Europe’s Greens are on the ropes. In: Euronews, 01.02.2024.
In: <https://www.politico.eu/article/europe-greens-are-on-the-ropes-eu-elections/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Zia Weise (2023): Political backing for EU Green Deal fizzles despite heat wave. In: Politico, 18.07.2023. In: <https://www.politico.eu/article/europes-green-center-cannot-hold-as-election-season-approaches/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Zia Weise (2024): Missing: A Socialist Green Deal Vision. In: Politico, 02.04.2024. In: <https://www.politico.eu/article/missing-socialist-green-deal-vision-european-elections/> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Rosa Winkler-Hermaden (2010): Als Österreich der Buhmann der EU war. In: Der Standard, 21.01.2010.
In: <https://www.derstandard.at/story/1263705581215/eu-sanktionen-als-oesterreich-der-buhmann-der-eu-war> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

Youtube (2014): Jörg Haiders EU-Schildlausjoghurt. In Youtube, 09.04.2014. In: <https://www.youtube.com/watch?v=XELRmmlFSiA> (letzter Zugriff am 30.04.2024).

IMPRESSUM:

NEOS Lab – Das liberale Forum
Am Heumarkt 7/2/1
1030 Wien
Österreich